

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Der neueste Raubzugsplan.

So sehr sich auch der Schatzsekretär mit seinem Branntweinmonopolentwurf Nähe gegeben hatte, den Ostelbieren ihr altes Vorrecht zu lassen, stets die Vornehmsten im Staate zu sein, das heißt bei jeder Volksausplünderung sich die besten und größten Happen vorwegnehmen zu können, — er vermochte doch nicht, es ihnen recht zu machen, zumal er ja auch den Schnapsbrennern des Westens und Südens und dabei auch dem armen Reiche die Taschen vollstopfen sollte. Nach langem Hin und Her wurde der Monopolentwurf begraben — selbstverständlich nicht, um das Volk vor der geplanten neuen Millionenbelastung zu schützen, sondern um ein neues Lied, ein besseres Lied zu dichten, bei dem den Schnapsbrennern aller Gruppen das Herz vor Freude hüpfen soll. So hat sich denn aus der Reichstagskommission, der die Monopolvorlage überwiesen war, eine Unterkommission herausgebildet, die jedoch einen neuen Steuerentwurf ausgeheckt hat, der den Monopolentwurf übertrifft soll.

Und wirklich ist für die Ostelbier dieser Entwurf noch günstiger wie der des Schatzsekretärs — und das will gewiß viel sagen. Daß der neue Entwurf nicht alle Schnapsbrenner zufriedenstellt, ist selbstverständlich, denn das ist erstens unmöglich und zweitens auch gar nicht die Absicht weder der preussischen Reichsregierung noch der preussischen regierenden Schnapsbrenner. Solange es das auf preussische Verhältnisse zugeschnittene Liebesgabengesetz gibt, also seit 1887, besteht im Brennereigewerbe ein Kampf des Ostens gegen den Süden und Westen. Der Osten, die ostelbischen Schnapsbrenner wollen das Privileg für ganz Deutschland. Der preussische Schnaps soll das ganze Reich erfüllen. Die Gesetzgebung war und ist darauf zugeschnitten, dieses Privileg möglichst zu sichern. Denn mit des Geschiedes Mächten ist ja trotz aller Privilegien kein ewiger Bund zu schließen, und solange man den Kartoffeln nicht durch ein Ausnahmegesetz verbieten kann, auch wo anders als in Ostelbien zu wachsen, so lange werden edle Seelen im Süden und Westen des Reiches in Versuchung geführt werden, Schnaps zu brennen. Es muß daher durch Ausnahmegesetze gegen diesen westlichen und südlichen Schnaps den Ostelbieren die Beute gesichert werden, welche eine tüchtige Naturgewalt durch das Gedeihenlassen der Kartoffeln außerhalb der Junkerlande zu rauben sucht.

Von diesem Gesichtspunkt aus sind alle Vorschläge, die dem Reiche oder den Ostelbieren für eine Spiritusbesteuerung gemacht werden, zu betrachten — wie ja überhaupt bei der ganzen deutschen Politik stets zu fragen ist: Wo steht der Junker?

Der neue Entwurf der Unterkommission will vom Monopol des Reiches nichts wissen. Er hat mehr Vertrauen zu dem Monopol, das sich die Schnapsjunker selbst geschaffen haben: dem Ring der Spirituszentrale. Sie soll nach wie vor Deutschland regieren. Damit sie dies aber kann, muß die Produktion eingeschränkt werden, und zwar so, daß die Junker dabei, soviel sie nur können und wollen, Schnaps brennen dürfen, während die Nicht-Ostelbier nur den spärlichen Lieberrest des Bedarfs decken dürfen. Ferner muß das Volk gezwungen werden, für das Produkt einen viel höheren Preis zu zahlen als es wert ist, damit ein recht hoher Profit beim ehrlichen Schnapsbrenner herauskommt. Daß dabei auch das Reich mit dem Schnaps sein Leben weiter stiften will, ist zwar allen Schnapsbrennern sehr unangenehm, denn sie fürchten, daß eine zu starke Besteuerung des Schnapses den Verbrauch einschränken könnte — aber da das Reich nun einmal nicht anders vor dem Bankrott zu retten ist, als daß es bei den Lernsten seines Volkes, die dem Branntwein verfallen sind, sich seine Alimente holt, so stellen die Schnapsbrenner stets nur die eine Bedingung: je mehr das Reich an Branntweinsteuern erhebt, um so mehr muß auch den Schnapsbrennern Extraprofit gewährt werden. Daß man diesen nicht offen einzugehen pflegt, sondern durch allerlei versteckte Liebesgaben einzubeißen sucht, entspricht nicht etwa einem Gefühl der Scham, sondern der Furcht. Auf dem Land wird nämlich verhältnismäßig weit mehr Schnaps getrunken als in den Städten. Daher die Furcht der Junker, daß die Bauern, dieser Hort aller junkerlich-reaktionären Gelüste, doch endlich merken könnten, wie sie von ihren lieben Freunden und Beschützern gebrandschatzt werden.

Deshalb all die Verzwickten, nur dem Fachmann und auch diesem oft nur nach sorgfältigstem Studium deutlichen Bestimmungen, die sich in jeder deutschen Branntweinsteuergesetzgebung bisher fanden und auch den neuen Entwurf als das Kennzeichen, was er ist: ein neuer Raubzugsplan der Schnapsbrenner gegen das Volk.

Die Liebesgabe, welche bisher 20 M. für den Hektoliter beträgt und gegenwärtig zirka 47 Millionen Mark jährlich dem Volke nimmt und einzelnen, hauptsächlich ostelbischen Brennereibesitzern zuführt, wird im neuen Entwurf schonbar ermäßigt. Die Differenz zwischen dem zu billigeren Steuerfuß und zu dem erhöhten Steuerfuß hergestellten Spiritus soll nicht mehr 20 M., sondern für die nächsten fünf Jahre 15 M., dann auf weitere fünf Jahre 10 M. betragen.

Dafür soll aber das jetzt bestehende Kontingent zehn Jahre lang unverändert bleiben. Das Kontingent heißt die Einteilung der Brennereien, die von der Regierung nach Bestimmung des bisherigen Gesetzes vorgenommen ist und je nach dem Vorrecht, das den einzelnen eingeräumt wurde, ihnen die Möglichkeit gibt, mehr oder weniger an der Differenz zwischen den beiden Steuerfüßen zu profitieren. Das Kontingent, die Menge des im ganzen Reiche herzustellenden Spiritus, ist stets niedriger bemessen als der Verbrauch; infolgedessen muß auch über das Kontingent hinaus gebrannt werden und dadurch Spiritus mit dem hohen Steuerfuß auf dem Markt kommen — der dann den Gesamtpreis bestimmt. Das ist schon jetzt so seit 1887 und das soll weiter so bleiben. Wo- bei das wichtigste ist: das günstigste Kontingent, also die Möglichkeit, am meisten von dieser Liebesgabe zu profitieren, haben diejenigen Brennereien, die bereits vor dem Jahre 1887 bestanden — und das sind vorwiegend die ostelbischen der Junker. Erst in den neunziger Jahren hat sich gerade infolge des allzu reichlich für die Junker gedachten Lisches auch agrarisches Bürgerpaß herangeschlichen und sich einige Happen zu sichern gewußt. Aber den Industriellen hat man stets und durchweg verweigert, mit an dieser vom Staate auf Volkskosten gefüllten Krippe zu sitzen: die Relassebrennereien hat man ganz totgeschlagen und den gewerblichen Brennereien hat man nicht mit einem, sondern gleich mit ein halb Duzend Striche die Kehle zugeschnitten, so daß sie nur wenig oder gar nichts von der Extravurst, genannt Liebesgabe herunterwürgen können.

Wie wir hier schon öfter darlegten, ist trotzdem für all den Schnaps, der wegen dieser vorteilhaften Bedingungen nach Vertheilung schreit, kein Platz mehr im Magen der deutschen Branntweintrinker, so sehr sich auch durch Nahrungsmittelvertheuerung die Junker und ihr Troß bemühen, das Elend, das zum Schnaps treibt, zu steigern. Es war daher einer der besten Gedanken, den die Spirituszentrale ausheckte, daß sie dem Spiritus einen neuen Zulandsmarkt und zwar für Beleuchtungs- und Brennwecke zu schaffen suchte. Denn der Auslandsmarkt ist schon seit anderthalb Jahrzehnten für deutschen Spiritus verloren — Rußland hat ihn sich erobert.

Aber mit Brennspiritus war bisher kein Geschäft nach den verdöhnten Herzen der Schnapsbrenner zu machen. Der Brennspiritus gehörte nicht zum Kontingent, bekam also keine Staatsprämie, er mußte produziert und verkauft werden wie jede andere Ware von irgend einem gewöhnlichen Fabrikanten produziert und verkauft wird: mit dem durch die Marktlage bestimmten nicht über den gewöhnlichen Profit herausgehenden Nutzen.

Jetzt soll dem abgeholfen werden! Auch der Brennspiritus soll vornehm werden und zur Liebesgabemittelwirtschaft dienen. Das ist das wesentlich neue, das der Entwurf bringt: die Betriebsauflage. Bisher bestand schon eine Brennsteuer, bei der eine Prämie für die kleinen und mittleren Betriebe herauskam, indem die Steuer sich steigerte, je größer der Betrieb ist. Die Gesamtkosten muß natürlich der Käufer bezahlen.

Die neue Betriebsauflage ist erstens weit höher — sie steigt jetzt bis zu 10 M. pro Hektoliter — und damit auch hier der Höchstpreis den Marktpreis bestimmt, wird entsprechend dem Trinkbranntweinkontingent ein Brennspirituskontingent festgelegt: das Brennrecht beiteilt. Wird dieses Brennrecht überschritten, so erhöht sich die Brennsteuer bis auf 18 M. für landwirtschaftliche, auf 22 M. für gewerbliche Brennereien.

Da dieses Brennspirituskontingent genau nach den Bestimmungen des Branntweinkontingents gewährt werden soll, erhalten also die durch das letztere begünstigten Ostelbier ein neues, also ein doppeltes Vorrecht! Außerdem brauchen die Brennereien mit 100 bis 200 Hektoliter Produktion nur vier Zehntel der Steuer zu zahlen, bei 200—300 Hektoliter acht Zehntel, Getreidebrennereien auch bei 200 bis 600 Hektoliter sechs Zehntel!

Diese Steuerermäßigungen bedeuten ebenso große Profit erhöhungen, und diese kommen hauptsächlich dem alten Grundbesitz, den ostelbischen Junkern zugute, da deren Brennereien meist in jene Gruppe fallen.

Die Konsequenz dieser Höherbesteuerung des Brennspiritus ist aber noch eine weit schlimmere als die direkte Besteuerung, die jene Steuer mit sich bringt. Zwar wird schon dadurch die Industrie, welche denaturierten, nicht trinkbaren Spiritus bereitet, arg geschädigt werden: die Holzindustrie, die chemische Industrie und viele andere, welche gezwungen sind, solchen Spiritus zu verwenden. Aber das große Publikum ist ja nicht dazu gezwungen. Wenn Spiritus teurer ist als Petroleum, wird eben Petroleum zum Kochen und Beleuchten nach wie vor verwendet werden. Deshalb ist die ganz natürliche Konsequenz einer solchen Erhöhung der Brennspiritussteuer und damit des Brennspirituspreises eine Erhöhung des Petroleumpreises!

Und die Spiritusinteressenten bereiten sie schon vor! Am 26. Februar fand hier in Berlin eine Generalversammlung des Vereins der Spiritusfabrikanten Deutschlands statt, in der ein Gaus Ebler zu Puttkamer über die Gefahr jammerte, der Branntweinsuffrage infolge der geplanten Steuererhöhung geringer werden

und dadurch würden doch die Brenner schwer geschädigt. Worauf ein bürgerlicher Herr Görlich folgende Resolution vorschlug:

„In Erwägung, daß für den Trinkbranntwein eine wesentliche Erhöhung der Besteuerung seitens der Gesetzgebung geplant ist und daß dann die Brennereien in noch höherem Maße als bisher den produzierten Spiritus denaturieren lassen müssen, in weiterer Erwägung, daß jetzt bei Herstellung des denaturierten Spiritus nicht nur nicht verdient, sondern bares Geld zugegeben wird, ersucht die heute tagende Generalversammlung ihren Vorstand, mit Nachdruck dahin zu wirken, daß die Steuererhöhung auf Trinkspiritus nur Zug um Zug mit einer Erhöhung des Petroleumpreises eingeführt wird, damit wenigstens die Schädigung nach dieser Richtung verringert wird.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen!

Sie bezeichnet das Ziel, auf das losmarschiert wird! Erhöhung des Petroleumpreises — also abermals eine Mehrbelastung der Arbeiter und des Mittelstandes — das ist das Endziel! Erstrebt wird es von den Junkern schon lange — bei der Zolltarifberatung kam es bereits ernstlich in Frage. Seitdem ist ja Wilton noch agrarischer geworden, das heißt noch abhängiger vom Kommando der Agrarier — und so wird er gehorsam ihrem Winke sich auch um die Erhöhung des Petroleumpreises bemühen. Daß der neue Entwurf die Gesamtbelastung, die das Monopol bringen sollte, nicht erniedrigt, ist selbstverständlich. Die Waischraumsteuer fällt zwar, aber die Verbrauchsabgabe wird von 70 Mark auf 140 Mark erhöht, also verdoppelt! Das Reich soll nach wie vor 100 Millionen Mark mehr als bisher Steuern aus dem Schnaps ziehen. Die Branntwein trinkende Bevölkerung — und wir wiederholen: das sind die ärmeren und ärmsten Volkskreise in den Städten und fast alle Landarbeiter und Bauern — soll also jährlich 220 Mill. Mark Reineinnahme an das Reich liefern, das ist unter Zurechnung der Erhebungskosten an 300 Millionen Mark, um die der Schnaps verfeuert wird!

Wahrscheinlich wird aber nach dem neuen Entwurf eine noch größere Belastung eintreten. — Der Sieg der Junker ist wieder einmal ein vollkommener!

### Kompromißliches und Kompromittierliches.

Das zwischen den Blockparteien abgeschlossene Steuerkompromiß stößt selbst in gemäßigtfreimüthigen und national-liberalen Blättern auf Widerpruch. Anstatt aber energisch gegen die von der Kompromißschließungsucht erfassen Mitglieder der freimüthigen Fraktionsgemeinschaft, die Herren Wiemer, Müller-Reinigen und den sich immer mehr zum großen prinzipienlosen Staatsmann entwickelnden Herrn v. Bayer, vorzugehen und die Zurücknahme der freimüthigen Zustimmungserklärung zu verlangen, beschränken sich die unzufriedenen freimüthigen Blätter — die Wienerische „Freisinnige Zeitung“ gehört natürlich nicht zu diesen — darauf, ihren Lesern vorzuspiegeln, die „vorläufige“ Zustimmung der Freisinnigen zum Camp-Arendtschen Kompromißantrag hätte gar nichts zu bedeuten, da dieser Antrag lediglich den Zweck habe, den weiteren Verhandlungen als Grundlage zu dienen. Führten diese Weiterverhandlungen zu Resultaten, die den Freisinnigen nicht paßten, dann hätten sie es infolge ihres „Vorbehalte“ noch immer in der Hand, sich gegen das Kompromiß zu entscheiden. So meint zum Beispiel die ehrsame „Voss. Ztg.“, indem sie sich gegen die Ansicht der agrarischen „Deutsch. Tagesztg.“ wendet, die Vorbehalte ändern nichts an der grundsätzlichen Einigung:

Diese optimistische Auffassung ist schwerlich begründet. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hat ausdrücklich erklärt, daß ihre Entschlieung frei bleibe. Die Zustimmung zu dem Antrag Camp-Arendt, den die Vertreter der bürgerlichen Linken nicht unterzeichnet haben, hat die Bedeutung, einer sofortigen Krisis vorzubeugen und die Fortsetzung der Verhandlungen über die Steuerentwürfe zu ermöglichen, unter Teilnahme der Linken. Sachlich enthält der Antrag Bestimmungen, die, wiewohl „vorläufig“ angenommen, endgültig unannehmbar erscheinen. . . .

Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hat erklären lassen, daß sie die Kompromißanträge nur vorläufig als Grundlage für weitere Verhandlungen annehme, aber sich in keiner Weise binde. Sie hält an der Nachlasssteuer und, wenn diese abgelehnt wird, an der Vermögenssteuer fest. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die verbündeten Regierungen das Kompromiß ihrerseits als unannehmbar bezeichnen werden. Jedensfalls ist die Auffassung der „Deutsch. Tagesztg.“, daß eine grundsätzliche Einigung der Blockparteien erfolgt und „dieser Teil der Reform anscheinend doch über den Berg“ sei, unzutreffend. Auf der Grundlage des gestrigen Kompromißantrages ist eine Blockmehrheit im Plenum ausgeschlossen. Der Beschluß wird zeigen, daß der gewiesene Weg ungangbar ist. Und wird dann, was sich die bürgerliche Linke vorbehalten hat, auf die Nachlasssteuer zurückgegriffen, so kann die Reichsregierung mit Rechtigkeit diese Steuer erhalten, die Staatssekretär Ebdow als die conditio sine qua non für die Finanzreform bezeichnet hat. Nicht die neue Sorte von Nationalbeiträgen, sondern die Nachlasssteuer ist eine wirkliche Besteuerung.

**Die Inflation-Gebühr**  
Beträgt für die festgesetzte Rollen-  
größe oder deren Raum 50 Pfg. für  
politische und gewerbliche Anzei-  
gen und Veranlagungs-Anzeigen 50 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (stet-  
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlaf-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über  
16 Buchstaben zahlen für zwei Worte.  
Zusätze für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.  
Telegraphen-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Den letzten Satz akzeptieren wir; sonst aber hat das Verleihen der wenig Bedeutung. Wie selbst freisinnige Blätter — allerdings nicht jene der wienerisch-mügdanesischen Volkspartei — über den Wert des „Vorbehalts“ denken, zeigt folgende Neuherausgabe des „Verl. Tagebl.“:

„Ohne den berühmten „Vorbehalt“ wäre das Kompromiß von der Mehrheit der freisinnigen Abgeordneten schwerlich angenommen worden. Nur fragt es sich, ob dieser „Vorbehalt“ den geringsten praktischen Wert hat. Wenn der Verurteilte sein Haupt geduldig auf den Döbel legt und den Henker bittet: „Machen Sie es gnädig!“ so ist schwerlich anzunehmen, daß dieses höfliche Ersuchen berücksichtigt wird. Dieser „Vorbehalt“ gehört, wenn nicht alles täuscht, zu der Kategorie der guten Vorsätze, mit denen der Weg zur Hölle gepflastert ist.“

Wie übrigens nachträglich mitgeteilt wird, soll es bei der Beratung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft am Mittwochabend heiß hergegangen sein. Die „Germania“ berichtet, daß noch am Montagabend sich in der Sitzung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft heftiger Widerstand gegen das Kompromiß geltend gemacht habe. Fürst Wilow habe darauf am Mittwoch einige freisinnige Abgeordnete empfangen. Als dann am Mittwochabend abermals eine Sitzung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft tagte, war es der Abgeordnete v. Bayer, der einem Wunsche des Reichsfinanzministers gemäß für das Kompromiß eintrat und dem es schließlich gelang, eine Mehrheit in der Fraktion zu erzielen. Immerhin soll eine starke Minderheit der Freisinnigen gegen das Kompromiß vorhanden sein.

Bestätigt wird diese Meldung durch die offizielle Parteikorrespondenz der Freisinnigen Vereinigung, die „Liberaler Korrespondenz“, die in der letzten Nummer (Nr. 46 vom 4. März) schreibt:

„Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hat ihre am Montag zur Frage des Reichssteuerkompromisses eingenommene ablehnende Stellungnahme in ihrer Sitzung vom Mittwoch dahin revidiert, daß sie dem Kompromiß unter ausdrücklichem Vorbehalt ihrer späteren Zustimmung vorläufig zustimmen wolle. Diese Beschlusfassung hat es dann herbeigeführt, daß in der Finanzkommission der Kompromißantrag mit Wobachheit angenommen werden konnte. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft ging bei dieser Zustimmung von der taktischen Erwägung aus, daß sie sich auch weiterhin den Weg der direkten Reichsbesteuerung freihalten und eventuell auf Nachschlag- und Vermögenssteuer zurückkommen will. Die Abstimmung in der Fraktions-sitzung, der eine mehrstündige Sitzung des Zentralausschusses der Freisinnigen Volkspartei vorausgegangen war, zeigte übrigens, wie verlannt, eine starke Minderheit, namentlich aus Mitgliedern der freisinnigen Vereinigung bestehend, die an der Stellungnahme vom Montag festhalten wollte.“

## Die Finanzkommission des Reichstags

trat am Freitag in die Beratung der

### Tabaksteuervorlage

ein und auf Antrag Kollensuhr wurde der § 2 zur Grundlage der Generaldiskussion genommen. Kollensuhr als Korreferent vertrat auf die große Anzahl von Petitionen, die alle wohlbegründet sich gegen die Vorlage richteten. Es ist daraus ersichtlich, daß sich die gesamten Arbeiter der Tabakindustrie in großer Erregung befinden, aus Sorge, daß, wenn die Vorlage Gesetz werde, sie zu vielen Tausenden dem Hunger überliefert werden. Aber nicht nur aus Arbeiter-, sondern auch aus Fabrikanten- und Händlerkreisen, und ferner auch aus denen der sogenannten Hilfsindustrien, wie Kistenmacher, Lithographen und andere, ferner von Handelskammern, von Gemeinden und zahlreichen Versammlungen, die unter der Leitung von Bürgermeistern und Pfarrern stattgefunden haben, liegen Petitionen vor, die sich alle gegen die Vorlage wenden. Einige befinden sich dazwischen, die wohl eine etwas stärkere Belastung des Tabaks für möglich erachten, sich aber

### entschieden gegen das Vanderolensteuersystem

wenden. In der Mehrzahl der Petitionen wird auf die Proletarisierung vieler Arbeiter als Folge der höheren Besteuerung des Tabaks und auf die dadurch herbeigeführte Erhöhung der Armenlasten der Kommunen hingewiesen.

Kreth als Referent glaubt, daß durch die höhere Besteuerung ein Rückgang des Konsums herbeigeführt würde, der aber nur vorübergehend sein würde; das Rauchen würde trotzdem nicht eingestellt werden. Aber ohne Opfer sei keine Verbrauchssteuer denkbar, und der Tabak, der in anderen Ländern mehr bringe als bei uns, müßte in stärkerem Maße als bisher herangezogen werden. Namentlich komme dabei der ausländische Tabak in Betracht. Der inländische Tabakbau, der sehr zurückgegangen sei, müsse begünstigt werden. Das sei seiner Ansicht nach am besten mit der Vanderolensteuer möglich, denn jede Preis-erhöhung der besseren ausländischen Tabake müsse dem inländischen Tabakbau zugute kommen. Sollte die Vanderolensteuer keine Annahme finden, so müsse doch die Vorlage so gestaltet werden, daß die Spannung zwischen ausländischem und inländischem Tabak vergrößert werde.

Ministerialdirektor Kühn erklärt, daß durch die Vorlage der inländische Tabakbau zur Genüge berücksichtigt werde, denn die Verteuerung des besseren ausländischen Tabaks werde eine Preissteigerung des inländischen zur Folge haben.

Müller-Fulda hält die gegenwärtige Zeit der wirtschaftlichen Depression für höchst ungeeignet für die Einführung von Verbrauchssteuern, da die ganz oder teilweise beschäftigungslosen Arbeitermassen bei den Genußmitteln zuerst zu sparen beginnen, was weniger bei Bier und Branntwein bemerkbar sei als in der Tabakindustrie, wo so viele Arbeiter in Frage kommen. Die Verdoppelung des Zolles auf ausländischen Tabak würde die Fabrikanten und Arbeiter in der Zigarrenindustrie sehr schwer treffen. Durch Einführung des Vanderolensystems würden die mittleren und kleinen Betriebe vernichtet werden und nur die Großfabrikanten würden den Nutzen davon haben. Aus sozialen Rücksichten auf die in Betracht kommenden zahlreichen Arbeiter der Tabakindustrie dürfe es sich empfehlen, aus dem Tabak weniger, aber aus Bier und Branntwein mehr herauszuholen, als die Regierung vorschläge.

Der Schatzsekretär bemerkt, daß sich die Regierung bei der finanziellen Notlage des Reiches nicht einen von der Konjunktur abhängigen Zeitpunkt aussuchen könne. Der Tabak müsse in der vorgesehenen Weise herangezogen werden; weite Kreise der Bevölkerung seien dafür. Der etwa eintretende, nicht so erhebliche Rückgang werde bald vorübergehen. Wenn aber wirklich Fabrikanten und Arbeiter getroffen werden, nun, so müßten sie sich in den Kauf nehmen, da die Entwicklung des Reiches auf

dem Spiele stehe. (Das energische und forschende Auftreten des Herrn Schadow erregte einen sozialdemokratischen Kommissionsmitglied den Stoffseufzer: „So energisch hätten Sie nur bei der Raahafsteuer auftreten sollen!“ — wodurch der Herr einigermassen aus der Fassung geriet. . .)

Genosse Kollensuhr äußerte sich mißbilligend darüber, daß unsere Staatsmänner immer noch bei dem alten Überglauben beharren, der Tabak sei ein Unverfallmittel für fränke Finanzverhältnisse. Die von Kreth gewünschte größere Spannung werde dem inländischen Tabakplantagen nichts nützen, aber der Tabak, namentlich der Zigarrenindustrie, den Fabrikanten, Händlern, Arbeitern unabsehbar Schaden zufügen. Den Tabak halte man für ein geeignetes Steuerobjekt, weil er kein Nahrungsmittel sei. Für die Tabakarbeiter aber sei der Tabak das notwendige Existenzmittel! Der Hinweis auf die größeren Einnahmen der Tabakmonopolstaaten und auf den höheren Zoll in England sei nicht stichhaltig. In Frankreich, Oesterreich-Ungarn zusammen mit England seien nicht soviel Arbeiter in der Tabakindustrie beschäftigt wie in Deutschland! Und alle, insgesamt zirka 200 000 deutsche Fabrikanten und Arbeiter, zahlen Steuern an das Reich, den Staat und die Kommune. Die Gesamtsumme dieser Steuern, wozu noch die durch die hohen Zigarrenlademieten bewirkte Erhöhung der Grundrente kommt, dürften alle Erträge, die die Monopolstaaten aus dem Tabak ziehen, um das Vielfache übertreffen. Die entsetzlichen Folgen, die durch die Einführung des gegenwärtigen Tabaksteuergesetzes von 1870 für die Zigarrenarbeiter herbeigeführt wurden, sollte man sich als

### abschreckendes Beispiel

zur Warnung dienen lassen. Der Zoll wurde damals durch das Herabdrücken der Arbeitslöhne aus den Arbeitern herausgehoben, was Neben mit einwandfreiem Material nachweist. Wenn man die Vanderolen- oder Wertsteuer als gerecht bezeichnet, weil dadurch der reiche Raucher mehr getroffen werde als der arme, so könne man das leichter und bequemer haben, wenn man den Weich direkt besteuere. Alle Versuche, eine gerechte Wertsteuer zu finden, sind bisher fehlgeschlagen, und auch die Vorlage sei nicht dazu geeignet. Die Vanderolensteuer komme einer

### Prämie auf Lohndrückerei

gleich und werde unbedingt diese schädliche Wirkung ausüben. Früher habe die Regierung die Möglichkeit eines Rückganges bis zu einem Sechstel zugegeben, heute will der Schatzsekretär, wohl gestützt auf ein Gutachten eines ganz besonderen Sachverständigen, auch das nicht mehr. Durch die Vanderolensteuer wird die kleine und mittlere Zigarrenfabrikation vollständig vernichtet. Und welche Schwierigkeiten in der Kontrolle werden dadurch herbeigeführt, die sich erst zeigen, wenn man den Raubbau der Erzfahrungen des praktischen Lebens an die Produkt des grünen Liches legt! „Ich kann mir sehr gut denken,“ so schließt Kollensuhr, „daß es dem Schatzsekretär unangenehm ist, wenn er nicht weiß, woher er das Geld nehmen soll, um präsentierte Rechnungen zu bezahlen, aber er und seine Kollegen können sich wahrlich nicht denken, wie einem armen Familienvater zumute ist, der nicht weiß, woher er Geld nehmen soll, um für seine hungrende Familie ein Stück Brot zu kaufen. Weil ich das persönlich durchgemacht habe, selbst durch das Tabaksteuergesetz von 1870, das den deutschen Tabakarbeitern so namenlos elend gebracht hat, schwer getroffen worden bin, belämpfe ich diese Vorlage, die die gleiche Wirkung haben muß.“

Der nachfolgende Redner, Dr. Weber, ist auch Gegner der Vanderolensteuer, ganz besonders aber belämpft er die den Zigaretten zugehörige ungeheure Mehrbelastung, will aber mitwirken, eine Form zu finden, mehr Geld aus dem Tabak herauszuholen, ohne allzu schweren Schaden anzurichten. Er schlägt eine Subkommission vor, die eine neue Vorlage ausarbeiten soll.

Die nächste Sitzung findet erst am Dienstag statt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. März 1909.

### Bureaukratisches.

Aus dem Reichstag. (5. März.) In Fortsetzung der Debatte über den Postetat brachte der freisinnige Abg. Kaempf die Ausstellungen zum Vortrag, die in Handels- und Börsenkreisen an der Telephongebührenordnung gemacht werden. Sein Fraktionsgenosse Dr. Strube hatte es dagegen mehr auf die Rückständigkeit des Postbetriebes selbst abgesehen. So brachte er einen Fall zur Sprache, daß der Fehler eines Beamten bei einer Paketendung zu Hin- und Herschreibereien im Betrage von 10 Schriftstücken geführt habe, um die Klüge für dieses Vergehen ordnungsgemäß zu erledigen. Das sei schon nicht mehr bureaukratisch, sondern bureaukratisch.

Schließlich kam Strube auch auf den von Singer angeschnittenen Kiekerfall zu sprechen. Dabei stellte sich heraus, daß die von Herrn Kraetke unternommene Abwehr gegen Singers Tadel auf falschen Informationen aufgebaut war. Strube stellte fest, daß der Oberpostdirektor Lauenstein die Verhütung wegen Kontrollierung der Beteiligung der Postbeamten an den Kommunalwahlen bereits am dritten Tage nach der Wahl erlassen habe. Die Auslegung des Herrn Kraetke, die sich auf die Information des Oberpostdirektors in Kiel stützt, sei auch deshalb unglaubwürdig, weil dieser letztere Herr die Harmlosigkeit seines Verfahrens bei anderer Gelegenheit dadurch zu beweisen gesucht hatte, daß er behauptete, nur statistische Zwecke dabei im Auge gehabt zu haben. Herr Strube konnte mit vollem Recht betonen, daß unter allen Umständen die Nachfrage danach, ob die Beamten ihr Wahlrecht ausgeübt hätten, durchaus vertretbar sei. Götter doch auch kaum ein Drittel der Befragten sich zu der Beantwortung der unberechtigten Anfrage herbeigelassen. Leider verdrarb der freisinnige Abgeordnete den Eindruck seiner Ausführungen schließlich dadurch, daß er jammerte, gerade diese Nachsinnfesselung der oberen Behörde habe die Beamten vielfach von der Beteiligung an der Wahl abgeschreckt und so zum Siege der Sozialdemokratie beigetragen. Dieser freisinnige Jammer bereite den bösen Sozialdemokraten im Reichstage natürlich großes Vergnügen. Er stimmt aber schlecht überein mit dem Bürgerstolz, den der Abg. Dove vor einigen Tagen seinen freisinnigen Kollegen nachgerühmt hatte. Wenn die Freisinnigen in Kiel ihre letzte Hoffnung auf die Günst der Beamten setzten, steht es um die Sache dieser stolzen Bürger herzlich schlecht.

Herr Kraetke antwortete zwar höchst gereizt, vermochte aber die Angaben Strubes nicht zu entkräften. Morgen geht der Kraetkekampf weiter.

### Das beleidigte Dreiklassenparlament.

Das Dreiklassenparlament hat am Donnerstag wieder einmal eine seiner würdigen Handlung vollbracht: es hat seine Zustimmung dazu erklärt, daß ein Gewerkschaftsbeamter wegen einer Rede, in der er das Junkerparlament beleidigt haben soll, nunmehr pro-

zessiert wird. Das „hohe Haus“, das seine Existenz der Dreiklassenmacht verdankt, hat offenbar das Gefühl, daß es sich durch seinen Ursprung, seine Zusammenfassung und seine Handlungen so wenig Achtung im Volke zu erwerben vermag, daß der Staatsanwalt das berufene Organ ist, seine Würde zu wahren!

Für jeden vernünftigen Menschen ist es ohnehin eine lächerliche Auffassung, daß ein Parlament „beleidigt“ werden könne. Das ist nichts als eine abgeschmackte Uebersetzung des Majestätsbeleidigungsbegriffes auf eine Körperschaft, die als Repräsentantin des Volkswillens natürlich jeder Kritik der Mandatäre ausgeföhrt sein muß. Außerdem ist aber ein Parlament ja gar keine homogene Körperschaft, sondern ein Sammelfurium von Parteien, die sich gegenseitig in der heftigsten Weise belämpfen, sich gegenseitig die schlimmsten Dinge vorwerfen! Wenn z. B. die Konservativen der Sozialdemokratie, den Polen oder, wie das jüngst im Dreiklassenparlament vorgekommen, selbst dem Zentrum Landesverrat vorwerfen — dann soll das Parlament von außen her durch ähnliche Wortworte beleidigt werden können?! Wenn konservative Abgeordnete, wie das in den letzten Wochen geschah, ein sozialdemokratisches Mitglied des „hohen Hauses“ einen „Beutel“ nannten oder ihm, wie das erst heute, Donnerstag, wieder geschah, vorwerfen, daß er dem Empfinden eines „Gassenjungen“ nahestehe — wenn also konservative Mitglieder die „Würde“ des Hauses durch solche Redensarten selbst verletzen, dann wollen sie den Empfindlichen spielen und einen Mann dem Rabi ausliefern, der die politische Schamlosigkeit der Mehrheit unserer Dreiklassenkammer drastisch kennzeichnet?

Diesen Widerspruch, diese unverschämte Junkerheuchelei kennzeichnete auch Genosse Borgmann während bei seinem mehrfachen Eingreifen in die Debatte, allerdings nur mit dem Erfolg, daß der Junker v. Heydebrand, wie oben bemerkt, sofort einen neuen Beweis junkerlicher Bildung lieferte.

Schließlich stimmte dann das „hohe Haus“ respektive eine aus Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum bestehende Mehrheit für Strafverfolgung des Frebers an der „Würde“ der Dreiklassenkammer! Es versteht sich von selbst, daß dieser Akt nur dazu beitragen wird, diese Mehrheit bei den Massen auch noch um das letzte Restchen der Achtung zu bringen, um deren Schutz Staatsanwalt und Richter jetzt bemüht werden sollen!

### Eine neue Entrenchung geplant.

Kiel, 5. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“). In später Abendstunde wird hier bekannt, daß die nach Berlin entsandte Deputation heute eine vierstündige Unterredung mit dem Minister gehabt hat. Die Kommission hat sich verpflichtet, über die Verhandlungen Still-schweigen zu bewahren! So viel soll aber feststehen, daß in der am nächsten Dienstag stattfindenden Sitzung der städtischen Kollegien ein neuer Antrag an den Minister unterbreitet werden soll, in dem von der Dreiklassenwahl nicht mehr die Rede ist. Vielleicht handelt es sich um eine Fünfklassenwahl, von der auf dem schleswig-holsteinischen Städtetag in Rölln vor zwei Jahren so viel die Rede war und die dem Mittelstande etwas günstiger ist. Wie dem aber auch sei, auf alle Fälle wird eine Entrenchung der Arbeiter dabei herauskommen. Der Oberbürgermeister Fuh schon einen Tag vor den übrigen Mitgliedern der Deputation beim Minister gewesen sein.

### Evangelische Geistliche als Zentrumsdagitatoren.

Der Ausfall der Stichwahl in Wingen-Alzeth, wo mit national-liberaler Hilfe der Zentrumskandidat gewählt wurde, hat in den Reihen der Nationalliberalen böses Blut gemacht. Aber auch der Freisinn ist erbost. Ging ihm doch durch das Verhalten der Nationalliberalen ein Mandat verloren, das er glaubte, fest in der Hand zu haben. Nun scheinen die Differenzen auch auf das religiöse Gebiet hinübergespielt zu sollen, denn es wird jetzt bekannt, daß die meisten protestantischen Geistlichen gegen ihren Amtsbreder, den Pfarrer Kroll, und für den Zentrumskandidaten Uebel gewirkt haben. Es wird sogar behauptet, daß das Oberkonsistorium in Darmstadt die evangelischen Geistlichen vertraulich angewiesen hat, den Pfarrer Kroll nicht zu unterstützen. In einzelnen Orten des Wahlkreises macht sich eine lebhafte Bewegung geltend, die auf den Austritt aus der Landeskirche hinstrebt.

### Kapitalistisches Stadtreglement.

In Hanau a. M. kam es gestern in der Stadtverordnetenversammlung zu einer erregten Szene. Schon bei der Besprechung verschiedener Unfälle, die sich auf städtischen Gassen ereignet haben, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Stadtreordneten. Der Oberbürgermeister verweigerte die Auskunft über die geringe Bestrafung der betr. Unternehmer, die die Unfälle verschuldet hatten.

Als dann bei der Beamtenvorlage die bürgerlichen Vertreter einen Beschluß faßten, die Deffektivität auszuschließen, damit nicht bekannt werde, wie die Beamtenvorlage nach kapitalistischen Grund-sätzen „geregelt“ werden sollte, verließen die Sozialdemokraten unter Protest den Saal und beteiligten sich nicht mehr an der Weiterberatung.

### Lohnerrhöhung für die Soldaten.

Ein Nachtragsetat, der die Mittel zur Erhöhung der Löhnung für Mannschaften und Unteroffiziere fordert, wird demnächst dem Reichstage und dem Bundesrat vorgelegt werden. Nachdem das Steuerkompromiß zustande gekommen ist, soll der Schatzsekretär seinen Widerstand gegen die Mehransgabe aufgegeben haben. Die Löhnung soll von 22 auf 30 Pfennig erhöht werden und vom 1. April 1909 ab gezahlt werden.

### Die Dresdener Wahlrechtsprozesse.

Der Schriftfeger Albert Weber in Dresden hatte bei der Wahlrechtsdemonstration das Vorgehen der Schulleute bei der Verhaftung eines Wahlrechtsdemonstranten, wobei sie ein Kind umgerissen hatten, als unerhört bezeichnet. Dafür erhielt Weber ein Strafmandat über acht Tage Haft. Als er dagegen gerichtliche Entscheidung beantragte, erhob die Polizei auch noch Klage gegen ihn wegen Beamtenebeleidigung: er soll das Verhalten der Beamten bei der Verhaftung als „humbölgemä“ bezeichnet haben. Die von dem Angeklagten geladenen Entlastungszeugen sagten das Gegenteil aus; sie wurden jedoch nicht vereidigt. Dagegen vereidigte man die Polizeibeamten und verurteilte Weber zu acht Tagen Haft wegen groben Unfugs und zu zehn Tagen Gefängnis wegen Beamtenebeleidigung. Charakteristisch ist der Ausspruch des Vorsitzenden im Urteil: „Wir haben weder Mitleid mit Eltern noch mit Kindern; mögen sie nicht hinausgehen auf die Straßen. Die Schulleute tun nur ihre Pflicht, ob da Kinder liegen oder nicht.“

Der Aufbruchprozess gegen die Genossen Redakteur Dübels und Instrumentenmacher Stenzel, der am Sonnabend vor dem Dresdener Landgericht stattfinden sollte, ist auf den 18. März verlegt, wahrscheinlich infolge neuer Zeugen-vorladungen.

## Zur Wahlrechtsdebatte in der Hamburger Bürgerschaft

wird uns noch beschäftigen.  
Der Antrag der Linksliberalen beschränkte sich auf Wiederherstellung des Zensuswahlrechts für die Gruppe der allgemeinen Wähler, wie es bis zu dem infamen Wahlrechtsraub vom Januar 1908 bestanden hat, nur daß das Proportionalwahlrecht bestehen sollte. Aus tatsächlichen Gründen hätte die sozialdemokratische Bürgerfraktion (21 Köpfe stark) sich in der Hauptsache auf den Antrag der Linksliberalen (23 Köpfe stark) beschränkt.

Zum besseren Verständnis lassen wir kurz die hauptsächlichsten Bestimmungen des Privilegierten-, Klassen- und Zensuswahlrechts der illustren Geldjacks, „Republik“ Revue passieren. Die Bürgerschaft bestand bis 1906 aus 80 von den Privilegierten (Grund-eigentümern und Notablen) und 80 von der Gruppe der allgemeinen Wähler gewählten Abgeordneten. Zu dieser Gruppe gehören nur solche Wähler, die fünf Jahre hintereinander ein Einkommen von mindestens 1200 M. versteuert haben. Da die Sozialdemokraten unter diesem dem Begriff einer Republik hohnsprechenden Wahlrecht es auf ganze 13 Köpfe gebracht hatten und man befürchtete, sie könnten es auf über 40 Köpfe (!) bringen, wurde in geheimen Konsultationen der Wahlrechtsraub ausgedacht und mit einem Ignominium ohnegleichen durchgeführt, indem man von den 80 Abgeordneten der allgemeinen Wählergruppe 8 abtrennte und dem Landgebiet Konzessierte und die verbleibenden 72 in zwei Klassen einteilte. Von diesen erhielten die kleine Gruppe der Bürger mit über 2500 M. Einkommen 48, die „niedere“ Gruppe der Bürger von 1200—2500 M. Einkommen ganze 24 Köpfe. Damit auch jede Partei zu ihrem „Rechte“ komme, wurde noch der Proporz hinzugefügt. Es gibt mithin Privilegierte, die auch bei den „allgemeinen“ Wahlen votieren, und Wähler erster und zweiter Klasse. Die privilegierten und ersten Wähler haben unter allen Umständen die mehr als Dreiviertelmajorität in der Bürgerschaft.

Den Antrag der Linksliberalen begründete in äußerst geschickter Weise Dr. Petersen, der die Sozialdemokratie bezeichnete als die Erbin des vierten Standes zum Denken, zum Handeln, zum Erreichen höherer Lebensgüter nicht nur materieller Natur. Durch eine gerechtere Behandlung hofft dieser liberale Optimist die Sozialdemokratie vom Boden des Klassenkampfes abzubringen und sie auf den Boden der Tatsachen zurückzuführen. Die in den alten Forderungen stehenden „liberalen“ Feinde eines demokratischen Wahlrechts nahm dieser Redner arg beim Schopf, so daß die Betroffenen sich durch wüste Zwischenrufe zu veranlassen suchten.

Genosse Stolten geisterte in scharfer Weise das Notabeln-, Grundeigentümer- und Klassenwahlrecht und legte die Gründe dar, welche die Sozialdemokratie abgelehnt haben, weitergehende Anträge zu stellen. Bei den nächstjährigen halbjährlichen Wahlen der Bürgerschaft werde die ganze Wahlrechtsfrage vor der breitesten Öffentlichkeit ausgetrollt werden. Redner heimlich zwei Ordnungsrufe ein, die ihn aber nicht davon abhielten, die Dinge mit dem rechten Namen zu nennen.

Der Präsident suchte mit weiteren Ordnungsrufen an Mitglieder der äußersten Linken die moralisch Gestäubten zu rehabilitieren.  
Um 12 Uhr nachts wurden die Wahlrechtsanträge, wie bereits gemeldet, mit 91 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

### Ein gemildertes Schreckensurteil.

Wie aus Frankfurt a. M. unterm 4. März mitgeteilt wird, hat das Oberkriegsgericht des 18. Armeekorps das furchtbare Urteil, das das Kriegsgericht der 25. Division vor kurzem gegen mehrere Dragoner von der 4. Schwadron des 24. Dragonerregiments zu Darmstadt fällte, aufgehoben und zwar immer noch sehr harte, aber doch gegen das Vorurteil wesentlich ermäßigte Strafen verhängt.

Wegen militärischen Aufruhrs waren, wie wir schonzeitlich berichteten, die Dragoner Weder, Krumb, Böcher und Laule zu je 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden, wozu für Weder noch 3 Monate und für Krumb noch 1 Monat wegen Abtätungsverletzung kamen. Die Angeklagten hatten den dreimaligen Befehl des Unteroffiziers vom Dienst, das Licht auszulöschen, nicht befolgt und ruhig weiter Karten gespielt. Fünf weitere Dragoner, die dem Kartenspiel zusahen, waren wegen Beharrens im Ungehorsam zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 1 Jahr bestraft worden. Gegen das Urteil hatten alle Angeklagten Berufung eingelegt. Auch der Gerichtsherr hatte Berufung zugunsten der vier wegen Aufruhrs Verurteilten erhoben. Das Oberkriegsgericht hielt Reuerei nicht für vorliegend und verurteilte auch Weder, Krumb, Böcher und Laule nur wegen Beharrens im Ungehorsam und zwar Weder zu 11 Monaten, Krumb zu 1 Jahr, Böcher zu 8 Monaten und Laule zu 10 Monaten Gefängnis. Auch die Strafen für die übrigen fünf Angeklagten wurden herabgesetzt; sie wurden zu Gefängnisstrafen von 3 bis 6 Monaten verurteilt.

Wäre das erste Urteil nicht, man würde auch diese Strafen noch als das empfinden, was sie wirklich sind, als drakonische Strafen, die nur der heiligen Disziplin willen verhängt werden und die im schärfsten Gegensatz stehen zu den meist milden Strafen, die die Soldatensöhne treffen.

### Die Balkankrise.

#### Serbisches Doppelspiel.

Die Nachrichten aus Wien lassen erkennen, daß die österreichische Regierung, wenn Serbien seinen friedlichen Versprechungen treu bleibt, zur Aufnahme der Verhandlungen bereit ist. Die „Neue Freie Presse“ meldet über die Auffassung der Regierung:

„In hiesigen informierten Kreisen nimmt man an, daß Serbien den bisher nur mündlich ausgesprochenen Verzicht in den nächsten Tagen in die Form einer Note an die Großmächte stellen werde. Dann werden die Großmächte untereinander in Verhandlungen eintreten und die Entschickungen Serbiens dem Wiener Kabinett zur Kenntnis bringen. Es ist voraussehen, daß das Wiener Kabinett seine Bereitwilligkeit erklären wird, mit Serbien in Verhandlungen über wirtschaftliche und handelspolitische Konzeptionen einzutreten; darauf wird der letzte Teil der diplomatischen Verhandlungen über die serbische Frage beginnen, bei dem allerdings noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, der aber nach der allgemeinen Anschauung zu einem Einverständnis führen wird. Dann erst wird die Konferenz stattfinden, der die Aufgabe zufallen wird, die Vereinbarungen zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei, Bulgarien und der Türkei, sowie Oesterreich-Ungarn und Serbien zu registrieren.“

Wieweit diese optimistische Auffassung recht behalten wird, bleibt noch abzuwarten. Nachrichten aus Belgrad besagen, daß die militärischen Vorbereitungen mit Eifer fortgesetzt werden und daß auch die Presse ihre kriegerische Sprache beibehält. Die Regierung hat ihre Antwort vorläufig noch geheim gehalten, was aber nicht verhindert hat, daß bereits im ganzen Lande eine Protestbewegung gegen die Aufgabe der territorialen Forderungen beginnt, an der sich namentlich die Offiziere lebhaft beteiligen. So verstärkt sich der Eindruck, daß die serbische Regierung auch jetzt noch ein Doppelspiel treibt mit der Absicht, die Verhandlung in die Länge zu ziehen. Daß eine solche Situation noch immer Gefahren für den Frieden in sich birgt, ist ohne weiteres klar.

### Die türkisch-bulgarischen Verhandlungen.

Sofia, 6. März. Nach hier aus Petersburg eingelangten offiziellen Meldungen ist das russisch-türkische Abkommen bezüglich der Frage der seitens Bulgariens zu zahlenden Entschädigung bereits perfekt und dürfte heute in Petersburg vom türkischen Minister des Aeußeren Nisfat Pascha unterzeichnet werden. —

## Ungarn.

### Der Kampf um das Koalitionsrecht.

Budapest, 3. März. (Fig. Ver.) Als Antwort auf die jüngsten Unterdrückungsmaßnahmen hat die organisierte Arbeiterschaft heute durch das Gewerkschaftssekretariat dem Ministerium des Innern ein Memorandum überreicht, in welchem sie den Uebergang zur geheimen Organisation ankündigt.

In dem Memorandum wird darauf hingewiesen, daß seit der Ministerhaft des Grafen Julius Andrássy in Ungarn vierhundert Arbeitervereine suspendiert oder aufgelöst, aber keine Statuten neuen Arbeitervereine bewilligt wurden, während die Statuten von dreihundert Unternehmerverbänden vom Ministerium genehmigt wurden. Obwohl diese Unternehmerorganisationen mit allen Mitteln des Terrorismus arbeiten, die Gewerbetreibenden, die ihnen nicht zu Willen sind, mit Geldstrafen belegen, werden sie von den Behörden nicht behindert, während Arbeitervereine auf Grund anstößiger Denunziationen aufgelöst werden.

Nach Aufzählung der jüngsten Verfolgungen gegen die Arbeitervereine wird dem Minister des Innern mitgeteilt, daß die organisierte Arbeiterschaft auf das Recht, Geldmittel für ihre Kämpfe zu sammeln, nicht verzichtet und hierfür eine geeignete, für die Behörde unzugängliche Form gefunden hat. Der Minister wird ersucht, sich zu äußern, ob er gewillt ist, den Arbeitern dasselbe Maß von Vereinsrecht zuzumessen zu lassen wie den Unternehmern. Sollte er dazu nicht bereit sein, so werden sämtliche Arbeiterorganisationen ihre statutenmäßige Form aufgeben und zu jener Organisationsform übergehen, die sie vor den Uebergriffen der Behörden schützt.

## Belgien.

### Der Generalrat und die parlamentarische Arbeit.

Brüssel, 4. März. (Fig. Ver.)

In seiner letzten Sitzung befahl sich der Generalrat der belgischen Partei mit dem gegenwärtigen Stand der parlamentarischen Arbeiten. Die Kammer berät im Augenblick jene von uns bereits mitgeteilte und von den Sektionen angenommene Präposition Snob, die von der Regierung, übrigens gegen den Willen des Antragstellers, dazu benutzt werden soll, die Erhebung der Militärreform auf dem Wege einer Enquete zu verschleppen. — Um nun eine hinauschiebung der Vorberatung des Berggesetzes bis nach Ostern zu verhindern und andererseits die Bahn für die Beratung der Besetzungswürde über die allgemeine Regelung der Arbeitszeit frei zu machen, beschloß der Generalrat, die Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf die Erhebung dieser parlamentarischen Arbeiten der Regierung und dem Kammerpräsidenten zu unterbreiten. In der einstimmig angenommenen Tagesordnung wird gefordert, daß der Antrag Snob in drei Sitzungen, die Generaldiskussion des Minengesetzes in zwei Sitzungen erledigt werden sollen. Ferner wird die Vorberatung des Minengesetzes vor Ostern gefordert sowie die Inangriffnahme der Diskussion der Besetzungswürde über die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in den anderen Industrien in der gegenwärtigen Session.

Wie der „Peuple“ in seiner letzten Nummer berichtet, hatte die aus den Genossen Paroille, Mansart und Wanderbeide gewählte Delegation bereits mit dem Ministerpräsidenten Schallaert und dem Kammerpräsidenten Curemans eine Unterredung, in der sich diese insbesondere für die Diskussion eines Gesetzes über die allgemeine Regelung der Arbeitszeit in der laufenden Session einzulegen versprochen.

### Die Heeresreform.

Brüssel, 5. März. Die Deputiertenkammer hat einen Antrag betreffend Einsetzung einer Enquetekommission für die Heeresreform mit 79 gegen 75 Stimmen angenommen.

## England.

### Eine Ersatzwahl.

London, 5. März. Bei der gestrigen Ersatzwahl zum Unterhause für Süd-Edinburgh wurde Dewar (liberal) mit 8185 Stimmen gegen Cox (Unionist), der 6964 Stimmen erhielt, gewählt. Eine Verschiebung der Parteiverhältnisse tritt hierdurch nicht ein. Der Sitz ist sicherer liberaler Besitzstand. —

## Island.

### Die Unabhängigkeitsbestrebungen.

Das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Dänemark und Island sollte nach den Vorschlägen der Islandskommission neu geregelt werden. Das Komitee des Althings hat jedoch diese Vorschläge mit 7 gegen nur 2 Stimmen verworfen. Ein Gegenorschlag ist bereits vorgelegt und er läßt auf eine Trennung Islands von Dänemark hinaus. Island soll als selbständiger Staat proklamiert werden und mit Dänemark nur noch durch den gemeinsamen König verbunden bleiben. Es soll ein vollständiges und unabhängiges Ministerium gebildet werden. Wie stark das Streben nach staatsrechtlicher Selbständigkeit in Island ist, geht auch daraus hervor, daß die Weisheit des Althings den Minister Høfstein zum Austritt gezwungen hat. Er hat sein Abschiedsgesuch bereits eingereicht und wird nur noch so lange im Amte bleiben, bis sein Nachfolger ausersucht ist.

## Aus der Partei.

### Von den Anfängen des Sozialismus in Griechenland.

Athen, 28. Februar. (Fig. Ver.)

Der gestrige Tag war für den Sozialismus in Griechenland ein Tag des Triumphes. Der vor zwei Monaten in der griechischen Hauptstadt begründete sozialistische „Soziologische Verein“ veranstaltete im Piräus seine erste öffentliche Volksversammlung, die einen glänzenden Verlauf nahm. Der Verein wählte zum Ort seines ersten öffentlichen Wirkens den Piräus, da diese Stadt eine größere Industrie und folglich auch ein zahlreicheres Proletariat besitzt als Athen. Am Morgen ließ der Verein Flugblätter verteilen, in denen zu der am Abend stattfindenden Versammlung eingeladen wurde. Leider war das Versammlungslokal viel zu klein, so daß viele umkehren mußten. Die anwesenden Proletarier lauteten den Worten der Redner sehr aufmerksam. Der Präsident des „Soziologischen Vereins“ schilderte die Ursachen und die Ziele der europäischen Arbeiterbewegung, indem er ein Bild von der Entfremdung des Eigentums und des Kapitals vom marginalen Standpunkte aus gab. Die beiden anderen Redner, beide Privatdozenten an der Athener Universität, schilderten in lebhaften Farben die traurige Lage des griechischen Proletariats, indem sie darlegten, daß in Griechenland die Justiz, die öffentliche Sicherheit und Gesundheit sowie die öffentliche Erziehung nur für die bemittelten Klassen existieren und empfahlen den Versammelten, sich in feste Organisationen zusammenzuschließen, deren Resultat dann die Gründung einer Arbeiterpartei sein würde, die dem Draufloswirtschaften der „persönlichen“ Parteien des griechischen Parlaments bald ein Ziel setzen könnte. Das Ende jeder Rede wurde mit lebhaften Bravorufen und Beifallstößen begleitet. Vor Beginn der Versammlung wurden unter die Anwesenden einige hundert Exemplare der sozialistischen „Zukunft“, des Organs des „Soziologischen Vereins“, verteilt.

Die Regierung hatte ganz außergewöhnliche „Vorrichtungsmaßnahmen“ getroffen. Fast die ganze Polizei der Stadt war in und vor das Versammlungslokal beordert, und in einer Vorstadt des Piräus waren 50 berittene Schutzeinheiten, die die Regierung aus Athen hatte kommen lassen, für eventuelle Zwischenfälle bereit. In Patras hat ein übereifriger Polizeioffizier die Statuten des „Soziologischen Vereins“, beschlagnahmt, die von dem Vorsitzenden der „Arbeitervereinigung“ von Patras, einem Beamten des Finanzministeriums, unter die Arbeiterschaft von Patras verteilt worden waren. Wie überall mit dem Erscheinen einer sozialistischen Bewegung ist also auch in Griechenland sofort die Reaktion in Wirksamkeit getreten.

Für die nächste Zeit kündigte der Vorsitzende des „Soziologischen Vereins“ eine Reihe von Vorträgen über die Arbeiterbewegung in Deutschland und England an, die er im Piräus zu halten gedenkt.

### Aus den Organisationen.

Die halbjährliche Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Lippe fand am Sonntag in Lemgo statt. Aus 14 Orten waren 24 Delegierte anwesend, ferner der Kreisvorstand. Außerdem waren vertreten das Agitationskomitee und die „Volkswacht“. Die Abrechnung des Landtagswahlkomitees wies eine Einnahme von 868,24 M. und eine Ausgabe von 2035,70 M. auf. Das Defizit wird zur Hälfte vom Parteivorstand getragen. Die Kreisliste hatte im zweiten Halbjahr 1908 eine Einnahme von 632,12 M. und eine Ausgabe von 571,86 M., mithin Bestand 60,76 M. Die Zahl der Mitglieder betrug am 31. Dezember 1908 in 10 Ortsgruppen 511 männliche und 12 weibliche, zusammen 523, gegen 473 männliche Mitglieder Ende Juni 1908, das ist eine Zunahme von 50 Mitgliedern. In 7 Gemeinden haben unsere Genossen 14 Vertreter in der dritten Klasse. Der Sitz des Vorstandes wurde von Lemgo nach Detmold verlegt.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Christliche Verkünder. Bei der Gemeindevahl in Hornbruch bei Dortmund behauptete ein Zentrumsagitorator im Wahllokal, die Sozialdemokraten hätten sich Vorkommnissen von Witten, die als Hausbesorgerinnen nach der Westfälischen Landgemeindevahl wahlberechtigt sind, erschwindelt. Vor Gericht leugnete der Christ, und obwohl ein anderer christlicher Kandidat schwor, eine solche Fälschung sei nicht geschehen, kam das Gericht zu dem Resultat, daß der christliche Agitorator die Verkünderung ausgesprochen habe. Das milde Urteil lautete auf 20 Mark Geldstrafe.

Strafentscheidungen der Presse. Genosse Zille vom „Harburger Volksblatt“ wurde wegen angeblicher Beleidigung einiger Schutzeinheiten in mehreren Fällen zu 130 Mark Strafe verurteilt. In einem Falle erfolgte Freisprechung. — Die Weisenaufnahme ergab zwar in allen Fällen die Wichtigkeit des im „Volksblatt“ behaupteten, aber das Gericht legte auf die Ausfage der Belastungszeugen, die zum Teil in derselben Sache wegen Widerstands und Aufruhrs bestraft worden waren, „keinen Wert“.

## Aus Industrie und Handel.

### Abschluß der Reichsbank.

In der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung der Anteilhaber wurde die Dividende für 1908 auf 7,77 Proz. festgesetzt. Der Geschäftsbericht enthält folgende Angaben: Die Gesamtumlage betragen bei der Reichsbank 112 680 476 800 M. (i. V. 108 798 137 700 M.) bei den Reichsbankanstalten 192 564 028 500 M. (i. V. 192 201 213 900 M.), somit zusammen 305 244 505 300 M. (i. V. 298 997 551 600 M.). Der durchschnittliche Bankumsatz betrug für Wechsel 4,764 Proz. und für Lombarddarlehen 5,764 Proz. (im Vorjahre 6,033 Proz. und 7,033 Proz.).

Für die letzten 4 Jahre ergeben sich folgende Resultate:

	Bruttogewinn	Reingewinn	Davon an die Reichskasse	Ausschüttung als Dividende
			in 1000 Mark	in Proz.
1905	45 247	25 406	14 830	11 070
1906	64 208	40 263	25 472	14 700
1907	82 550	52 314	34 510	17 803
1908	65 614	37 086	23 052	13 998

Der Metallbestand betrug Ende 1908 insgesamt 990 141 000 M. (i. V. 704 176 000 M.), davon entfielen auf Gold in Barren und fremden Münzen 335 842 000 M. (i. V. 96 252 000 M.), auf Gold in deutschen Münzen 432 418 000 M. (i. V. 401 294 000 M.).

Als Eigentümer der Reichsbankanteile waren Ende 1908 487 (i. V. 478). Als Eigentümer der Reichsbankanteile waren Ende 1908 16 571 Inländer (i. V. 16 553) mit 20 838 Anteilen zu 3000 M. und 58 502 Anteilen zu 1000 M., 2061 Ausländer (i. V. 2063) mit 10 162 Anteilen zu 3000 M. und mit 1408 Anteilen zu 1000 M.

### Wieder eine neue Torfmoorgesellschaft.

Als der „Vorwärts“ kürzlich die Gründung einer Torfmoorgesellschaft im ostpreussischen Hochmoor mitteilte, haben wir schon darauf hingewiesen, welche weittragende Bedeutung diese neue Art der Kraftgewinnung, die gleichzeitig beachtlichen Boden kulturfähig macht, als Einnahmequelle für Deutschland, insbesondere für Preußen, in Zukunft haben könne. Jetzt kommt die Mitteilung von der Gründung einer neuen Torfmoorgesellschaft, die die Verwertung des Moores und seine Umwandlung in elektrische Energie bezweckt. An der Gründung der Deutsch-Hannoverschen Torfmoorgesellschaft ist die Deutsche Bank beteiligt; außerdem die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin, eine Tochtergesellschaft des Elektrizitätswerkes der Gewerkschaft Mont Cenis, die als Mitglied des Kohlenhidrats auch schon bei der Gasgesellschaft beteiligt ist. Außerdem ist beteiligt der bekannte Herr Schmidmann, der die Interessen des Wärscheleber Kalibergbaues vertritt. Die Namen der Gründer bürgen dafür, daß man der Moortwertung im Wirtschaftsleben für die Zukunft eine große Bedeutung beimißt. Der Staat wird sich selbstverständlich erst wieder durch das private Industriekapital die besten Proben wegholen lassen.

### Dividenden.

Daß es noch Betriebe gibt, denen die allgemeine wirtschaftliche Krise des letzten Jahres finanziell keinen Abbruch getan hat, zeigen folgende Dividendenfestsetzungen:

	Dividende 1908	1907
„Siemens“ Elektr. Werke A.-G.	11 Proz.	11 Proz.
Allgemeine Elektrizitätswerke	12	12
Vorstand-Zementfabrik Saxonia	11	11
Vorzugsfabrik Teplitz	12	12
Gogolin, Kalk- und Zementfabrik	13	13
Holzstoff- u. Papierfabrik Schlemma	14	14
Vonner Bergwerksverein	17	17
Chemnitzer Werke Amöneburg	32	32

Auf die unverändert hohen Dividenden anderer Werke ist schon früher hingewiesen worden. Einige Betriebe haben sogar im Jahre 1908 ihre Dividende noch erhöht. Wir nennen:

	1908	1907
Bergwerksverein Rühlheim a. d. Ruhr	11 Proz.	10 Proz.
Serb.-u. Harbstoffwerke Kemnitz u. Co.	13 1/2	13 1/2
Hamburg	25	22 1/2
Kunststoffsabrik von Lubbe	25	22 1/2

Berühmte des Brotes in — Großbritannien. Im laufenden Jahre haben die Brotpreise in Großbritannien eine nicht unbedeutende Erhöhung erfahren. Der Durchschnittspreis für ein Brot von 4 Pfund englisch, wie er aus den Berichten von 140 der wichtigsten Bäckervereinigungen und von 30 anderen Quellen gewonnen wurde, stieg sich Anfang Februar auf 5,6 d gegen 5,3 d im Februar 1908. Innerhalb der verschiedenen Gegenden kamen allerdings merkwürdige Schwankungen vor; an einigen Blägen stehen die

Wortpreise sogar noch etwas höher als im Vorjahre. In London ist der Preis gleichgeblieben, wenn auch in einzelnen Teilen der Metro-  
polen Ermäßigungen eintreten. Dagegen ist in den Binnen-  
grafschaften der Preis von 5,7 d im Vorjahr auf 5,4 d in diesem  
Jahre gesunken; auch in den östlichen und in den südwestlichen Graf-  
schaften und in Wales sind ein kräftiger Rückgang statt.

## Soziales.

### Ein antisozialer „freisinniger“ Magistrat vom Ober- verwaltungsgericht rektifiziert.

Am Donnerstag fällt das Oberverwaltungsgericht eine für  
Kassen wichtiges Urteil.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für Tischler und Piano-  
fortebauer in Breslau beschloß am 20. Juni 1906, dem Ankauf der  
Villa „Anna“ in Seidorf im Riesengebirge zwecks Errichtung eines  
Gesundungsheims näher zu treten. Nachdem der Kauf erfolgt war,  
stimmte die Generalversammlung der Kasse der Erwerbung zu.  
Als der Breslauer Magistrat von dem Ankauf erfuhr, wies er  
als Aufsichtsbehörde den Kassenvorstandenden Würfel durch Ver-  
fügung vom 13. Juli 1907 an, den Vorstandsbeschluss vom 20. Juni  
1906 und den Generalversammlungsbeschluss vom 26. September  
1906, soweit sich die Beschlüsse auf jenen Grundstückskauf be-  
zogen, als gegen die statutarischen Bestimmungen verstoßend, zu  
beanstanden! Im Falle der Nichtbeachtung wurde eine Ordnungs-  
strafe von 30 M. angedroht. Als Würfel dem nicht nachkam,  
sondern Gegenvorstellungen machte, beanstandete der Magistrat die  
Beschlüsse von Amts wegen und wies den Kläger unter dem  
17. August 1907 wiederum unter Androhung einer Ordnungsstrafe  
an, wegen Aufhebung des Kaufvertrages „das Erforderliche zu ver-  
anlassen“. Würfel zeigte demnach dem Magistrat an, daß der  
Verkäufer, mit dem man sich in Verbindung gesetzt hatte, auf  
nichts eingehe. Nunmehr schied der Magistrat gegen Würfel die  
Ordnungsstrafe von 30 M. fest und brachte ihm eine weitere Ord-  
nungsstrafe von 30 M. an, falls nicht der Vorstand binnen zwei  
Wochen gegen den Vorbesitzer der Villa „Anna“ Klage erhoben habe.  
Das schon vorher verlangte Erforderliche sei die Klage auf Auf-  
hebung des Kaufvertrages.

Diese Verfügung föhrt nun Würfel durch die Klage im Ver-  
waltungsstreitverfahren an. (Inzwischen wurde die Villa „Anna“  
als Gesundungsheim seitens der Kasse in Benutzung genommen.)

Der Bezirksausschuß wies die Klage ab. Er ließ allerdings  
verschiedene Gründe des Magistrats nicht gelten. So erklärte das  
Gericht, daß die mangelnde Genehmigung des Magistrats die Ver-  
anlassung der fraglichen Beschlüsse nicht rechtfertigen könnte, da  
das Gesetz eine solche Genehmigung für den Erwerb von Grund-  
stücken nicht vorschreibt. Dagegen billigte der Bezirksausschuß das  
Vorgehen des Magistrats, weil die Kasse Kassenbesitzern für die  
nicht gemäß § 21 Ziffer 3a des Gesetzes statutarisch vorgesehen  
haben, das Gesundungsheim aber der Kassenbesitzern für die  
dienen sollte. Ferner sei entgegen dem Statut der Beschluss in der  
Generalversammlung durch schriftliche Abstimmung, statt durch  
Händereheben, gefaßt worden und deshalb als ungültig an-  
zusehen! . . .

Würfel legte Revision beim Oberverwaltungsgericht ein. In  
der Verhandlung am 4. März begründete Rechtsanwalt Wolfgang  
Heine in eingehenden Rechtsausführungen die Revision. Der  
dritte Senat folgte seinem Antrage und hob die angefochtene Ver-  
fügung des Magistrats im ganzen umfange auf. Er führte aus:  
Die Auflage, „das Erforderliche zu veranlassen“, habe Würfel  
durch die Rückfrage mit dem Vorbesitzer ausgeführt, denn er habe  
darauf getan, was nach seiner nicht unberechtigten Anschauung er-  
forderlich war. Die Straffestellung sei darum aufzuheben. Es  
bleibe die weitere Auflage der Verfügung vom Oktober 1907, gegen  
den Vorbesitzer des Grundstücks die Klage zu erheben. Dabei sei  
entscheidend, ob die Klage überhaupt zur Aufhebung des ab-  
geschlossenen Kaufvertrages führen konnte. Das sei nicht der Fall.  
Zur Erwerbung von Grundstücken, deren Benutzung für Kassen-  
zwecke möglich sei, sei die Kasse gesetzlich berechtigt. Ein solcher  
Vertrag, wie er hier abgeschlossen sei, könne nicht für rechts-  
ungültig erklärt werden. Deshalb müsse auch die Verfügung in  
dieser Beziehung aufgehoben werden.

### 4. Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform.

Gestern wurde in Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des  
früheren Staatsministers Freiherrn von Berlepsch die von  
Vertretern wirtschaftlicher Korporationen zahlreich besuchte 4. Ge-  
neralversammlung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Reform  
eröffnet. Bemerkenswert war die Anwesenheit des Staatsministers  
Grafen P o j a d o w s k y -Wehner, der zum ersten Male seit seinem  
Ausscheiden aus dem Amt an einer öffentlichen Veranstaltung  
wieder teilnahm.

Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung sprach Reichstags-  
abgeordneter Dr. P o t t h o f f über: „Die Rechte des Dienstver-  
trages der Privatangestellten“ als Referent. Er legte seinen Dar-  
legungen folgende Leitfäden zugrunde:

1. Die Aufgabe der Gesellschaft für Soziale Reform gegen-  
über dem Arbeitsrecht der Privatangestellten ist:
  - a) an Stelle der zersplitterten Interessenpolitik eine ein-  
heitliche Staatspolitik zu setzen,
  - b) die soziale Gesetzgebung von allen Nebenzwecken rei-  
nigen zu helfen,
  - c) den Zusammenhang des sozialen Rechts der Ange-  
stellten untereinander und mit den übrigen Arbeit-  
nehmern aufzuzeigen,
  - d) eine fruchtbare Bestimmung des Begriffes „sozial“ zu  
geben.

2. Sozial bedeutet das Vorrrecht des lebendigen Menschen  
vor allen Gütern und Einrichtungen dieser Erde. Sozial ist das  
Recht nur, wenn es die Persönlichkeit der Staatsbürger höher  
benutzt als Sachgüter, als Vermögensinteressen, als irgend-  
welche Institutionen.

3. Die Hauptfehler unseres gegenwärtigen Arbeitsrechtes sind:

- a) unsozialer Charakter, das Verbinden von Vermögens-  
interessen,
- b) die Zersplitterung des Rechts: sechs Reichsgesetze und  
ein halbes Hundert von Landesgesetzen, die vielfach grundlos  
voneinander abweichen und sich widersprechen.

4. Die Mängel des sozialen Rechts werden verschärft durch  
eine unsoziale Rechtsprechung.

5. Die gegenwärtige Zersplitterung des Rechts der Ange-  
stellten ist aus sozialen, logischen und juristischen Gründen un-  
haltbar. Die Vereinheitlichung des Privatbeamtenrechts ist die  
Vorbereitung für den entscheidenden Fortschritt unserer sozialen  
Gesetzgebung.

6. Die wichtigsten gesetzgeberischen Aufgaben der nächsten  
Zeit sind:

- a) Uebertragung der Bestimmungen der fortschrittlichsten  
Sondergesetze in alle übrigen Sondergesetze,
  - b) die weitere Befreiung der Vertragsfreiheit durch  
Zwangsvorschriften über Dienstverträge,
  - c) die Einschränkung der Befugnis zur willkürlichen Ent-  
lassung eines Arbeitnehmers. Nur dadurch ist dessen Freiheit  
außerhalb des Dienstverhältnisses (insbesondere das Koali-  
tionsrecht) wirksam zu schützen.
7. Zur Erreichung eines einheitlichen sozialen Arbeiterrechts  
sollte die Gesellschaft für Soziale Reform

- a) die begonnene Materialsammlung fortsetzen, ins-  
besondere auch die Darstellungen veröffentlichten, welche das  
Recht aller Kulturstaaten vergleichen,

b) Zeitungsausschnitte, Flugblätter und Streitschriften über  
„Soziales Arbeiterrecht“ veröffentlichen oder veranlassen, um  
dadurch die öffentliche Meinung, die Rechtsprechung und Ge-  
setzgebung zu beeinflussen,

c) Eingaben im Sinne des feststen Leitfades an die gesetz-  
gebenden Körperschaften richten.

Weiter verlangt dann weiter, einen Ausschuss einzusetzen zur  
Ausarbeitung eines Entwurfs eines Allgemeinen Reichsgesetzes  
über den Dienstvertrag, der an Stelle der unzureichenden Para-  
graphen 611 bis 651 B. G. B. treten und den größten Teil der  
heutigen Sondergesetze überflüssig machen soll. Es müsse an  
Stelle der Zersplitterung des Arbeiterrechts ein einheitliches Reichs-  
gesetz über den Arbeitsvertrag treten.

Reben dieser von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten auf-  
gestellten Forderung spielte in der ausgedehnten Debatte das Ver-  
langen eines gesicherten Koalitionsrechts eine erhebliche Rolle. Wir  
gedenken, über die Verhandlungen, die voraussichtlich mehrere Tage  
in Anspruch nehmen werden, im Zusammenhang zu berichten.

**Bürgermeisterliche Kampfweise gegen ein Gewerkschaftshaus.**  
Der Bezirksausschuß zu Düsseldorf hatte sich am Dienstag mit einer  
Klage des Vorsitzenden der Kranken- und Sterbelasse in Wald bei  
Solingen, E. Wed, gegen die Gemeindevetwaltung von Wald zu  
befassen. Die Kranken- und Sterbelasse, die seit einer Reihe von  
Jahren besteht, hatte nie Schwierigkeiten mit der Gemeindevet-  
waltung als Aufsichtsbehörde, so lange die Versammlungen in dem  
Lokale des Wirts Kaspar Jäger in Wald abgehalten wurden. Auf  
Beschluss einer Generalversammlung wurden aber später die Ver-  
sammlungen in das Walder Gewerkschaftshaus verlegt. Der  
Bürgermeister forderte den Vorsitzenden nun zunächst auf, den Be-  
schluss, die Versammlungen für die Folge im Gewerkschaftshaus  
abzuhalten, rückgängig zu machen. Als dieses nicht geschah, sondern  
seitens der Kassennmitglieder mehrere Protestversammlungen gegen  
das Annehmen des Bürgermeisters abgehalten wurden, bekam der  
Vorsitzende der Kasse zunächst ein Strafmandat in Höhe von 50 M.  
Als dieses nicht fruchtete, wurden die Beschlüsse der Generalver-  
sammlung vom 25. Oktober 1908 für ungültig erklärt und unter  
Strafandrohung die Neuwahl einer Generalversammlung und des  
Vorstandes verlangt. Vom Bezirksausschuß verlangte der Vor-  
sitzende Wed die Ungültigkeitserklärung der verchiedenen Ver-  
fügungen, weil der Bürgermeister weit über seine Amtsbefugnisse  
hinausgegangen sei. Das ganze Verhalten des Bürgermeisters könne  
nur als ein Kampf gegen das von den freigewählten Arbeitern  
errichtete Gewerkschaftshaus angesehen werden. Die Klage wurde  
aus rein formalen Gründen abgewiesen. In der Begründung des  
Urteils hieß es u. a.: In eine Prüfung der Frage, ob der Bürger-  
meister als Aufsichtsperson über seine Befugnisse hinausgegangen  
sei, brauche nicht eingetreten zu werden, weil keine gesetzliche Ver-  
stimmung bestehe, die dem Bezirksausschuß das Recht gebe, über  
die Klage zu entscheiden.

Die Kläger scheinen bei Anstellung der Klage übersehen zu  
haben, daß das Verwaltungsstreitverfahren auf Grund des § 45  
des Krankenversicherungsgesetzes sich nicht gegen den Bürgermeister  
oder Deputierten, sondern gegen den Magistrat zu richten hat. Nach  
einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 18. Mai 1906  
müßten die Kläger zunächst den Magistrat gegen die unberechtigte  
Verfügung des Bürgermeisters anrufen. Erst wenn dieser Abhilfe  
nicht schafft, ist das Verwaltungsstreitverfahren gegeben, weil Auf-  
sichtsbehörde nach dem Krankenversicherungsgesetz nicht der Bürger-  
meister, sondern der Magistrat ist. Einer neuen Klage dürfte der  
Erfolg kaum versagt werden.

## Gewerkschaftliches.

### Bestechung.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen  
hat den Reichstag in einer Eingabe erucht, davon abzuweichen, in  
den Entwurf eines Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb Ver-  
stimmungen aufzunehmen, durch welche Angestellte oder Beauf-  
tragte wegen Bestechung mit Strafe bedroht werden.

Zur Begründung dieses Wunsches wird in der Eingabe aus-  
geführt: „Selbstverständlich billigen wir es keineswegs, wenn sich  
Angestellte oder Beauftragte bestechen lassen. Da aber die in  
Vertracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen vollkommen aus-  
reichen, um wirklich bestechliche Anschläge in zivil- wie in straf-  
rechtlicher Beziehung zu verfolgen, sind wir entschieden dafür, daß  
in dieser Hinsicht neue gesetzgeberische Maßnahmen gegen An-  
gestellte unterbleiben. Wir befinden uns hierbei nicht nur in Ueber-  
einstimmung mit Gehilfenverbänden, sondern auch mit Prinzipals-  
vertretungen. Wir weisen insbesondere darauf hin, daß die Aelte-  
ren der Kaufmannschaft von Berlin in ihrer Korrespondenz vom  
6. Februar 1906 eine Verenderung der Gesetzgebung nicht für ent-  
scheidungswert hielten und ihr Gutachten u. a. mit den folgenden  
Gründen belegten, die wir auch geltend gemacht haben:

„In der Wechselseite der Fälle werden bei der Bestechung von  
Angestellten die Voraussetzungen des Betrugs im Sinne des § 203  
des Strafgesetzbuches vorliegen, nämlich dann, wenn die gemachte  
Vieferung nicht eine wertentsprechende ist und wenn die Bestechung  
dazu diene, die Widerwertigkeit und die Mängel den Augen des  
Prinzipsals zu entziehen;

das Dienstverhältnis eines Angestellten, der sich Geschenke  
geben läßt, kann ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist sofort  
gelöst werden, da in der Annahme von Geschenken eine Untreue  
im Dienst und ein Mißbrauch des vom Dienstberechtigten gehegten  
Vertrauens liegt;

der durch die Bestechung Geschädigte hat nach § 826 des Bür-  
gerlichen Gesetzbuches das Recht, sobald vom Angestellten wie vom  
Bestechenden den Schaden ersetzt zu verlangen, den er erlitten hat;  
der Angestellte muß die erhaltenen Bestechungsgeschenke aus  
Grund § 91 des Handelsgesetzbuches und der Vorschriften des Bür-  
gerlichen Gesetzbuches über ungerechtfertigte Bereicherung (§ 812 ff)  
herausgeben.“

Die Bestechung, deren öfteres Vorkommen von keiner Seite be-  
wiesen worden ist, ist für den betroffenen Angestellten sowohl in  
strafrechtlicher als auch in zivilrechtlicher Beziehung von so nach-  
teiligen Folgen, daß ein Bedürfnis nach stärkeren Bestimmungen  
nicht anerkannt werden kann. Außerdem ist aber zu befürchten,  
daß neue strafrechtliche Vorschriften nicht eng und genau genug  
gefaßt werden könnten, so daß sie möglicherweise zu ungerechtfertig-  
ten Schikanen führen.

Der bestechliche, vielleicht gering entlohnte Angestellte kann  
schon nach dem heutigen Recht empfindlich gestraft werden,  
schlimmer als der wohlhabende Bestechende, der doch als der Haupt-  
schuldige angesehen werden muß.“

### Berlin und Umgegend.

**Zur Lohnbewegung der Berliner Kostümschneider und Schneiderinnen.**

Von gut unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß die  
Unternehmer eine Ueberumpelung planen. Statt der Organisations-  
leitung auf die überreichen Forderungen der Kostümschneider Ant-  
wort zu geben, hat man die Absicht, an dem Tage, an dem die Ant-  
wort erteilt werden sollte, eine Erklärung zur Unterschrift vor-  
zulegen, wonach auf jede Forderung verzichtet werden  
soll. Ein solches Annehmen muß mit aller Entschiedenheit zurück-  
gewiesen werden. Wer eine solche Erklärung unterschreibt, begeht  
Verrat an sich selbst und der gesamten Kollegenschaft. Es ist daher  
zu empfehlen, auf der Hut zu sein, und unterschreibe niemand eine  
derartige Erklärung.

Wir machen an dieser Stelle besonders auf die Ausführungen  
seitens der Organisationsleitung in der letzten Versammlung auf-  
merksam. Wenn die Arbeitgeber verhandeln wollen, so sollen sie  
sich an den Verband der Schneider wenden.

## Deutsches Reich.

### Die Bauunternehmer machen mobil.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-  
westfälischen Industriegebieten, E. V., hat folgendes Rundschreiben  
an seine Mitglieder gerichtet:

Essen a. d. Ruhr, 22. Februar 1909.

Sehr geehrter Herr!

Wie Ihnen bekannt ist, sind auch die jüngsten Verhandlungen  
im Holzgewerbe gescheitert. Es ist nunmehr notwendig, über die  
weitere Behandlung der Angelegenheit gemeinschaftlich Stellung  
zu nehmen. Wir laden Sie daher auf Dienstag, den 2. März,  
nachmittags 3 Uhr, nach Düsseldorf, Hotel „Düsseldorfer Hof“,  
zu einer Sitzung ein, in der eine Vertikationsordnung festgelegt  
werden soll. Wir bemerken gleichzeitig, daß Hauptgegen-  
stand der Beratung auch die feinerzeit schon besprochene, den  
Zeitverhältnissen Rechnung tragende Lohn-  
herabsetzung sein wird. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit  
der Tagesordnung bitten wir Sie dringend, an der Sitzung teil-  
zunehmen.

Die Exemplare der Vertikationsordnung gelangen in der Ver-  
sammlung zur Verteilung.

Die große Arbeitslosigkeit während der Krise ist es, die die  
Scharfmacher im Holzgewerbe zu diesem Vorgehen ermutigt. Jeden-  
falls sieht hieraus die Holzarbeiter, was sie zu erwarten haben.  
Wollen sie die netten Praktiken der Unternehmer durchkreuzen, so  
müssen sie die Reihen ihrer Organisation so fest als möglich  
schließen und dafür sorgen, daß bei einem eventuellen Kampfe  
trotz Krise und Elend die Unternehmer keine Arbeitswilligen finden  
werden.

### Textilarbeiter-Ausstand.

In Oberdorf im Nügau haben die Arbeiter und Arbeiterinnen  
der dortigen Spinnerei und Weberei, 200 an der Zahl, die  
Arbeit niedergelegt und sind in den Ausstand getreten. Die  
Ausständigen erhielten ausnehmend schlechtes Material zu verarbeiten,  
wurden aber trotzdem beim geringfügigsten Fehler mit hohen Geld-  
strafen belegt. Günstige Unterhandlungen mit der Betriebsleitung  
waren ergebnislos, deshalb traten die Arbeiter in den Streik.  
Durch Anschlag hat nun die Firma bekannt gegeben, daß alle Ar-  
beiter entlassen sind, die nicht sofort bedingungslos die Arbeit wieder  
aufnehmen. Die Ausständigen antworteten mit der Forderung  
einer Arbeitszeitverkürzung und fünfprozentigen Lohnerhöhung. Sie  
sind teils im deutschen, teils im christlichen Textilarbeiterverband  
organisiert.

### Tarifkündigung.

Die in dem schweren Fuhrwesen beschäftigten Kutscher in  
Dresden, die im Transportarbeiterverband organisiert sind, kün-  
digten den Tarif und verlangten höhere Lohnsätze. Die Fuhr-  
herren lehnten die Forderung der Kutscher ab und machten einige  
geringe Zugeständnisse. Eine Versammlung der Kutscher lehnte  
den von den Fuhrherren vorgeschlagenen Tarif einmütig ab und  
beauftragte die Verbandsleitung, weitere Verhandlungen einzulei-  
ten.

### Ausland.

#### Die in Dänemark bevorstehende Massenaussperrung.

Die Dänische Arbeitgebervereinigung hat dem Gesamtverband  
der Gewerkschaften am Mittwoch in aller Form die wegen des  
Konflikts in der Schuhindustrie Kopenhagens beschlossene Massen-  
aussperrung angekündigt, die am Montag, den 15. März, durch-  
geführt werden soll. Sie soll die Schuhmacher und Schuhfabri-  
arbeiter, die Schneider und Konfektionsarbeiter, die Lederindustrie-  
arbeiter, die Kupferarbeiter, die Holzschub- und Leistenarbeiter,  
Oelmühlenarbeiter, Textilarbeiter, sowie sämtliche Mitglieder des  
Arbeitsmannsverbandes, soweit sie nicht bei den öffentlichen Ver-  
kehrs- und Transportmitteln oder mit der Herstellung leicht ver-  
derblicher Nahrungsmittel beschäftigt sind, umfassen, die bei Mit-  
gliedern der Arbeitgebervereinigung in Arbeit stehen. Es werden  
über 40 000 Arbeiter sein, die das dänische Unternehmertum zur  
Vermehrung der so wie so vorhandenen juristischen Arbeitslosigkeit  
auf die Straße werfen will.

Die Hauptvorstände der von der Aussperrung bedrohten Ge-  
werkschaften sind gestern zur Beratung über die Lage zusamen-  
getreten.

### Streik türkischer Schiffer.

Konstantinopel, 4. März. (Meldung des Wiener I. Z. Telegr.-  
Korresp.-Bureaus.) Der Streik der hiesigen Reichsschiffer ge-  
winnt an Ausdehnung und wendet sich auch gegen italienische und  
russische Schiffahrtsgesellschaften, die, wie der Oesterreichische Lloyd,  
eigene Dampfschiffe besitzen. Alle Schiffahrtsgesellschaften haben  
heute bei den diplomatischen Missionen in Konstantinopel gegen den  
Streik Protest erhoben.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Städtische Arbeitslosenunterstützung.

Karlruhe i. B., 5. März. (Verbandsdepesche des „Vorwärts“.)  
Nach Beendigung der Notstandsarbeiten, für die 19 000 M. aus-  
gegeben wurden, gerät die Stadtverwaltung Karlruhe den Ar-  
beitslosen eine in bar auszahlende Arbeitslosenunterstützung,  
mit der irgendwelche Beeinträchtigung der Staatsbürgerlichen Rechte  
nicht verbunden ist.

### Betrieb eingestell — 1000 Mann arbeitslos.

Essen, 5. März. (W. G.) Die fiskalische Behörde „Baltrop“ stellte  
infolge des Wasserzuflusses den Betrieb vollständig ein und legte  
1000 Mann von der Belegschaft ab.

### Feuer im Schacht.

Deha, 5. März. (W. G.) In einem Schachte des Bergwerkes  
Tropozent brach Feuer aus, wobei mehrere Bergleute ums Leben  
kamen.

### Erdbeben.

Rom, 5. März. (W. T. B.) In Reggio de Calabria wurde heute  
nachmittags 12 Uhr 35 Minuten ein leichtes, und um 1 Uhr 30 Mi-  
nuten nachmittags ein starkes Erdbeben verspürt. Auch in Neapel  
wurde um 1 Uhr 22 Minuten ein sehr starkes Erdbeben wahr-  
genommen.

### Die Verlegung der Tagesstunden.

London, 5. März. (W. T. B.) Im Unterhause ist mit 141 gegen  
108 Stimmen die zweite Lesung der sogenannten Daylight-saving-Bill  
angenommen worden, der zufolge von Ende April bis Ende  
September die öffentliche Zeitrechnung gegen die Zeit von Greenwich  
um eine Stunde vorgebracht werden soll. Diese Maßnahme  
soll dem Volke eine Stunde der Ruhe und Erholung bei Tageslicht  
gewinnen. Es ist wenig Aussicht vorhanden, daß sie während der  
laufenden Session Gesetz werden wird.

Dieses „Tageslicht-Rettungs“-Gesetz soll bewirken, daß die Ar-  
beit eine Stunde früher anfängt und aufhört.

### Zusammenstoß.

London, 5. März. Zwei aus London mit 1/2 stündiger Ver-  
spätung abgegangene Personenzüge stießen heute bei Tombridge-  
 Junction zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden eine  
Dame und zwei Eisenbahnbeamte getötet. Verwundet wurden  
elf Postbeamte, die sich in dem an dem Zusammenstoß  
beteiligten Postzug London-Dover befanden. Der bald nach  
dem Unglück fällige Schnellzug aus Margate wurde durch den  
Stationsinspektor, der ihm entgegengefahren war, kurz vor der Un-  
glücksstätte zum Halten veranlaßt und so ein weiteres Unglück  
verhütet.

Reichstag.

220. Sitzung vom Freitag, den 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kraetke.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats der Reichspostverwaltung in Verbindung mit der ersten Beratung des Entwurfs einer Fernsprechgebühren-Ordnung.

Abg. Dr. Wöhrle (württ. Vg.) lobt die Postverwaltung, besonders auch wegen ihrer sozialen Fürsorge, die aber bei den Unterbeamten noch ausgedehnt werden müsse; auf vielen Postämtern liegen die sanitären Verhältnisse noch sehr im argen, z. B. auf dem Postamt 21 in Berlin sind die Räume, in denen die Unterbeamten sich aufhalten und arbeiten müssen, völlig unzureichend.

Abg. Raempf (frf. Vg.): Die Erhöhung des Ortsportos hat zu einer erheblichen Einschränkung des Verkehrs in Postorten geführt. Da der Postverkehr eine Reihe von neuen Korrespondenzen mit sich bringt, ist auch in diesem Interesse eine Verbilligung des Portos zu verlangen. Wir wünschen, daß der Postverkehr in jeder Weise gefördert wird.

Abg. Dr. Straube (frf. Vg.) sieht im Gegensatz zu Raempf und im Einklang mit dem Abg. Doornmann der Telephongebührenordnung nicht ablehnend gegenüber. Redner berichtet über die Fortschrittlichkeit der Reichspost und erinnert daran, daß der verstorbene Großherzog Peter von Oldenburg freiwillig auf dies Privilegium verzichtet hat.

Kleines feuilleton.

Alexander Charpentier, einer der Vorläufer der modernen bildenden Kunst in Frankreich, ist im Alter von 53 Jahren in der Pariser Vorstadt Remilly gestorben. Ein Kind des Pariser Proletariats, hatte er lange zu kämpfen, bis er Aufnahme in der Kunstakademie fand und weiter noch lange, bis er öffentliche Anerkennung fand.

Das Erfrieren der Pflanzen. Dieser Winter hat in ganz Deutschland sehr tiefe Temperaturen gebracht. In solchen Zeiten drängt sich dem Gärtner und Pflanzenliebhaber unwillkürlich die Sorge auf, daß seine Pflanzensammlungen Schaden leiden könnten.

senden und den betreffenden Beamten auf sein Versehen aufmerksam zu machen, zeitigte dieses Versehen einen umfassenden Schriftwechsel, der mit einer schriftlichen Klage an den betreffenden Beamten für sein Versehen endete.

bureaukratisch!

(Schallende Heiterkeit). Weiter klagt der Redner darüber, daß die Postverwaltung in Kiel bei Unterstellungen gerade solche Beamte nicht berücksichtigt, die es in erster Linie nötig haben; einem Unterbeamten, dem um Erlass der Kosten für ein künstliches Gebiß hat, wurde geantwortet: die Anschaffung eines künstlichen Gebisses gehe über seinen Stand hinaus!

Staatssekretär Kraetke: Im Falle Schwarz hat der Oberpostdirektor Lauenstein unrichtig gehandelt, weil eine Genehmigung der Reichspostverwaltung gar nicht nötig war, wie Herr Lauenstein irrtümlich annahm.

Abg. Werner (Antif.): Herr Straube sollte der Postverwaltung dankbar sein, denn ohne ihr Vorgehen wäre an seiner Stelle ein Sozialdemokrat gewählt worden.

Abg. Duffner (Z.) befürwortet Maßnahmen, die ein schnelleres Advancement der höheren Postbeamten bezwecken, und tritt für die Gewährung des Titels „Postassistenten“ an die Oberpostassistenten ein.

Abg. Graf v. Westarp (L.) begrüßt die neue Fernsprechgebührenordnung, die gerechter sei als die gegenwärtige.

Abg. Dr. Steefemann (natl.): Der Bequemlichkeit des Publikums

und nehmen beim Vertrocknen eine braune oder schwarze Farbe an. Man hat früher angenommen, daß der Zellinhalt sich beim Gefrieren ausdehnt und dadurch die Zellwände zerreißt. Es zeigt sich jedoch, daß beim Gefrieren nur höchst selten eine wirkliche Zerschlagung des Pflanzengewebes eintritt.

Musik.

Das Blüthner-Orchester macht seinem Publikum weiterhin viel Freude. Ist auch seine Klangschönheit noch nicht auf der Höhe seiner sonstigen Vorgänge, so danken wir ihm doch vor allem eine bequeme Gelegenheit, gute neue Leistungen kennen zu lernen.

würde es dienen, wenn in stärkerem Maße Postautomaten auch in kleinen Orten aufgestellt würden. In bezug auf die neue Gebührenordnung ist es nicht richtig, daß mein Parteigenosse Beck ihr zugestimmt hat, wie Herr Schmidt-Altenburg gestern meinte.

Darauf verlegt sich das Haus. Abg. Dr. Straube (frf. Vg.) zur persönlichen Bemerkung protestiert gegen die Behauptung des Staatssekretärs Kraetke, er habe etwas gegen seine Ueberzeugung gesagt.

Staatssekretär Kraetke befreit, eine solche Äußerung getan zu haben; sollte sie ihm in der Hitze des Gefechts entfahren sein, so würde er das bedauern.

Nächste Sitzung: Sonnabend 2 Uhr. (Fortsetzung der Beratung.) Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung, Freitag, den 5. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Geschäftsausschusskommission, betreffend die Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Gewerkschaftsbeamten Hermann Helbig aus Leipzig wegen Verleumdung des Hauses der Abgeordneten.

Abg. Dr. Zimmer (Z.): Es handelt sich um eine Äußerung, die der Gewerkschaftsbeamte Helbig in einer sozialdemokratischen Versammlung getan hat. Nach dem Zeugnis zweier Gendarmenwachmeister, Fabian und Schröder, hat Helbig bei der Besprechung des bestehenden Dreifachwahlrechts gesagt: „Die Herren im preussischen Abgeordnetenhaus müssen vor sich selber auspeitschen.“

Abg. Rosenow (frf. Vg.) erklärt, daß seine Freunde wie seinerzeit auch heute gegen den Beschl. stimmen würden.

Abg. Bergmann (Soz.)

Auch ich bin der Meinung, daß das Abgeordnetenhaus sich durch diese Äußerung nicht beleidigt fühlen kann und darf. Dazu kommt, daß der Beschl. die Äußerung in der Form befreit. Es ist ja auch bekannt, daß solche Versammlungsberichte von Polizeibeamten durchaus nicht immer einwandfrei sind.

Neuheiten findet. Erst kam eine romantische Ouvertüre für großes Orchester von Ludwig Thuille, Johann ein Konzert für Klavier und Orchester von dem Dirigenten selbst, endlich eine nicht mehr gänzlich neue Ouvertüre zu „Näthchen von Heilbrunn“ für großes Orchester von Hans Pfitzner.

Notizen.

— Ordnung muß sein. Im Lessing-Theater ist der Herboruss für die Darsteller längst abgeschrieben. Jetzt werden auch die Autoren in Just und Eitte genommen.

Die Reform tritt bei der Hauptmannpremiere zuerst in Kraft. Wird das nicht als schlechtes Vorgehen gedeutet werden? Und was sagen die Premierenhäuser dazu, die trotz erhöhter Preise nicht ihre Begierde treiben können?

— Der wär Ziblen? In der 19. Ausgabe von Dr. Wilhelm Reuters „Literaturhandb. für höhere Lehranstalten“ (Herold'sche Verlagsbuchhandlung, Freiburg i. B.) findet sich unter Nr. 19 der ausländischen Dichter über Ibsen folgende biographische Notiz:

— Der Ziblen. Ferdinand von Vulgarität hat neben seiner großen Gabe, die ihm die Witzblätter verliehen haben, auch einen Spitznamen weg. Das Londoner Witzblatt „Punch“ hat ihn in einer Karikatur „Ziblen“ genannt und die Tageszeitungen haben die Bezeichnung aufgegriffen.

auch im Dickus Busch passiert. Ich erinnere an die Heuherung des Herrn v. Dietz-Daber: „Die Reiter können und sonst was!“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mathis (natl.): Im allgemeinen stehen wir auf dem früheren Standpunkt, daß nicht alle Beleidigungen des Abgeordnetenhauses verfolgt werden sollen, weil das Haus viel zu hoch dazu steht. Hier aber liegt der Fall so, daß der Betreffende das Abgeordnetenhaus direkt provoziert hat. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. v. Heidebrand (L.): Herrn Vorgmann bemerke ich: Gehört sind wir alle darüber erhaben, was da gesagt worden ist, aber wir haben doch auch Rücksicht zu nehmen auf die Auffassung im Lande über die Würde des Abgeordnetenhauses. (Sehr richtig! rechts.) Und man würde es im Lande nicht verstehen, wenn eine derartige Heuherung, die sich nur als die Heuherung eines Gassenjungen bezeichnen kann, völlig ohne Sühne bleiben sollte. (Bravo! rechts.) Wenn wir das Abgeordnetenhaus damit rechtlos machen, würden wir nur die Geschäfte solcher Herren besorgen.

Abg. Rosenow (frei. Sp.): Die Begründung des Herrn Vorredners war sehr bedenklich. Eine ganze Reihe schwerer Beleidigungen des Abgeordnetenhauses sind doch nach dem Beschluß des Hauses ungeführt geblieben. Wenn dann in Einzelfällen Strafverfolgung eintritt, so müßte im Lande die Meinung aufkommen, daß die anderen Beleidigungen in Folge nicht ausgesprochen sind. Das Haus müßte dann konsequenterweise jede Beleidigung verfolgen. (Sehr wahr! links.)

Abg. A. Orfanis (Bols.): Wir werden, wie damals, gegen den Beschluß der Kommission stimmen. Herr v. Heidebrand sprach von einem Gassenjungen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß mich ein Gassenjunge überhaupt nicht beleidigen kann. (Sehr gut! links.)

Abg. Borgmann (Soz.):

Herr v. Heidebrand hat ganz allgemeine Grundsätze aufgestellt, die Sie dann konsequenter Weise immer anwenden müßten und nicht nur in diesem Einzelfall. Im übrigen hätte es sich Herr v. Heidebrand wohl überlegen sollen, ob er einen Mann, den er nicht kennt, wegen einer solchen einmaligen Heuherung in einer Versammlung als Gassenjungen bezeichnen dürfte. Was ist denn Herr v. Dietz-Daber gewesen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Heuherung in der Versammlung ist doch in einem verhältnismäßig engen Raum geschehen; sie ist erst an die große Glocke gehängt worden durch den Beschluß Ihrer Geschäftsordnungs-Kommission und diese Debatte. Die Kommission hätte mehr im Interesse des Ansehens und der Würde dieses Hauses gehandelt, wenn sie über die Heuherung zur Tagesordnung übergegangen wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haarmann-Albera (natl.): Herr Borgmann hat sich außerordentlich besorgt gezeigt um die Würde des Dreiklassenparlamentes. Nach seiner und seiner Freunde Leistungen, die bis jetzt nach außerordentlich wenig zur Hebung der Würde des Dreiklassenparlamentes beigetragen haben, wird wohl die Mehrheit des Hauses seinen Heuherungen wenig Wert beilegen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Prasanna (Z.): Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß solche Beleidigungen nicht an die Würde des Hauses heranreichen. Wir haben damals nur ein Exempel statuieren wollen, und da sich derselbe Fall nun wiederholt hat, werden wir auch heute für den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. v. Heidebrand (natl.): Ich habe nicht Helbig als Gassenjungen bezeichnet, sondern gesagt, die Heuherung entspricht dem Typus eines Gassenjungen. Wenn Herr Borgmann glaubt, besser informiert zu sein über die Handlungsweise von Gassenjungen so ist das seine Sache. (Pfeiferei bei den Sozialdemokraten.) Wenn er meint, wir hätten keine allgemeinen Grundsätze in dieser Frage, so erwidere ich: Unser Grundsatz ist, uns den speziellen Fall anzusehen.

Abg. Stroffer (natl.): Die große Empfindlichkeit des Herrn Borgmann ist um so wunderbarer, als er und seine Freunde gestern Beifall riefen, als Herr Strödel die Junker als Verbrecher bezeichnete.

Präsident v. Krüdder: Herr Strödel hat gestern nicht von verbrecherischen Junkern in dem Sinne gesprochen, daß die Junker in diesem Hause Verbrecher wären, sondern er sprach von Junkern außerhalb des Hauses. (Große Heiterkeit.)

Abg. Borgmann (Soz.):

Wenn Herr v. Heidebrand meint, ich hätte wohl ein besseres Verständnis für das Verhalten eines Gassenjungen, so muß ich eine solche Beleidigung auf das Schärfste zurückweisen. Nach den Heuherungen, die Herr v. Heidebrand hier zu Tage gefördert hat, halte er am wenigsten Verständnis dafür. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen hat er mich nicht verstanden. Ich habe nicht gesagt, Sie hätten in dieser Frage keine Grundsätze, sondern: wenn Sie solche allgemeinen Grundsätze aufstellen, so müssen Sie in mehr Strafantrag stellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Debatte hat ja gezeigt, daß wir Sie nicht abhalten werden, die Würde des Hauses mehr zu schädigen, als es geschehen wäre, wenn Sie ohne weiteres über die Heuherung zur Tagesordnung übergegangen wären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Bolsen angenommen.

Es folgt die Beratung des folgenden Antrages Hammer (natl.) und Sen.: „Die Regierung zu ersuchen, einen Gesekentwurf dahingehend vorzulegen, daß die feuerliche Bedienung der Filialbetriebe durch das Kommunalabgabengesetz und das Gewerbesteuer-Gesetz nicht bald aufgehoben wird.“

Nach längerer Debatte, in der sich die Abg. Erdt (L.), Heine (natl.), Bell (Z.) für den Antrag und der Abg. Rosenow (fr. Sp.) dagegen aussprechen, wird der Antrag an die Gewerbe-Kommission verwiesen.

Hierauf begründete Abg. Hammer (L.) einen weiteren Antrag: „Die Regierung zu ersuchen, hinsichtlich bald einen Gesekentwurf vorzulegen, durch welchen eine ausreichende Vertretung des kleinen Kaufmannstandes ermöglicht wird, und zwar in der Weise, daß bei den Handelskammern — mit einzelnen vom Minister zu bestimmenden Ausnahmen — ein „Kleinhandelsausschuß“ gebildet wird für Personen, deren Gewerbebetrieb nicht über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht, und solche Kaufleute, die nach den Bestimmungen des Handelshandels-Gesetzes oder durch die Bestimmungen der einzelnen Handelskammern vom Wahlrecht zu letzterem ausgeschlossen sind.“

Handelsminister Dr. Delbrück legt dar, daß die Fiele des Antrages Hammer auf Grund des bestehenden Rechts, unter anderem durch Bildung freier Innungen, zu erreichen wären. Der Durchführung eines Gesetzes, wie es der Antrag Hammer wünscht, würden die größten Schwierigkeiten entgegenstehen.

Abg. Trimbora (Z.) tritt für Detailisten-Kammern ein und beantragt Überweisung des Antrages Hammer an die Kommission für Handel und Gewerbe.

Abg. Heine (natl.) schließt sich für seine Freunde diesem Antrag an.

Abg. Erdt (L.) betont, daß die Detailisten heute schon viel mehr Einfluß auf die Handelskammern haben könnten, wenn sie ihr Wahlrecht wirklich ausüben wollten.

Abg. Rosenow (fr. Sp.): Herr Trimbora hat heute sein altes Kind verleugnet und ein neues Kind zur Welt gebracht. (Heiterkeit.) In dem Antrage Hammer handelt es sich nicht um Detailisten-Kammern, sondern um Kleinhandelsausschüsse. Auch wir sind der Ansicht, daß es möglich ist, auch unter den heutigen Verhältnissen die Interessen der Detailisten genügend zu wahren. Die Grenze, wo der Handwerker aufhört und der Kleinhandelsmann anfängt, ist außerordentlich schwer festzusetzen. Zu einem greifbaren Resultat wird der Antrag Hammer kaum führen können. Der Kommissionsberatung stimmen wir zu.

Abg. Trimbora (Z.): Mein angeblich verleugnetes Kind hat inzwischen in Herrn Hammer einen treuen Pflegevater gefunden. (Heiterkeit.)

Der Antrag geht an die Gewerbe-Kommission. Es folgt die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Bei den Einnahmen tritt

Abg. Heilich (L.) für den Ausbau der gewerblichen Fachschulen ein. Redner wendet sich dagegen, daß der Unterricht an den Fachgewerkschulen zu akademisch erteilt werde.

Minister Dr. Delbrück: Die neuen Lehrpläne der Gewerkschulen haben gerade die Absicht, die bisher vielleicht zu akademische Lehrweise durch eine mehr praktische zu ersetzen. Ich bitte also zunächst, die Wirkung dieser Lehrpläne abzuwarten. Die Einnahmen werden bemittelt.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Sonnabend 12 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

## Die Radbod-Kolonie.

Am 5. Februar dieses Jahres wurde Redakteur Genosse Kottelbach von der Dortmund „Arbeiterzeitung“ wegen einer Kritik, die mit den Wohnungsverhältnissen der Radbod-Kolonie sich beschäftigte, zu 500 M. Geldstrafe verurteilt, obgleich eine ganze Reihe Zeugen bekundeten, daß die Wohnungen sehr sauber seien und weiter auslagten, daß das Gras aus den Dienen der Schlafstuben hervorgewachsen, Kinder erkrankten, die Möbel verschimmelten, und einem der Neugen der Schmirbelart im Bett gestorben war.

Die Zehnerverwaltung hat sich nunmehr veranlaßt gesehen, die Angaben dieser Zeugen auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Es wurden die Dienen aufgerissen, und — alles ist bestätigt worden. Wie verlautet, ist man jetzt daran, die Mißstände zu beseitigen. Nur hätte man annehmen sollen, die Verwaltung würde sich veranlaßt sehen, den Strafantrag zurückzunehmen. Das tut sie aber nicht, sie läßt es ruhig zur Verzugsverhandlung kommen. Es ist auch besser so, die Öffentlichkeit wird dann noch viel mehr über ideale Wohnungsverhältnisse in einer Zehnerkolonie erfahren.

Merkwürdig berührt es, daß nun zufällig den Leuten, die am 5. Februar die Wahrheit bezeugt haben, die Wohnungen gekündigt worden sind, so daß sie am 1. März bei der grimmigen Kälte ihre Betten und Möbel auf den Wagen laden mußten, um sich ein anderes Heim zu suchen. Unter den Ermittler befindet sich ein Familienvater mit acht Kindern. Die Verwaltung weist die Leute auf die Landstraße, obgleich die Wohnungen der halben Kolonie leerstehen. So zeigen sich die Humanen von Radbod.

## Die Selbstverwaltung der Krankenkassen in Gefahr.

Das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen ist seit vielen Jahren von Unternehmerseite in nichtiger Weise bekämpft worden. Kein Mittel der Bekämpfung blieb unversucht. Drei- oder viermal sind diese Angriffe abgeschlagen worden. Das einmal durch eine Anfrage des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich bei den Arbeitgebervertretern in den Vorständen. Sie sollten Auskunft geben, ob wirklich die „sozialdemokratischen Leistungen“ die Kassen für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauchten. Antwort ging von den Arbeitgebervertretern von 424 der größten Kassen (mit annähernd 2 Millionen Mitgliedern) ein. Die Frage, ob Kassenmittel zu Parteizwecken verwendet worden seien, wurde durchgehend verneint. Als einziger „Mißstand“ konnte angeführt werden, daß unter anderem auch Angehörige der Sozialdemokratie als Kassenbeamte angestellt worden sind. Das eingegangene Material, eine glänzende Rechtfertigung der Kassen durch genau unterrichtete Arbeitgeber, wurde dem Reichsamt des Innern übergeben. Dieses Ergebnis hinderte den Zentralverband deutscher Industrieller und ähnliche Organisationen natürlich nicht, nach wie vor von „Mißständen in den Verwaltungen der Ortskrankenkassen“, „dauernder Ohnmacht der Arbeitgeber gegenüber der sozialdemokratisch beeinflussten Arbeitervertretung“ und dergleichen zu reden.

Die Anstrengungen von Kassenvertretern, die im Oktober im Reichsamt des Innern stattgefunden, trafen diese Behauptung abermals Lügen. Wieder erklärten auch die Arbeitgeber, daß von Mißständen in den Kassenverwaltungen keine Rede sein könne und zu einer Aenderung der Organisation kein Anlaß vorliege. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, der augenscheinlich von der vorausgegangenen Hege irregeführt war, wurde von diesem Ausgang der Erörterungen geradezu überrascht. Auch in der breiten Öffentlichkeit wirkte es klärend. Vielfach gab man sich der Hoffnung hin, daß die schlimmste Gefahr für die Selbstverwaltung nun vorüber sei. Doch die Arbeiterfeinde sind zah. Sie wollen nicht befecht sein. Gleich im Anschluß an die Konferenzen wird der bürgerliche Sozialpolitiker Dr. Fuld in Mainz in der „Arbeiterversorgung“ darauf hin, daß einflußreiche und mächtige Körperschaften insgesam in den Kampf von neuem aufgenommen hätten. Dr. Fuld gebet zu den Ratgebern der Regierung in den Versicherungsfragen. Er war gewöhnt aus bester Quelle unterrichtet. Und der Fortgang der Dinge hat ihm Recht gegeben.

In der Reichstags-Sitzung vom 5. Februar hat Herr v. Bethmann-Hollweg sein Programm für die Arbeiterversicherungsreform kurz skizziert. Danach ist die Selbstverwaltung aufs ärgste bedroht. „Es sollen die größeren Betriebskrankenkassen und Innungs-Krankenkassen aufrecht erhalten werden. Die Knappschaftskassen werden von der Neuordnung im wesentlichen überhaupt nicht berührt. Die Beiträge und das Stimmrecht in den Krankenkassen werden halbiert werden. Der Vorschlag wird gewährt werden.“ Das bedeutet die Beseitigung der Selbstverwaltung der Arbeiter. Was würden die Folgen sein, wenn der Versuch glückt?

Zunächst würden die Vertreterwahlen, die sich seither an den meisten Orten in ruhigen Formen und ohne sonderliche Erregung abgespielt haben, nun die politischen Leidenschaften frei entfesseln, zumal die Repräsentation obligatorisch werden soll. Um jeden Generalversammlungswahlberechtigten, um jede Stimme wird ein heftiger Streit entbrennen. Der „soziale Friede“, der sonst immer gefördert werden soll, kann nicht nachdrücklicher gefährdet werden als durch solche Kämpfe.

Und dann die Abwicklung der Geschäfte in den Kassenorganen selbst! Es werden sich fast immer zwei gleich starke Parteien gegenüberstellen, die bei wichtigen Fragen ihren Interessenstandpunkt entschieden vertreten werden. Wie soll schon die Wahl des Vorsitzenden vor sich gehen? Wer soll entscheiden, wenn der Kandidat jeder der beiden Gruppen gleich viel Stimmen erhält? Etwas die Aufsichtsbefugnisse? Und auch bei sonstigen Fragen müßte ein Entscheidung für den Fall der Stimmengleichheit geschaffen werden, der dann wohl dem Vorsitzenden zufiele und ihn dann in scharfen Gegensatz zu der einen Hälfte bringen würde. Jedenfalls dürfte es mit der bisherigen, ruhigen und sachlichen Arbeit der Kassenorgane vorbei sein. Die Politik, die man angeblich vertreiben will, wird dann erst in die Kassenverwaltungen, die bisher davon frei waren, hineingetragen werden. Wieviel Zeitaufwand wird für unnütze Fankereien drausgehen! Die Beschlüsse werden oft in den wichtigsten Fragen von Zufälligkeiten abhängen. Das Fehlen eines Vertreters kann die einschneidendsten Folgen haben. Dürfen die Maßnahmen einer Verwaltung von solchen unberechenbaren Umständen abhängen? Soll gerade die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen solchen Besessenen ausgeliefert sein?

Rein! Was hier eingeführt werden soll, ist die Karikatur einer Selbstverwaltung. Die Arbeiter haben ein Recht auf die Verwaltung der Arbeiterversicherung. Sie ist für die Arbeiter geschaffen. Sie allein haben das lebendige Interesse und die Erfahrung, aus denen das soziale Verständnis hervorgeht, das gerade hier erforderlich wird. Und sie selbst bringen die Mittel auf, die nötig sind. Denn

auch der Beitrag des Unternehmers stammt aus dem Ertrag der Arbeit und ist nichts anderes als ein geschickter feststehender Teil des Lohnes. Denn der Lohn müßte ausreichen, um den Arbeiter für die Wechselfälle des Daseins sicherzustellen. Soweit aber noch das materielle Interesse der Unternehmer Anspruch auf Schutz haben sollte, ist dem bereits vollauf Genüge getan durch § 31, Abs. 2 des jetzigen Gesetzes, wonach eine über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende Erhöhung der Beiträge von den Vertretern der Arbeiter in gesonderter Abstimmung genehmigt werden muß.

Aber, so einleuchtend auch alle diese Gründe sind, so sehr die Erfassung die bisherige Verwaltung gerechtfertigt hat: die Regierung und die bürgerlichen Parteien werden sich dadurch nicht beschrecken lassen. Denn nicht Gründe entscheiden hier, sondern Interessen. Gerade, weil sie die Fähigkeit der Arbeiter zur selbständigen Regelung ihrer Angelegenheiten bewiesen, weil sie die Überlegenheit der sozialistisch gehaltenen organisierten Arbeiter in Sozialpolitik und Verwaltung jedem Unbefangenen klar gezeigt hat, eben darum ist diese Selbstverwaltung den Sachwaltern des herrschenden Systems verhaßt und soll geopfert werden. Darum gilt es, die Macht der Gründe zu verstärken, mit allem Nachdruck unverzüglich alle Maßnahmen zur Abwehr der drohenden Gefahr zu ergreifen. Namentlich die Arbeiter, die nach im Besitze der bürgerlichen Parteien, der Freisinnigen und des Zentrums, weilen, müssen auf die Haltung ihrer Vertreter aufmerksam gemacht werden, damit sie ihnen ihren Willen deutlich kundgeben. Die Arbeiterversicherung, insbesondere die Krankenversicherung, ist von großer Bedeutung für das Arbeiterleben. Sie hat daher auch Anspruch auf die notwendige Beachtung und Kampfesfreude.

## Parlamentarisches.

Aus der Geschäftsordnungs-Kommission.

In der Sitzung am 5. März kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung über die Sitzung vom 2. März. Der freisinnige Abgeordnete von Dirsfen befragte sich mit großer Entrüstung darüber, daß in jenem Bericht seine Beschuldigung, die Sozialdemokratie sei in ständiger, landesverräterischer Pläne in eine Interpellation zu stellen, „albern“ genannt worden sei. Auch sei in dem Bericht nicht erwähnt worden, daß in einer früheren Sitzung von dem Abgeordneten Kretsch eine Interpellation des „Sozialdemokraten“ Bezóffy im ungarischen Landtag eingebracht wurde, aus der die Berechtigung zu der Annahme, daß die deutsche Sozialdemokratie des Landesverrats fähig sei, klar hervorgehe. Herr von Dirsfen spielte diesen Protest mit einer Anzahl überaus kräftiger Ausdrücke. Der Vorsitzende Jund (natl.) hielt es für angebracht, an diese Ausführungen die Warnung zu knüpfen, die Sozialdemokratie solle sich endlich dem Brauch des Hauses anbequemen, in den Kommissionsberichten keine Namen zu nennen.

Singer erwiderte, Herr Jund befinde sich in einem bedauerlichen Irrtum, wenn er die Fortlassung der Namen in Kommissionsberichten für einen anerkannten Brauch des Hauses ausgibt. In früheren Jahren seien die Namen überhaupt allgemein genannt worden. Erst neuerdings seien Mitglieder einzelner Parteien übereingekommen, die Namen nicht mehr zu nennen, aus Gründen, die von der Sozialdemokratie nicht als berechtigt anerkannt wurden. Unsere Partei werde sich das Recht der Namensnennung in Kommissionsberichten nicht nehmen lassen. Was die Beschwerde des Herrn von Dirsfen angehe, so könne er die Richtigkeit des Berichtes nicht bestreiten, habe er doch obendrein in seinen heutigen Ausführungen den unqualifizierten Vorwurf des Landesverrats gegen die Sozialdemokratie wiederholt!

Bezóffy erklärte, der Versuch, die deutsche Sozialdemokratie für die Reichstags-Interpellation verantwortlich zu machen, sei nur ein Vorwand. Bezóffy sei überhaupt kein Sozialdemokrat; er nenne sich Sozialist, wie das im Auslande diese Leute tun, die mit der sozialdemokratischen Partei ihres Landes gar nichts zu schaffen haben. Ganz abgesehen von der Frage, ob der Inhalt der Interpellation Bezóffy überhaupt als Landesverrat qualifizieren lasse, sei sie schon der Form nach — sie hat den Umfang eines Leitartikels — ein so umfassendes Schriftstück, daß ihre Beantwortung nur allgemeine Heiterkeit hervorrief. Bekanntlich sei eine solche Kette von Argumentationen als Interpellation in Deutschland überhaupt nicht zulässig. Es sei der Sozialdemokratie auch niemals eingefallen, eine derartig formulirte Interpellation einzubringen. Wenn Herr von Dirsfen den ungeheuerlichen Vorwurf des Landesverrats gegen die Sozialdemokratie erhebe und nun gar behauptet, die Sozialdemokratie sei fähig, die Beweiskraft des geplanten Landesverrats auf dem geschäftsordnungsgemäßen Wege einer Interpellation zu versuchen, so sei die Bezeichnung „albern“ für dieses gefällige Verfahren nach die mildeste Form der Zurückweisung. Zur Entschuldigend des Herrn von Dirsfen lasse sich allenfalls geltend machen, daß seine politische Schulung im Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ihn mit einer derartigen Voreingenommenheit gegen unsere Partei erfüllt habe, daß etwas Sozialdemokratisches auf ihn wirkte wie auf gewisse Lebewesen ein roter Lappen. Durch Jund wurde von einem Zentrumsabgeordneten festgestellt, daß der Vorwurf des Landesverrats auch schon gegen das Zentrum im preussischen Abgeordnetenhaus erhoben worden sei, und zwar von einem Fraktionskollegen des Herrn von Dirsfen, nämlich dem Herrn Otavio von Fehlig!

Nach einigen weiteren Auseinandersetzungen über die Frage der Namensnennung, in denen die Sozialdemokraten auf dem Standpunkt beharrten, daß die Namensnennung in Debatten für die Verständlichkeit unbedingt erforderlich sei, schon da sehr häufig auch innerhalb der Fraktionen die Meinungen über Einzelfragen voneinander abwichen, ging man zur sachlichen Erörterung der Interpellationstrategie über. Zum § 33a war nunmehr ein neuer Antrag der Herren v. Bayer und Müller-Meinungen eingelaufen. Er ging darauf hinaus, daß dreißig Mitglieder zwar das Recht haben sollten, einen Antrag einzubringen; wenn aber hundert Mitglieder Widerspruch erhoben, sollte der eingebrachte Antrag nicht zulässig sein. Herr von Bayer sagte das als einen Vermittlungsantrag auf zwischen der Kommissionsfassung, die der Majorität des Hauses die Ausrückung eines Widerstandsartikels anheimgibt, und dem sozialdemokratischen Antrag, der gar keine Beschränkung einmal eingebracht Anträge zulassen will. Singer und Bezóffy bekämpften diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß er sogar noch eine Verschärfung bedeute gegenüber der Fassung in erster Lesung; könne es doch nach der bisherigen Formulierung vorkommen, daß sogar eine starke Mehrheit an der Einbringung von Anträgen durch eine Minderheit gehindert würde. Auch diese Fassung widerspreche dem Grundgedanken des parlamentarischen Verfahrens, daß Minderheiten durch Reorganisation von Erörterungen und Einbringung von Anträgen suchen müßten, die Majorität für sich zu gewinnen.

Das Zentrum erklärte sich gegen den Bayer'schen Antrag. Hocherfreut waren dagegen die konservativen Gruppen, die den Antrag Bayer noch übertrumpften, indem sie vorschlugen, daß schon 50 Mitglieder das Recht haben sollten, eingebrachte Anträge zu laßieren. Schließlich zog Herr von Bayer seinen Antrag zurück mit der Motivierung, er sehe ein, daß er doch keine Majorität dafür bekommen werde. Herr Müller-Meinungen schlug nun vor, nachdem die Diskussion geschlossen war, die Abstimmung aufzuziehen, da die Freisinnigen sich erst mit ihren Freunden besprechen müßten, ob sie dem sozialdemokratischen Antrage, der das Recht der Minderheit unangefast lassen will, zustimmen könnten. Die Sozialdemokraten hatten vorher erklärt, daß sie dem von verschiedenen Seiten geäußerten Bedenken insofern entgegenkommen wollten, daß sie die Zahl der Mitglieder, die zur Unterfertigung eines Antrages erforderlich sein sollte, von dreißig auf fünfzig heraufsetzen wollten. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte beschloß die Kommission, dem Wunsche des Herrn Müller-Meinungen auf Aussetzung der Abstimmung Rechnung zu tragen.

Dann erfolgte Vertagung bis zum 9. März

In der Arbeiterkammerkommission des Reichstags fand am Freitag die Frage der Wählbarkeit von Angestellten der beruflichen Organisationen zur Beratung. Von den Sozialdemokraten, der Wirtschaftlichen Vereinigung und dem Zentrum lagen Anträge vor: den Angestellten das Wahlrecht einzuräumen. Die Abg. Reichherz Geyl zu Herrnsheim und Merkel von den Nationalliberalen wandten sich mit Entschiedenheit gegen die Zulassung und erklärten gleichzeitig, daß im Falle der Annahme der vorliegenden Anträge für die Sache unannehmbar werden würde. Auch der liberale Abgeordnete v. Salder gab eine ähnliche Erklärung ab. Der Abg. Merkel befürchtete, daß bei einer Zulassung der Gewerkschaftsbeamten die Arbeitgeber sich an den Verhandlungen der Kommission nicht beteiligen würden. Demgegenüber konnten andere Mitglieder der Kommission darauf hinweisen, daß in einer Eingabe der isolierten Arbeitgeber des Berliner Gewerkschaftsbundes ausdrücklich die Forderung aufgestellt ist, den Beamten der beruflichen Organisationen die Wählbarkeit zu übertragen. Mit besonderer Lebhaftigkeit wandten sich auch die Regierungsvertreter gegen die Anträge, gegen die sich auch der freisinnige Abgeordnete Dr. Goller erklärte. Angenommen von den vier Anträgen wurde schließlich der Antrag Wiedeborg, der bis zur zweiten Lesung eine andere Fassung erhalten soll.

Deute hat der Antrag folgenden Wortlaut:  
Wählbar sind auch solche Personen, welche denjenigen Gewerkschaften, für welche die Arbeiterkammer errichtet sind, wenigstens drei Jahre hindurch als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehört haben und in den Bezirken, für welche die Arbeiterkammer errichtet sind, wohnen, sofern die Voraussetzungen der Ziffern 1 und 3 in Abs. 1 gegeben sind. Die Anzahl darf je ein Viertel der Vertreter nicht übersteigen.  
Der Antrag der Nationalliberalen, den Betriebsbeamten, Technikern und Werkmeistern das passive Wahlrecht zu Vertretern der Arbeitgeber zu übertragen, wurde zurückgezogen.

#### Aus der Budgetkommission des Reichstags. (29. Sitzung vom 5. März.)

Beim Titel „Gouverneur, Kommandanten und Majors“, entspann sich eine längere Debatte darüber, ob und eventuell welche Einsparnisse sich hier machen ließen. Abg. Erzberger bezweifelt, daß für Berlin neben dem Gouverneur mit 18 500 M. Gehalt und 15 000 M. Dienstzulage noch ein Kommandant mit 10 200 M. Gehalt und 1800 M. Dienstzulage notwendig sei. Auch der Posten eines Kommandanten in Magdeburg, wo die Festung gestrichelt sei, könne aufgehoben werden. Dasselbe sei in Breslau und Glogau der Fall. Vom Königtum wolle er nichts sagen, weil das die einzige Festung in Sachsen, wie ihm in Württemberg sei und ein besetzter Platz einem Königtum verbleiben müsse. Vom Kriegsministerium wird die Aufhebung des Magdeburger Postens in Aussicht gestellt, die Wände bei den übrigen Orten aber werden mit der Begründung abgelehnt, daß die Posten „im militärischen Interesse notwendig“ seien, oder daß der Aufhebung — wie in Karlsruhe — Verträge entgegenstehen.

Abg. Gothein gibt, um die Militärverwaltung zur Sparfamkeit zu zwingen, dem Gedanken Ausdruck, ein Pauschquantum von 50 bis 100 Millionen vom Militär-etat abzuziehen und es der Verwaltung zu überlassen, wie sie auskommt. Kriegsminister v. Einem erklärt, daß ein solcher Abschritt die Militärverwaltung in die größte Verlegenheit bringen würde. Entweder könnten dann die Mannschaften und Unteroffiziere die Zulagen nicht gegeben werden, oder man müßte die Präsenzliste herunterlegen oder die Beurlaubungen ausdehnen. Das seien alles Dinge, die eine schlechtere Ausbildung der Armee zur Folge haben würden.

Beim Titel: „Adjutanturoffiziere“ regt Abg. Erzberger an, die Zahl der Adjutanten bei den Fürsten und Prinzen, die einen militärischen Posten nicht bekleiden, herabzusetzen.  
Abg. Gothein beantragt, von den für den deutschen Kaiser verlangten 12 Adjutantstellen zwei zu streichen, er zieht seinen Antrag aber zurück, nachdem der Kriegsminister einen solchen Abschritt als „einen sich gegen die Politik des Kaisers richtenden Akt“ bezeichnet hatte. Eine später eingebrachte Resolution, die verlangt, der Reichskanzler solle sich mit den fürstlichen Häusern in Verbindung setzen, um sie zu einem teilweisen Verzicht auf die ihnen durch Staatsvertrag zustehende Stellung von Adjutanten zu veranlassen, wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Für Offiziere in sonstigen besonderen Stellungen (Agnatienfonds) sind — wie im Jahre vorher — 400 000 M. in den Etat eingestellt. Nach längerer Debatte werden auf Antrag Gothein 100 000 M. gestrichen. Weiter wurden drei neue Stellen für Hauptleute, die dem Generalstab zugeteilt werden sollten, nicht genehmigt und eine Mehrforderung von 2745 M. für Errichtung einer Eisenbahn-Linienkommandantur in Erfurt abgelehnt. Desgleichen werden von den gemischten Ausgaben im Generalstab und Landvermessungswesen 20 000, von den Tagelohnen 10 000 und von dem Fonds für „Wohnvermehrung und Aufmessungsarbeiten“ 7000 M. gestrichen.

Nächste Sitzung Sonnabend: Fortsetzung der Beratung über den Militäretat.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Für das gleiche Wahlrecht.

Im Staate Washington, Vereinigte Staaten von Nordamerika, haben die Frauen im Kampf um ein gleiches Wahlrecht wieder einen Erfolg zu verzeichnen. Das Unterhaus hat mit 70 gegen 18 Stimmen eine Gesetzesvorlage angenommen, welche bestimmt, daß alle Personen mit 21 Jahren, ohne Unterschied des Geschlechts, wahlberechtigt sein sollen. Freilich ist durch die Abstimmung im Unterhaus die Verfassungsbänderung noch nicht durchgeführt. Dazu muß der Senat erst seine Zustimmung geben und dann durch eine Volksabstimmung die Entscheidung des Parlamentes sanktioniert werden. In allen drei Staaten am Pazifik-Ozean, Washington, Oregon und Kalifornien, haben die Frauen durch ihre rege Agitation schon früher Abstimmungen zu ihren Gunsten in den Parlamenten durchgeführt, aber noch konnten sie niemals den Sieg vollständig erringen. Wenn es schließlich auf die Volksabstimmung — wobei freilich nur die Männer stimmten — ankam, wie in Kalifornien, holten sie sich eine Niederlage. So geht es schon seit Jahren, aber unermüdet eröffnen die Frauen sofort wieder den Kampf, wenn die Männer „endgültig“ die Forderung des gleichen Wahlrechts abgelehnt hatten. Und die Agitation trägt ihre Früchte, indem die Frauen langsam, aber sicher die Stimmzahl zu ihren Gunsten vermehren. Der endliche Sieg ist ihnen gewiß.

#### Bürgerliche Frauenrechtlerinnen gegen den Arbeiterinnenschutz.

Das norwegische Sozialkomitee schlägt eine Reihe von Änderungen des Arbeitsgesetzes vor, über die demnächst im Storting entschieden werden soll. Dabei kommen für den Arbeiterinnenschutz namentlich folgende Verbesserungen in Frage: Verbot der Arbeit während 6, eventuell 4 Wochen nach der Entbindung, Verbot der unterirdischen Frauenarbeit in Bergwerken und Gruben und Verbot der Frauennacharbeit für die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Während nun, wie wir in Nr. 48 des „Vorwärts“ mitteilten, der Frauenverband der Arbeiterpartei um schleunige Durchführung dieser Bestimmungen ersucht, hat der Nationalrat der norwegischen Frauen „an das Storting das dringende Ersuchen gerichtet, die Entscheidung über die besonderen Schutzbestimmungen für Fabrikarbeiterinnen solange auszuschieben, bis die angestellten weiblichen Fabrikarbeiterinnen in Norwegen selbst die nötigen Erfahrungen gesammelt haben, und bis die Frauen als Störungs-wähler ihren Einfluß auf die Entscheidung geltend machen können. Die Damen haben es also auf eine Verschiebung der Vor-schlüsse abgesehen. Das Erfahrungsmangel ist ja, wenn es sich um Schutzbestimmungen für die Arbeiterklasse handelt, eine sehr

langwierige Sache, und wenn dazu noch, wie die Damen offenbar hoffen, eine dem Arbeiterinnenschutz feindliche Wirkung des beschränkten Frauenwahlrechts käme, so würden sie wohl ihr Ziel erreichen. Sachlich begründen sie ihren Widerstand damit, daß das Verbot der Nacharbeit und unterirdischen Grubenarbeit die Frauen allzu sehr in ihrer Erwerbsmöglichkeit beschränken würde. — Tatsächlich ist in Norwegen die Zahl der Frauen, die mit Nach- und mit Grubenarbeit beschäftigt werden, bis jetzt noch so gering, daß sie gegenüber den guten Wirkungen des Verbotes nicht in Betracht kommt. Was die Schlußfrist nach der Entbindung anbelangt, so hat wenigstens „Nylands“, das Organ der Frauenrechtlerinnen, nichts dagegen einzuwenden. — Dem Nationalrat der norwegischen Frauen hat das Storting vorige Woche 1500 Kronen bewilligt als Beitrag zu den Repräsentationskosten für den internationalen Frauenkongress in Canada.

### Gerichts-Zeitung.

#### Ein Hochkapler.

Aus der Unternehmung wurde gestern vor der 3. Straf-tammer des Landgerichts I der 23jährige Kaufmann Martin Cohen vorgeführt, um sich wegen wiederholten Betruges, Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Der bisher unbescholtene Angeklagte trat im Juni 1908 unter dem Namen eines „Oberleutnants von Stuhig“ auf, entlieh sich ein Automobil und knüpfte alle möglichen Damenbekanntschaften an, mit denen er dann in „seinem“ Automobil Spazierfahrten machte. In einem Falle machte er eine hohe Beute und verleitete auch den Chauffeur, eine hohe Beute zu machen. Als es dann an das Bezahlen gehen sollte, war der Herr Oberleutnant durch eine Hintertür auf Rimmer-wiedersehen verschwunden. Ein Fräulein O. suchte der Angeklagte eines Tages in deren Wohnung auf. Hier fühlte er sich mit einem Male unwohl und bat um ein Glas Wasser. Während Fräulein O. dieses holte, verschwand der Angeklagte unter Mitnahme von zwei Brillantringen im Werte von 850 M. Behnlich erging es einem Fräulein B., die ein Paar Brillantohrringe im Werte von 400 M. einbüßte. Im Januar d. J. nahm Cohen in dem Assen-suranzbureau von Hahlow, Unter den Linden, eine Stellung nur zu dem Zwecke an, um sich in einem geeigneten Moment ein Scheck-firmenanzug zu bewahren. Dieses fälschte er mit dem Namen des Firmeninhabers und ließ es dann bei der Bank für Handel und Industrie präsentieren. Die Bank schöpfe jedoch Verdacht und verweigerte die Auszahlung. In dem Hotel „Zur Stadt Köln“ logierte der Schwindler Johann mehrere Tage und „vergaß“ die nicht unbedeutende Beute zu bezahlen. Außer einem Heiratsfähnlein, bei welchem er eine arme Frauenerbin um ihre gesamten Erbschaft brachte, verübte der Angeklagte endlich noch mehrere Warenauf-werte, bei denen er schließlich gefaßt wurde. In diesen Fällen fälschte er Bestellscheine und schädigte verschiedene Firmen und Waren im Werte von 400 M. — Vor Gericht war der Angeklagte nur teilweise geständig, sodah einige Fälle der Anklage abgetrennt werden mußten. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staats-anwalts gemäß auf 4 Jahre Gefängnis.

### Verfammlungen.

#### Die Berliner Gewerkschaftskommission

hielt am Donnerstag eine Versammlung ab.

#### Die Tabaksteuer

Hand als erster Punkt auf der Tagesordnung. Es handelt sich um die Unterstützung der von den Tabakarbeitern eingeleiteten Protest-bewegung durch die gesamten Gewerkschaften. Der Referent, Tabak-arbeiter Müller, besprach in großen Zügen die fortgeschrittenen Verdrückungen der Tabakarbeiter durch erhöhte Tabaksteuern. Er kam auf die gegenwärtige Tabaksteuervorlage zu sprechen und zeigte, daß mindestens 50 000 in der Tabakindustrie Beschäftigte brotlos würden, wenn die Vorlage angenommen werden sollte. Hieran anknüpfend führte der Redner aus, daß die Arbeiter aller Verufe ein Interesse daran hätten, die Protestbewegung gegen die Tabaksteuererhöhung zu unterstützen, denn die 50 000 brotlos gemachten Tabakarbeiter würden natürlich versuchen, in anderen Verufen Beschäftigung zu finden. Durch das Angebot von Arbeitskräften würden dann ohne Frage die Löhne in den betreffenden Verufen gedrückt. Weiter sei zu berücksichtigen, daß die gewerkschaftlichen Erfolge der Tabak-arbeiter vernichtet würden durch die notwendigen Folgen der Steuererhöhung. Die Tabakarbeiter seien insofern ungünstiger gestellt als die Arbeiter anderer Verufe, weil sie nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Regierung mit ihren Steuer-plänen gegen sich haben. Deshalb ersuchen die Tabakarbeiter die Vertreter der Gewerkschaften, für rege Unterstützung der Protest-bewegung gegen die Tabaksteuervorlage zu sorgen.

Es handelt sich im wesentlichen darum, daß durch die Gewerkschaften Unterschriften für die Protestresolution der Tabakarbeiter gesammelt werden. Listen für diesen Zweck wurden in der Ver-sammlung verteilt mit dem Ersuchen, sie in allen, den Vertretern der Gewerkschaften zugänglichen Kreisen zirkulieren zu lassen.

Ohne Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig ange-nommen:

Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, des Tabakzoll, sowie die Einführung der Wankrosteuern auf Zigarren wie überhaupt gegen jede Art der weiteren Besteuerung der Tabakfabrikate:

1. weil in der Tabakindustrie eine große Zahl schwächlicher und verkrüppelter Arbeiter Unterschlupf gefunden haben, die in keiner anderen Industrie sich zu ernähren imstande sind und bei der durch die Steuererhöhung betroffenen Arbeitslosigkeit nur den Gemeinden zur Last fallen würden;
2. weil durch den am 1. März 1908 in Kraft getretenen Zoll-tarif eine weitere Herabdrückung der elenden Lebenshaltung der Arbeiter im allgemeinen und damit der Tabakarbeiter im besonderen bewirkt worden ist;
3. weil die jetzige Steuererhöhung für die Tabakindustrie zur Folge hatte, daß die Tabakarbeiter, die vor dem Jahre 1879 mit zu den besser entlohnten Arbeitern gehörten, heute geradezu kümmerliche Löhne erhalten.

#### Die Zustände in der Versicherungsgesellschaft „Victoria“

lautete der zweite Punkt der Tagesordnung. Der Referent, Hand-lungsgehilfe Richter, schilderte die Bewegung seiner Kollegen im Betriebe der „Victoria“. Der Zentralverband der Handlungs-gehilfen habe dort einen verhältnismäßig starken Anhang. Andere kaufmännische Organisationen kämen im Betriebe der „Victoria“ fast gar nicht in Betracht. Unter Hinweis auf die bekannten, im „Vorwärts“ veröffentlichten Vorkommnisse zeigte der Redner, daß die Direktion der „Victoria“ besteht sei, die gewerkschaftliche Organi-sation der Handlungsgehilfen in ihrem Betriebe zur Einflusslosig-keit herabzudrücken. Die Direktion habe Verhandlungen mit den Vertretern des Zentralverbandes abgelehnt, in der Annahme, daß die Sympathie der Arbeiter nicht auf der Seite der Handlungs-gehilfen liege. Es gelte nun, den Beweis zu liefern, daß diese An-nahme der Direktion irrig sei. Die Arbeiterklasse habe ein Inter-esse daran, dazu beizutragen, daß die Organisation der Handlungs-gehilfen im Betriebe der „Victoria“ nicht zerstört werde. Mit diesem Ersuchen wenden sich die Handlungsgehilfen an die Vertreter der Gewerkschaften.

Dauobener Schmal erinnerte daran, daß der Transport-arbeiterverband die zuständige Organisation für die Einfassierer der „Victoria“ ist. Jeder Einfassierer, der dem Verbands ange-hört, besitzt eine Legitimationskarte. Die bei der „Victoria“ ver-sicherten Arbeiter werden ersucht, die Einfassierer nach der Legiti-mationskarte zu fragen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:  
Die Berliner Gewerkschaftskommission als Vertretung von 220 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern hat mit Ent-zückung Kenntnis genommen von dem extrem gewerkschaftsfeind-

lichen Verhalten der „Victoria“-Versicherungsgesellschaft, eines Unternehmens, das seine Blüte zum großen Teil dem Vertrauen verbannt, das die Arbeiterklasse lange Zeit, wie sie leider heraus-gestellt, zu Unrecht dieser Gesellschaft entgegenbrachte. In der Ablehnung der Verhandlungen mit den Vertretern des Zentral-verbandes der Handlungsgehilfen und Beihilfenen Deutschlands erhebt die Berliner Gewerkschaftskommission eine bewusste Provo-kation der gesamten organisierten Arbeiterklasse. Die Delegierten zur Gewerkschaftskommission verpflichten sich deshalb, dieses un-erhörte Verhalten der „Victoria“ der gesamten Arbeiterklasse gegenüber gebührend zu kennzeichnen.

Am Schluß der Versammlung wurde die Preßensliste verlesen. Es fehlten die Vertreter der Asphaltreue, Barbieren, Formschneider, Glaschleifer, Caféangestellten, Lagerhalter, Chemigraphen, Mor-morarbeiter, Photographen, Studienteure, Bühnenarbeiter, Dienst-boten, Anographen, sowie die Vertreter der Unterkommissionen von Erkner, Oberschöneweide, Reinickendorf und Rummelsburg.

#### Eine „Mahnung“ der Abstinenten an die Partei?

Bekanntlich beschäufte sich der Parteitag in Essen auch mit der Alkoholfrage. In der vom Referenten Wurm eingebrachten und vom Parteitag angenommenen Resolution heißt es:

„Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammen-künften zu beseitigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnach-weisen und Auszahlung von Streikunterstützung jeden Trinzwang zu vermeiden, für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholfahrt, insbesondere für Kinder und Jugendliche und über die zum Alkoholkonsum verleitenden Trinzitien zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.“

Mit der Frage, ob und wie dieser Postus des Essener Partei-tagbeschlusses von den Arbeiterorganisationen durchgeführt wird, beschäftigte sich am Mittwoch eine Versammlung der Berliner Orts-gruppe des Arbeiter-Abstinentenbundes. Als Referent trat der Vor-sitzende des Bundes, Genosse Reumann-Hamburg, auf. Er führte lebhaft Klage darüber, daß dieser Beschluß, besonders soweit es sich um die Aufklärung in Wort und Schrift über die Alkoholfahrt handelt, bei den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen bisher wenig Beachtung gefunden habe. Unterhalb Jahres seien seit dem Essener Parteitag verfloßen, aber für die Durchführung des Beschlusses sei außerordentlich wenig getan worden. Die Bestrebungen des Arbeiter-Abstinentenbundes fanden wenig Gegen-antwort, ja sie stießen nicht selten auf lebhaften Widerstand. Referenten, die der Bund den Arbeiterorganisationen empfehle, würden abgelehnt. Nur die Parteiorganisation der Provinz Pommern sei auf Betreiben einiger Stettiner Abstinenten ersichtlich an die Durch-führung des Essener Beschlusses gegangen. Sie habe in ihrem Tätigkeitsprogramm eine planmäßige Agitation gegen den Alkohol-mißbrauch aufgenommen. — Der Redner verlangte von den Arbeiter-organisationen, daß sie nicht nur gelegentlich einen Einzelvortrag, sondern Vortragsserien über die Alkoholfahrt halten lassen, da die Frage in einem einzigen Vortrage nicht erschöpfend behandelt werden könne. In der Partei- und der Gewerkschaftsschule müßte die Alkoholfahrt als besonderer Unterrichtsgegenstand behandelt werden. Besonders hätten auch die Krankenkassen die Pflicht, in ihren Vortragsstunden die Alkoholfahrt eingehend zu behandeln. Bei den Vorträgen müßte Anschauungsmaterial verwandt werden. Die Partei- und Gewerkschaftspressen sei nur zum kleinen Teil bemüht, dem Essener Beschluß gerecht zu werden. Artikel, welche der Bund an die Arbeiterpresse gerichtet habe, seien von vielen Blättern nicht aufgenommen worden. Unter den Parteiorganen, welche die Artikel des Arbeiter-Abstinentenbundes nicht aufnahmen, befand sich auch der „Vorwärts“. Die „Neue Zeit“ habe auch nichts zur Bekämp-fung des Alkoholismus gebracht. Einige Parteiblätter hätten alko-holfreundliche Artikel aufgenommen, aber alkoholgegnerische Er-widerungen zurückgewiesen. Der Redner verlangt, daß die Arbeiter-pressen eine ständige Rubrik für die Alkoholfahrt einrichte. Ferner fühle er aus, daß ein Trinzwang, wenigstens ein moralischer, beim Besuch von Versammlungen, Jahlabenden usw. immer noch bestehe, daß die Erziehung von Gewerkschaftshäusern meist auf dem Alkohol-somus aufgebaut sei und daß die Partei- und Gewerkschaftsorgani-sationen die Pflicht hätten, dem ein Ende zu machen. Wenigstens müßten sie dafür sorgen, daß bei ihren Versammlungen niemand genötigt sei zu trinken und daß in den Lokalen, auf welche die Ar-beiterklasse Einfluss habe, die alkoholfreien Getränke nicht so teuer wären, wie es jetzt der Fall sei.

Die Versammlung beschloß, an den Aktionsausschuß des Ver-bandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins die Frage zu richten, was er zu tun denke, um die an die Arbeiter-organisationen gerichteten Forderungen der Essener Resolution durchzuführen.

Wir können diesen Bericht nicht hingehen lassen, ohne die Hebertreuer in den gemachten Anklagen zurückzuweisen. Wo in aller Welt herrscht wohl bei Bildungsveranstaltungen, Arbeits-nachweisen, Auszahlung von Streikunterstützung innerhalb der sozialistischen Arbeiterklasse Trinzwang? Auch auf den Jahlabenden der Partei wird ein solcher nicht geübt. Richtig ist, daß die Herren Saalbesitzer sich alkoholfreie Getränke recht teuer bezahlen lassen; das machen sie mit ihrem schlechten Bier genau so. Daran trägt aber die Partei keine Schuld. In den Jahlabendlokalen der Partei erhält man durchweg eine Maßbrause oder eine Limonade für 10 oder 15 Pf., eine große Flasche Selters für 10 Pf., d. h. für kein Geld dieselben Quantitäten an alkoholfreien Getränken wie an Bier. Auf das dort viel bezehrte Weißbier dürfen wir ja den Abstinenten gegenüber allerdings nicht verweisen. Das aber wollen wir noch betonen, daß auf jedem Jahlabend ein oder mehrere Genossen zu sein pflegen, die sich — zumeist allerdings aus pekuniären Gründen — aller Getränke enthalten. Kein Mensch läßt auf diese einen Zwang zum Trinken aus.

Nun die Propaganda gegen den Alkohol. Wir haben in Partei- und Gewerkschaftsblättern gar keine Artikel gesehen, die dieser Pro-paganda dienen. Der speziell angegriffene „Vorwärts“ kann von sich konstatieren, daß er gelegentlich dem Organ der abstinenten Ar-beiter als Quelle gedient hat. Aber das darf doch der Absti-nentenbund so wenig wie andere fordern, daß gerade von seiner Seite kommende Artikel von einer Redaktion unbeachtet ausgenom-men werden. Dazu ist eben die Debatte da, das eingehende Ma-terial zu prüfen und unter Berücksichtigung der gegebenen Raumver-hältnisse das für die Zeitung wichtigste und geeignetste auszu-wählen.

Die Buchhandlung Vorwärts empfiehlt in ihrem Christen-verzeichnis Schriften über Alkoholisimus und Alkoholkonsum und hat solche auch in eigenem Verlage erscheinen lassen. Schon im Heft 3 der Arbeitergesundheitsbibliothek widmete Dr. Hirsch die organischen Nervenschädigungen durch den Alkohol seine Auf-merksamkeit. Heft 5 derselben Bibliothek erschien unter dem Titel „Alkoholfahrt und Arbeiterklasse“ von Dr. K. Fröhlich.

Wir wollen nun nicht behaupten, daß damit alles für die Er-füllung der Essener Resolution getan sei und nichts mehr zu ge-schehen brauche. Das Gegenteil ist richtig. Wir wissen, wie not-wendig es ist, gerade im Parteizentrum die Arbeiterklasse immer mehr von der Schädlichkeit des Alkoholkonsums zu überzeugen. Aber wir müssen es zurückweisen, wenn der Arbeiter abstinenter Genossen sie dazu führt, die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften, die Jahlabenden der Partei oder Versammlungen und Vergnügungen der organisierten Arbeiterklasse mit ungerathenen Vorwürfen zu über-häufen.

### Eingegangene Druckschriften.

Deutsche Humoren. 4.—5. Bd. Humoristische Gedichte. Deutsche Dichter-Gedichtsammlung. Hamburg-Großbuden. Heft 2 u. 3. Die Reichsfinanzreform. Herausgegeben von der Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform. 1 Bd., 60 Pf. H. Müller, Berlin W. 9. Tragödie eines unglücklichen Vrennen. 1.60 M. G. Balthar, Berlin, Neulandstraße 7. Poedel, Ernst. Das Bild von Darwin und Lamarck. Festrede zur 100jährigen Geburtsfeier von Charles Darwin. Redner, Leipzig, 1. Aufl.

Warenhaus

# Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

Heute, Sonnabend, den 6. März cr.

## Schluss unserer billigen Verkaufsstage

Von Sonnabend, den 6. bis Dienstag, den 9. März cr. incl.\*

## Preiswerte Angebote in Lebensmitteln

### Fleischwaren

Rot- und Zwiebelleberwurst	Pfd. 45 Pl.
Hildesheimer Rot- u. Leberw.	Pfd. 70 Pl.
Landleberwurst	Pfd. 88 Pl.
Mettwurst Braunschweiger Art	Pfd. 88 Pl.
Berliner Mettwurst	Pfd. 58 Pl.
Westfälische Mettwurst	Pfd. 85 Pl.
Tee-Schlackwurst	Pfd. 1.15
Holsteiner Schlackwurst	Pfd. 1.10
Holsteiner Salamiwurst	Pfd. 1.10
Westf. Salamiwurst	Pfd. 1.55
Westf. Schlackwurst	Pfd. 1.55

### Prima Hammelfleisch

Dünnung	Pfd. 55 Pl.
Dicke Rippe	Pfd. 65 Pl.
Keule im ganzen	Pfd. 68 Pl.

### Prima Kalbfleisch billigst.

Prima Kassler Rippespeer	Pfd. 78 Pl.
Prima Pökeltamm	Pfd. 78 Pl.
Schweine-Koteletts	Pfd. 88 Pl.
Schweinekamm	Pfd. 85 Pl.

### Hülsenfrüchte

	1 Pfund	5 Pfund
Linsen gross	18 Pl.	85 Pl.
Linsen mittel	16 Pl.	75 Pl.
Linsen klein	14 Pl.	65 Pl.
Bohnen lange	17 Pl.	80 Pl.
Bohnen kleine	15 Pl.	70 Pl.
Victoria-Erbesen	18 Pl.	85 Pl.
Geschälte Erbsen	22 Pl.	1.05
Halbe Erbsen	19 Pl.	90 Pl.
Java-Reis I	26 Pl.	1.25
Java-Reis II	22 Pl.	1.05
Rangoon-Reis	17 Pl.	80 Pl.

### Konserven

Stangen-Spargel I	1/2 Dose	1.35
Stangen-Spargel III	1/2 Dose	95 Pl.
Junge Erbsen	1/2 Dose	45 Pl.
Gemischtes Gemüse	1/2 Dose	45 Pl.
Pfefferlinge	1/2 Dose	45 Pl.
Spinat	1/2 Dose	40 Pl.
Kohlrabi	1/2 Dose	25 Pl.

### Kolonialwaren

**KUCHENZUCKER** 5 Pfd. 1<sup>05</sup>

**Gebrannte Kaffees** Mischung I II III IV  
Pfund 1.50 1.30 1.10 0.90

Unsere Marken sind weg. d. vorzögl. Geschmacks allseitig bekannt.

Bienenhonig garantiert rein	1/2 Glas	85 Pl.
Kunsthonig 5 Pfd.-Elmer oder Töpfe		1.60
Kunsthonig im Bienenkorb, 2 Pfd. Inhalt		75 Pl.
Amerikanische Ringäpfel	Pfd.	45 Pl.
Gemischtes Obst I	Pfd.	45 Pl.
Gemischtes Obst II	Pfd.	30 Pl.
Getrocknete Pflaumen	Pfd.	18 Pl.

### Frische Früchte

Apfelsinen	Dutzend	20, 30, 40, 60 Pl.
Zitronen	Dutzend	25, 40, 50 Pl.
Mandarinen	Pfd.	30 Pl.
Blutapfelsinen	Dutzend	50, 65 Pl.
Kranzfeigen	Pfd.	28 Pl.
Muskat-Datteln	Pfd.	60 Pl.
Ananas	Pfd.	68 Pl.

Walzen-Apparat mit Aluminium-Trichter und 1 Walze **1.95** zusammen

\* So lange Vorrat.

Frage?

## Wie ist es möglich?

dass in der Ravenéstrasse, Ecke Reinickendorferstrasse 14, bei H. Marcus jetzt und in den nächsten Tagen u. a. zu haben sind:

Herrensocken gute Qualität, geringelt, Paar	10 Pl.
Kinderstrümpfe gute Qual., schw. braun u. bunz. alle Gröss. h. Gr. 10, statt 1,00-0,90	48, 28, 10 Pl.
Damenstrümpfe geringelt, gute Qualität	38 Pl.
Trikotagen für Erwachsene und Kinder	1.28, 88, 38 Pl.
Reinwollene Roben aus 110 cm breiten gut. Kleiderstoffen, regulärer Wert bis 15,00	4.90

ca. 600 weisse Mädchenhemden Herzförm. Schalterschluss, nur Pa. Qualität, bis 100 cm lang, statt 1.80-1.00 98, 78	48 Pl.
ca. 600 weiss. Pa. Dam.-Hemden Wert bis 2.50	1.48, 1.28, 98 Pl.
ca. 550 Reste Prima Velour, Satin, Domestique, durchweg 2 1/2 Meter lang	78 Pl.

Antwort!

Well die Räume Ende der Woche niedergerissen werden!

## Zur Einsegnung!



Anzüge

aus fein geripptem schwarzen Kammgarn sowie aus haltbaren Cheviotstoffen, sauberste Ausführung von M. 12<sup>50</sup> an

Anzüge

aus prima tiefschwarz. Kammgarn- und Tuch-Kammgarnstoffen mit besten Zutaten eleganter Sitz, von . . . M. 17<sup>50</sup> an

Anzüge

nach Maß Garantie für gut. Passen von M. 24<sup>00</sup> an

M. Schulmeister

Schneidermeister

am Kottbuser Tor Dresdener Str. 4 am Kottbuser Tor



Paul Drenske Nachfolger

Otto Berlett

Hutfabrik

Oranienstraße 172

empfiehlt sein großes Lager in [356]L\*

Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.

Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.

Reparaturen schnell, sauber und billig.

Grünau!

Sonntag, den 7. März 1909: großes Schlachtfest

verbunden mit musikalischer Unterhaltung. Dierzu ladet alle Freunde und Bekannte bestens ein. 2580\*

Gustav Lindenhayn, Friedrichstr. 2, Telefon 17.

Planino, erster Hoflieferantenfirma, weit unter Wert sofort veräuß. Französischstr. 15, I. r.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Handwerker u. Handwerker-Kummer.

Preis 25 Pl. Diese neue Broschüre muß sich jeder strotzende und denkende Handwerker zulegen.

F. Wernitz, Berlin, Blücherplatz 1

MANOLI Cigarettes

Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Der außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Ueber Beginn und Ergebnis des Parteitags, der zu Deventer am 13. und 14. Februar tagte, haben wir in der Nr. 40 vom 17. Februar berichtet. Wegen der verhängnisvollen Folgen, die der Parteitag für die Arbeiterbewegung Hollands schon gehabt hat und bei der großen Bedeutung, die sein Beschluß deshalb auch für die Sozialdemokratie außerhalb Hollands gewinnt, tragen wir hier nun aus dem ausführlichen Verhandlungsbericht die wesentlichsten Stellen nach.

Nach den Eröffnungsformalitäten und der Begrüßungsansprache nahm als Vertreter des Parteivorstandes zunächst das Wort Genosse Bliegen: Niemand denke daran, die Redefreiheit in der Partei zu beschränken, auch die verschiedenen Resolutionen voriger Parteitage nicht. Wenn aber das Auftreten einer Gruppe in der Partei zu Verhältnissen führe wie die jetzigen, dann sei das Bestehen der Partei in Frage gestellt. Bliegen bestreitet, daß zwischen der Parteimehrheit und den Marxisten prinzipielle Meinungsverschiedenheiten beständen, die zur Spaltung nötigten. Wäre es wahr, daß die Partei durch den Revisionismus auf andere Bahnen als früher gebracht worden sei, im Gegensatz zu den anderen internationalen Parteien, dann müßte dies mit Tatsachen bewiesen werden können, was nach Redners Meinung noch nie geschehen sei. Die holländische Partei stehe auf genau denselben Grundlagen als die Parteien in anderen Ländern. Der Unterschied besteht in theoretischer Einsicht in den gesellschaftlichen Tatsachen. Theorie und Praxis müßten in der Partei jedoch vereinigt sein. Nie habe man die Marxisten aus der Partei werfen wollen. Der Wert des Parlamentarismus werde verschieden abgeschätzt, aber komme man zu Taten, dann stehe man auch hierin auf gleichem Standpunkt. In der Konferenz vom 31. Januar war die größte Beschwärzung der marxistischen Teilnehmer, daß sie in ihrer freien Meinungsäußerung behindert würden, sie hätten das Gefühl der Unterdrückung. Nie, außer in der „Tribüne“, sei gesagt, daß die Taktik verfehlt sei. — Infolge dieser Erwägungen kam der Antrag des Parteivorstandes, ein Wochenblatt als Beilage zu „Het Volk“ unter Redaktion von Marxisten, wozu Herr Roland-Holt und J. W. Wibaut außerhalb werden, herauszugeben. Dieses Wochenblatt müsse dem „Het Volk“ angegliedert werden, damit die Marxisten alle Leser von „Het Volk“ erreichen könnten, was die „Tribüne“ nicht könne. Ein gewisses gemeinschaftliches Zusammenwirken mit „Het Volk“ sei nötig, ein selbständiges Wochenblatt aber nicht richtig und nicht gut. Nur unter eigener Verantwortlichkeit könne die Partei dieses herausgeben. Ein besonderes Wochenblatt würde als Organ angesehen werden, das die ganze Parteimeinung wiedergebe, und das sei nicht der Fall. Die Folge der Errichtung des Wochenblattes müsse die Aufhebung der „Tribüne“ sein, das müsse feststehen. Das Weiterbestehen der „Tribüne“ würde jeden guten Einfluß des Wochenblattes und jedes gute Zusammenwirken verhindern. Mit Parteigenossen, wie die „Tribüne“-Redakteure, sei nicht zusammen zu arbeiten. Der ganze Parteivorstand sei der Ansicht, daß die „Tribüne“ verschwinden müsse. Gegen einen Antrag der Abteilung Wustum, der Aufhebung nach einem Jahre wünsch, sagt der Redner, das gehe nicht, er verlangt sofortige Aufhebung. Das Wochenblatt und die „Tribüne“ zugleich sei eine Unmöglichkeit.

Dann spricht Genosse Helding, Mitglied der Kammerfraktion, als Vertreter einer der Minderheiten im Parteivorstande. Er wendet sich gegen die Errichtung eines Wochenblattes, in welchem er eine Belohnung der Untertanen der „Tribüne“ sieht. Dieser Vermittlungsvorschlag müsse schließlich, da er nur diene, die Marxisten zufrieden zu stellen. Redner weist auf die Gefahr hin, daß viele Marxisten, selbst Abteilungen der Partei, diese verlassen würden, falls die „Tribüne“-Redakteure ausgeschlossen würden. Er will die Marxisten in der Partei behalten, aber verlangt, daß sie die „Tribüne“ fallen lassen und auch auf das Wochenblatt verzichten.

Als Vertreter einer zweiten, der marxistischen Minderheit im Parteivorstand spricht Genosse Mendels. Mit der kleinstmöglichen Mehrheit habe der Parteivorstand sich für Ausschluß der drei „Tribüne“-Redakteure ausgesprochen. Witterkeit war in die Meinungsverschiedenheiten gekommen und Verwirrung in den Ton. Hauptfrage wurde da für den Parteivorstand — und Troelstra besonders stellte dies in den Vordergrund — eine Wahl zu finden, wie die verschiedenen Parteirichtungen zusammenarbeiten könnten. Da wurde im Parteivorstand der unvorhergesehene Antrag zur Errichtung des Wochenblattes gestellt, der, oberflächlich gesehen, vielen eine gute Grundlage erschien. Sollte der Parteitag nun eine Vorbedingung an die Errichtung des Wochenblattes knüpfen, welche die organisatorische Einheit wieder in Gefahr bringe? Wenn der Parteitag die Verständigung wolle, dann keinen Ausschluß von Genossen! Die Meinungsverschiedenheiten seien nicht so erschreckend, daß sie auf eine Weise, wie sie in der „Tribüne“ zum Ausdruck kamen, besprochen werden müßten. Es sei eine Frage, ob eine sozialdemokratische Partei das Recht habe, ein einzelnes Genossen gehöriges Blatt zu verbieten und diese auszuschließen, nicht auf Grund dessen, was geschrieben sei, sondern was noch geschrieben werden würde. Der Parteivorstand habe mit seinem jetzigen Antrag gänzlich seinen Standpunkt geändert. So sagte der Parteivorsitzende Bliegen noch zu Arnheim, er lasse sich von niemandem verbieten zu schreiben was und wo er wolle. Anfangs wollte der Parteivorstand die „Tribüne“-Redakteure nur auf Grund einer eventuellen Hebertragung der von ihnen abgegebenen Erklärung aus der Partei ausschließen, jetzt beantrage er den Ausschluß bei Nichtaufhebung der „Tribüne“. Redner weist auf das Bestehen von Blättern und Zeitschriften, die von der Meinung der Parteimehrheit abweichen, im Auslande hin und warnt eindringlich vor dem Ausschluß.

Fortun (Amsterdam 2): Die Parteistatuten enthielten keinerlei Bestimmung, die „Tribüne“ zu verbieten. Das Programm aber fordere volle Freiheit der Meinungsäußerung. „Ihr dürft“, ruft er den Abgeordneten zu, „Parteigenossen den Mund nicht schließen, weil ihr deren Kritik fürchtet“. „De Ulyde Wereld“ (das Blatt der sozialdemokratischen Fraktion) sei für Redner ein festes Alibi, deshalb sollte er aber doch nicht diese Gruppe ausschließen. Die wissenschaftliche Monatschrift „De Nieuwe Tied“ wolle man behalten, da sie nur 600 Akademiker erreiche, die „Tribüne“ aber, die nur 3 Cent koste, erreiche die Arbeiter und darum solle sie weg.

Dun - Jaandom vergleicht die „Tribüne“-Redakteure mit den den Erfurter Parteitag ausgeschlossenen „Jungen“, wird wegen persönlicher Ausfälle wiederholt unterbrochen, findet aber den Beifall der Mehrheit. Er fordert bedingungslos Ausschluß. Van der Waerden (Amsterdam 2) wandte sich speziell gegen „Het Volk“, das während anfrage, wenn kritisch geübt werde, und kein Wohlwollen kenne. Das Verbot, die „Tribüne“ in einer sozialdemokratischen Versammlung, wo Troelstra sprach, zu kolportieren, sei eine Schande. In Erfurt seien die Leute ausgeschlossen worden, weil sie geschrieben hätten, daß die Führer die Partei korumpierten. Troelstra (unterbrechend): Gehört, und die „Tribüne“ schrieb, die Kammerfraktion steuere bewußt nach einem Bloß mit den bürgerlichen Parteien, wog es aber nicht, endlich zuzugehen. Van der Waerden ermahnt zum Schluß die „Tribüne“-Redakteure im Parteinteresse, ihr Blatt aufzugeben.

Herrn Bos - Steil - Westering: Die Redaktion von „Het Volk“ müsse mit zwei Wägen. Bliegen sage zwar, daß in der

praktischen Politik kein Unterschied bestehe, die Marxisten fänden aber verschiedene Handlungen der Partei für verkehrt. Die zwei marxistischen Redakteure des „Wochenblatt“ seien gegen die Redaktionen vom „Het Volk“ stets in der Minderheit. Trotzdem könne man versuchen, ob es gehe. Redner tritt mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf für die Bewahrung der Parteieinheit ein. Der Vorsitzende Bliegen teilt mit, daß von den 198 Abteilungen der Partei 139 durch 178 Delegierte auf dem Parteitag vertreten sind.

Barter Valler - J. wolle (von der „Ulyde Wereld“-Gruppe) spricht gegen eine Verpflichtung zur Aufhebung der „Tribüne“, obwohl er in fast jeder Hinsicht Gegner der in der „Tribüne“ geäußerten Ansichten sei. Auch bange es ihm vor dem zu errichtenden offiziellen Wochenblatt der Marxisten, besonders wenn dies den historischen Materialismus darin propagieren wolle. Troelstra akzeptiert er das neue Organ und zwar zur Bewahrung der Einheit, die jedoch mit dem drohenden Ausschluß der drei „Tribüne“-Redakteure in Frage gestellt werde. Man müsse aufpassen, daß sich keine zwei Parteioptionen bilden und solle die „Tribüne“ einen ruhmlosen Tod sterben lassen.

J. Troelstra, Vertreter der Kammerfraktion: Er habe die stille Hoffnung gehabt, daß das Verhalten der „Tribüne“-Redaktion auf dem Parteitage so sei, daß er der Pflicht, Recht zu sprechen, enthoben würde. Er wünsche die Spaltung der Partei nicht, was auch die „Tribüne“-Redakteure gegen die Kammerfraktion und gegen ihn persönlich getan, er sei nicht ungenossenschaftlich gegen sie gestimmt. Nie habe er gesagt, daß die drei Redakteure persönlich schlechte Menschen seien. Er habe die Ueberzeugung, daß sie die holländische Sozialdemokratie nicht spalten, sondern stärken wollen. Möchten sie aber auf ihrem Standpunkte stehen und verbärten sie auf ihrem „Unwiderruflich“, dann werde er im Widerstreit mit seinem Gefühl daran mitwirken, sie aus der Partei auszuschließen wegen ihrer Aufsehung gegen einen Parteitagbeschuß.

Was sei der Charakter der „Tribüne“ und was bedeutet sie für die Parteioptionen? Die Verwahrlosung des Tones sei für ihn nur etwas Neugierliches, weshalb er sich auch mit dem anfänglichen Auftreten des Parteivorstandes nicht einverstanden erklären konnte. Aber von der anderen Seite sei nicht weniger gegen den guten Ton gefündigt worden. Das müsse man gegenseitig betragen können, die „Tribüne“ habe es darin noch nicht geschafft.

Schaper (unterbrechend): Nach es nicht allzu schön. Troelstra (fortfahrend): Nein, ich will nur das Neugierliche vom Kern der Sache trennen. Wiederholt wurden von der „Tribüne“ die Partei mit dem alten „Sozialdemokratischen Bund“ und die Führer mit Domela Nieuwenhuis verglichen. Damals sah man, daß man dem Anarchismus entgegengerührt wurde, was kein Sozialdemokrat zugeben durfte. Falls die „Tribüne“ meint, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei jetzt die Sozialdemokratie im Stiche lasse, daß wir sie dem Untergange entgegenführen, dann stehen wir ihnen ebenso gegenüber. Wenn sie meinen, daß wir keine Einsicht in den Klassenkampf haben, dann sagen wir, daß die „Tribüne“-Anhänger keine Einsicht haben, was der Klassenkampf in Holland bedeutet. Wir stehen unverzüglich einander gegenüber. Die Tatsachen sind derart, daß nicht mehr in der Partei ist, womit ihr zufrieden seid. Wenn ihr die Arbeitslosendebatte in Eurem Blatte besprechen wolltet, dann hättet ihr mit Eurer Disqualifikation wenigstens bis zum nächsten Kongreß der Partei warten und erst einmal die mit der Debatte erzielte Propaganda ruhig wirken lassen sollen. Die christlichen Parteien begreifen sofort, daß die Aufmerksamkeit der Arbeiter von jener Tatsache in der Kammer abgelenkt werden müsse, da in der Kammer dem Systeme ein Schlag beigebracht war. Und da kommt ihr und behandelt in Eurem Blatte Euren Vorläufer wie ein Schulmeister einen bösen Jungen. (Beifall.)

Es ist unklar und nochmal unklar, daß die Organe der Partei Euch nicht Gelegenheit geben, darin zu schreiben. Man beschwert sich über die Nachschriften zu solchen Artikeln im „Het Volk“. Aber hat die Mehrheit keine Freiheit der Kritik! Einverstanden bin ich mit den Redaktionen der „Tribüne“ darin, daß die Handlungen der Partei nur den Anforderungen des Klassenkampfes angepaßt werden müssen. Aber wenn die Tribünisten „böllige Freiheit der Kritik“ verlangen, so müßte er sagen, das gehe schon in einem anarchischen Debattefluß, nicht aber in der Partei. Sie hätten dem Parteinteresse Rechnung zu tragen. Wenn Sie Individualisten seien, dann hätten sie aus der Partei zu gehen. Jetzt sei der Zustand in der Partei der, daß die Marxisten sich bereit erklärt haben, vermittelnd des zu errichtenden Wochenblattes ihre Prinzipien im Parteiorgan zu vertreten. Das sei kein Vorrecht und keine Günst, er halte es im Interesse der Partei für nötig, daß sie ihre ihnen eigentümlichen Auffassungen in Zukunft in der Partei propagierten und zwar auf eine Weise, die keinen Anstoß mehr erzeuge. Der Vorstand könne nicht dulden, daß der Marxismus in Gegensatz zur Partei gestellt werde. Wenn die Genossen Roland-Holt und Wibaut zur Uebernahme der Wochenblattredaktion bereit seien, so geben wir zu: wir glauben das zustande bringen zu können im Organisationsverbande der Partei, was der Marxismus von ihr fordert. Sie werden sich gewiß vornehmen zu kämpfen, wenn sie bei ihrer Aufgabe in der Redaktion von „Het Volk“ auf weitergehende Beschränkungen stoßen, als die Ultradere und Fortlerer Resolutionen ihnen auferlegen. Die Tribünisten lähmen die Kampfeslust und machen das Zusammenarbeiten unmöglich. Und weshalb wollten sie den Marxismus gegen die Partei anführen? Weil die Partei immer mehr verbürgerliche. Man sehe alles was geschieht, für Verbürgerlichung an. Von der Kammerfraktion wird behauptet, daß sie bewußt nach einem Bloß mit den bürgerlichen Parteien hinsteuere und überdies noch danach trachte das heimlich zu tun. Wenn das unsere Absicht ist, fährt der Redner fort, dann sind wir Verräter und das kann die Kammerfraktion nicht auf sich ruhen lassen. Das soll und darf nicht mehr in der Partei von eigenen Parteigenossen gesagt werden. Man brauche die Kammerfraktion nicht zu lehren, daß die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts und die Altersversicherung der Arbeiter auf der Macht des Proletariats beruhen müsse. Aber sie müsse sehen, wie sie diese Macht im Parlament ausbeuten könne. Und hier setzte der eigentliche Unterschied im praktischen Auftreten zwischen ihr und den Tribünisten ein. Wir sind, sagt Redner, eine Minderheit und müssen also die proletarische Kraft auf die bürgerliche Parteien einen Druck ausüben lassen. Unsere Auffassung ist schon seit 1897, daß wir unser Ziel erreichen müssen, indem wir die bürgerlichen Parteien aufspalten und sie spalten. Das gelingt auch. Wir sind so weit, daß die Freiwirtschafts-Demokraten und die liberale Union für das allgemeine Wahlrecht sind. Aber als die letztere endlich so weit gekommen war, bemühte die „Tribüne“ diese Gelegenheit gerade, um zu zeigen, was man von ihr zu erwarten habe. Daß man den Arbeitern zutrifft, nicht einzuschlummern und ihre Macht zu verstärken, ist gut, und das tun wir alle, das ist sozialdemokratisch. Aber es ist Unsinn, aus dem Beschluß der Liberalen Union abzuleiten, daß wir auf dem verkehrten Wege sind. Wenn man aber Reiz davon nimmt, was wir von den bürgerlichen Parteien erzielt haben, dann sieht die Sache anders aus. Wenn es mit dem Wahlrecht in Sachsen gerade verkehrt geht, schreibt Manowstein in der „Tribüne“, daß es dort jetzt gerade prächtig gehe. Wenn man das Erzielte so bezieht, dann macht man aus den Arbeitern philosophische Proletarier. So kommt man zur Verneinung des Parlamentarismus. Troelstra vergleicht verschiedene Bewegungen im Auslande mit dem holländischen Wahlrechtskampfe, so auch den Wahlrechtskampf in Preußen. Man müsse da immer sorgfältig auf der Bourgeoisie nicht in die Karten zu spielen. Als im Januar vorigen Jahres der Wahlrechtskampf ruhig verlaufen war, rühmte sich dessen der „Vorwärts“ gegen die bürgerliche Presse. Das geschieht nun im sozialistischen Berlin, in einem Lande mit einer enormen Gewerkschaftsbewegung. Dort

reißt sich die Partei, keinen Generalkrieg für das allgemeine Wahlrecht proklamiert zu haben. Manche ist ihr damit einen Vorwurf? Ich denke zwar: wie ist so viel Selbstherrlichkeit möglich, so viel Takt bei so viel Unerbittlichkeit in der Theorie und in der Literatur? Aber die Genossen dort kennen ihr eigenes Land besser als wir. Vielleicht müßten die deutschen Genossen dieselbe Meisterbeute auch einmal bei ihrem Urteil über ausländische Parteien beachten.

In Holland sei erreicht, daß es in allen Parteien gäre, daß die S. D. A. P. mit der Gewerkschaftsbewegung in einem Zusammengehen für das Wahlrecht wirke. Die Kritiker wollten nicht, daß auf die Bourgeoisie eingewirkt werde. Aber man könne nicht gegen die gesamte Bourgeoisie arbeiten. Ob man wolle, daß sie mit ihr zur Erzielung des Wahlrechts zusammengelampe werde? Dann mache man den Wahlrechtskampf zu einem mit der Erreichung des sozialistischen Endzieles zusammenfallenden Kampfe, während er nur eine Episode in diesem Kampfe sein müsse. Ersteres sei nicht zu erreichen und man bringe damit die Arbeiter zur Mühseligkeit.

Die Tribüne-Marxisten meinten, die Kammerfraktion strebe nach einem demokratischen Bloß mit den Bürgerparteiern. Das sei eine Mißdeutung. Sie müßten einsehen, daß sie mit ihrem Urteil über Partei und Parteigenossen eigentlich nicht mehr in die Partei gehörten. Sie seien bange, die „Tribüne“ unter Parteigenossen zu stellen, wollten aber die Partei unter ihre Jansur haben. (Beifall.) Sie sollen die Partei verlassen, deren Ehre und Namen sie in Mißkredit zu bringen suchten. Das Kolportageverbot der „Tribüne“ in einer öffentlichen Parteiversammlung zu Rotterdam (wo Redner über die Arbeitslosendebatte in der Kammer sprach) habe mehr Schaden verursacht als die „Tribüne“ selbst. Die „Tribüne“-Marxisten seien an erster Stelle nur Kämpfer gegen die Partei und den Revisionismus. Sie isolierten die Partei von ihren parlamentarischen Vertretern, säeten Mißtrauen, was verhängende Wirkung habe.

Die Schlußfolgerung, die Redner aus allem zieht, ist, daß die Angeklagten im Geiste bereits außerhalb der Partei ständen; sie müßten die Partei vor der peinlichen Notwendigkeit ihres Ausschlusses bewahren. Ihr Beschluß, die „Tribüne“ nicht aufzuheben, stehe fest, aber der Parteitag dürfe nicht tun, was manche Genossen wünschen, nämlich abwarten, was die „Tribüne“ später tun werde. Jetzt sei der Augenblick gekommen, daß die Tribünisten sich entscheiden, ob sie noch in erster Stunde tun wollen, was die Partei von ihnen verlangt. Daß die Statuten der Partei gegen den Ausschluß sprächen, sei eitel Juristerei. Es sei verfehlt, gegen den Antrag zu sagen, daß die Sozialdemokratie Pressefreiheit verlange; das gelte dem Staate gegenüber, in der Partei aber dürfe die „Tribüne“ nicht bestehen bleiben und nur die Parteimitgliedschaft der Auszuschließenden werde angetastet. Damit solle zu erkennen gegeben werden, daß die Partei keine Versammlung von Gegenjahren sei, aber eine Einheit von Meinungen. Abweichende Meinungen würden damit nicht unterdrückt, was damit beweisen werde, daß diesen Meinungen ein offizielles Parteiorgan gegeben werde. Wenn man gegen die „Tribüne“ aufstehe, tue man das zugleich, weil dieses Blatt der Kern einer Partei in der Partei sei, mit dem ausgesprochenen Zwecke, eine Macht ins Leben zu rufen gegen wiederholte Parteibeschlüsse. Die Partei ist die Wächterin ihrer eigenen Ehre und Ehre schuldig. Wir haben Euch, schließt der Redner zu den Tribünisten gewandt, zu Unrecht und Hartem auf den Parteitag etwas zu glimpflich behandelt.

Dr. Gorter ruft aus dem Zuschauerraum: „Eine katholische Kirche habt ihr aus der Partei gemacht!“ (Lärm und Widerspruch im Zuschauerraum.) Troelstra: Wenn es einen gibt, der nach einem neuen Materialismus feuert, dann wäre das Gorter. (Lauter Beifall.) Ich rate Euch, bleibt Herr im eigenen Haus, und wollen sie nicht folgen, dann hinaus! (Langanhaltender Beifall, hier und da Pfeifen. Eine Minute lang wird die Sitzung durch Lärm im Zuschauerraum unterbrochen.)

(Fortsetzung folgt.)

Gerichts-Zeitung.

Messenger-Voy und Postregal.

Ein interessanter Streit der Postverwaltung mit dem Institut der Messenger-Voys beschäftigt gestern die Strafkammer des Landgerichts III. Wegen Zuwiderhandlung gegen das Reichspostgesetz vom 28. Oktober 1871 und die Novelle vom 20. Dezember 1899 hatten sich der Direktor der „Berlin Messenger-Voy Company“, S. Hoffmann und der Stationsleiter Maximilian Guichard zu verantworten. Der Verstoß gegen das Postregal wurde darin gefunden, daß in der von dem zweiten Angeklagten geleiteten Station verschlossene Briefe befördert worden sind. Es stand somit zur Entscheidung, ob die Beförderung von Briefen mit geschlossenen Briefumschlag durch die Messenger-Voys verboten ist. Das wäre der Fall, wenn das Institut als ein „Beförderungsinstitut“ im postalischen Sinne anzusehen ist. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte die letztere Frage verneint und die beiden Angeklagten freigesprochen. Hiergegen hatte der Anwalt Bernung eingelegt. Die Novelle vom 20. Dezember 1899 hat in dem von ihr geschaffenen § 1a des Postgesetzes den Postzwang für verschlossene Briefe auch auf den Ortsverkehr ausgedehnt, aber im § 2 bestimmt: „Die Beförderung von verschlossenen Briefen im Ursprungsorte gegen Bezahlung von Voten, welche weder die Einsammlung von Briefen, Sorten, Druckfachen gewerbsmäßig betreiben, noch im Dienste einer Privatbeförderungsanstalt stehen, ist ohne die im § 2 vorgeschriebenen Einschränkungen gestattet.“ Der Angeklagte Direktor Hoffmann gab ein Bild von dem Betriebe des Instituts, welches auf Erfuchen Voten zu den verschiedensten Dienstleistungen gegen taximäßige Gebühren auf telephonisches oder mündliches Erfuchen zur Verfügung stelle. Auch bei der Beförderung eines Briefes im Ortsverkehr habe der Messenger-Voy nur einen jeweiligen Auftrag zu erfüllen, ein Sammeln und Versorgen mehrerer Briefe auf derselben Wegstrecke finde nicht statt. Der Voy werde für seinen Gang nach der Zeit bezahlt. Darin könne eine Konkurrenz für die Reichspost und ein Verstoß gegen das Postgesetz unmöglich erblickt werden. Der Staatsanwalt war auf Grund der Ermittlungen, die Oberpostinspektor Harward im Auftrage der Postverwaltung angeestellt hat, anderer Ansicht und beantragte gegen beide Angeklagte je 3 Mark Geldstrafe. Rechtsanwält Dr. Hollander konnte sich bei seinem Antrag auf Freisprechung auf ein Erkenntnis des bayerischen Oberlandesgerichts vom 23. Januar d. J. in einem gleichen Falle stützen. Er führte im Anschluß daran aus, daß durch die Postgeschnovelle von 1899 der Zweck verfolgt wurde, den organisierten gewerbsmäßigen Privatpostbetrieb zu beschränken. Wie die Motive deutlich ergeben, sollte nur diese Konkurrenz der Post beseitigt, im übrigen aber die Briefbeförderung im Ursprungsort einer Beschränkung zugunsten der Post nicht unterworfen werden. Es sollen also weder Privatleute, noch Behörden, Handelsfirmen oder Vereine darin befristet werden, ihre Briefe durch Voten befördern zu lassen, ebensowenig soll es den Dienstmannern, weder den selbständigen, noch solchen, die einem Dienstmannsinstitut angehören, unterlag werden, Aufträge zur Vertragung von Briefen gegen Bezahlung auszuführen, so weit sie nicht deren Einsammlung gewerbsmäßig betreiben. Nach den Betriebsregeln und der ganzen Organisation des Messenger-Voy-Instituts könne dieses nimmermehr als ein Beförderungsinstitut im Sinne des Postgesetzes, also als Privatpostanstalt angesehen werden, denn es fehle das charakteristische Merkmal eines Postbetriebes, daß eine Anzahl von Briefen gesammelt und einzelne Voten dann mit deren Vertragung auf einer bestimmten Wegstrecke betraut werden. Das Gericht kam aus ähnlichen Erwägungen zur Verneinung der staatsanwaltlichen Verurteilung, so daß es bei dem freisprechenden Urteil des Schöffengerichts verblieb.

# IMK.

wöchentliche Teilzahlungen liefere elegante, fertige **Herren-Garderoben.**  
**Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.**  
**Julius Fabian, Schneidermeister,** 1. Geschäft: NO., Gr. Frankfurter Str. 38 II Eingang Strausberger Platz  
2. „ NW. (Moabit), Turmstraße 18 I

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Sonnabend, den 6. März.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus, Bozöme.  
Königl. Schauspielhaus, Kolberg.  
Deutsches. Revolution in Krähwinkel.  
Kammerspiele. Der Arzt am Scheideweg. (Anfang 8 Uhr.)  
Leipzig. Griselda.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Der Diamant. Der verdorbene Krug.  
Berliner. Einer von unsrer Leut'.  
Thalia. Wo wohnt sie denn?  
Romische Oper. La Juive.  
Neues. Die fremde Frau.  
Kleines. Moral.  
Hebbel. Revolutionshochzeit.  
Lustspielhaus. Im Klubsessel.  
Reichshallen. Kammerspiele um Amalie.  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Das Erbe.  
Schaik. Charlottenburg. Rechts herum.  
Nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell.  
Friedrich. Wilhelmshädr. Schauspielhaus. Keen.  
Werken. Der tapfere Soldat.  
Pulsen. Bis früh um fünf.  
Nachmittags 4 Uhr: Hänsel und Gretel.  
Trianon. Der Sahr.  
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.  
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelsbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Bernhard Rose. Das Warenhaus-Fräulein.  
Nachmittags 4 Uhr: Königsfuder.  
Gastspiel-Theater. Scherlock Holmes.  
Würgerl. Schauspielhaus. Geseloffen.  
Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden Bindelbands.  
Apolo. Der junge Papa. Spezialitäten.  
Metropol. Donnerwetter - tadellos.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Gari Haberland. Spezialitäten.  
Wahage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Säger.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Folies Caprice. Ein lediger Chemann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Kafkas. Ausland. Spezialitäten.  
Wahav. Schrems. Der geprellte Rechtsanwalt. Das Schwalbennest. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Parodie. Siegel segelt alles. - Alles fürs Kind. Oder: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Unbestimmt.  
Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.  
Schausal 8 Uhr: Prof. Dr. Donath: Drahtlose Telegraphie und Telephonie mit elektrischen Wellen.  
Esterwarte, Annabergerstr. 27/28.

**Lessing-Theater.**  
Sonnabend 7 1/2 Uhr zum 1. Male: Griselda. Von Gerhart Hauptmann.  
Sonntag 3 Uhr: Die versunkene Glocke. Abends 8 Uhr: Griselda.

**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: Einer von unsrer Leut'.  
Morgen: Einer von unsrer Leut'.

**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Die fremde Frau.  
(La femme X...)  
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.

**Theater des Westens.**  
Abendlich 8 Uhr:  
Der tapfere Soldat.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Sonnabend, 6. März, Anfang 8 Uhr:  
**Keen.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr zum erstenmal: Schlagende Wetter. Abends 8 Uhr: Keen.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Im Klubsessel.**  
Hebbel-Theater  
Königsgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.  
Revolutionshochzeit.  
Neues Operetten-Theater.  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr:  
Die Dollarprinzessin.  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Das Warenhaus-Fräulein.  
Wochenabspiele.  
Nachm. 4 Uhr Kinder-Vorstellung: Königsfuder.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Ueber den Brenner nach Venedig.  
8 Uhr: Unbestimmt.  
Hörsaal 8 Uhr:  
Prof. Dr. Donath: Drahtlose Telegraphie und Telephonie mit elektrischen Wellen.

**Residenz-Theater.**  
- Direktion: Richard Alexander. -  
Abends 8 Uhr:  
„Kammerspiele um Amalie.“  
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.  
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag 7. März, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

**Luisen-Theater.**  
Nachmittags 4 Uhr:  
Kinder-Vorstellung.  
**Hänsel und Gretel.**  
Abends 8 Uhr:  
Bis früh um fünf.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf dem Baum. 8 Uhr: Bis früh um fünf.  
Montag: Der Störenfried und: Die Diensthöten.

**Gastspiel-Theater.**  
8. Köpenickerstr. 68. 8.  
Zum 523. Male:  
**Sherlock Holmes**

**Rixdorfer Theater**  
Bergstraße 147.  
Sonntag, den 7. März 1909:  
Gastspiel des Herrn Hans Schröder vom Hoftheater in Wiesbaden:  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel in 5 Akten v. Schiller.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Metropol-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
Donnerwetter - tadellos!  
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schulta.  
Massary - Perry  
Holden - Bender  
Giampietro - Kettner  
Pflann - Thielscher.

**Apollo Theater**  
Der junge Papa.  
Operette in 1 Akt. Musik von Edm. Gschler. In Szene gesetzt von Heinz Gordon.  
10 Uhr:  
**Alice Norton.**  
Dazu: Die hervorragenden März-Attraktionen.

**WINTERGARTEN**  
Robert Steidl  
Liane de Vriès

George Bonhair-Truppe.  
ikarische Spiele,  
sowie die hervorragenden Kunstkräfte des neuen Programms!  
Morgen Sonntag:  
Nachmittag - Vorstellung.  
Anf. 3 1/2 Uhr. - Kleine Preise! =

**Passage-Theater.**  
Berlin beherbergt die sechs schönsten Mädchen der Erde!  
**The 6 Sisters Lorrison**  
die englischen Schönheiten.  
Das großartige März-Programm:  
**Piloty von Kaulbach**  
Taiciano  
Frau Amon  
10 erstklassige Variété-Attraktionen.

**Berliner Eis-Palast**  
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.  
Heute von 6-8 Uhr geschlossen.  
Abends 8 Uhr: Schlussskizzen der Sportwoche.

**Schiller-Theater.**  
O. (Wallner-Theater.)  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Das Erbe.**  
Schauspiel in 4 Aufzügen von Felix Philipp.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Ein Volksfeind.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Rechts herum.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Charleys Tante.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Rechts herum.**  
Schwank in 3 Akten v. Hans Gens.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Julius Caesar.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Karollinger.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Kontesse Guckerl.**

Gebrüder **Herrnsfeld-Theater.** Vorverk. 8 Uhr. 11-2 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57.  
Spielplan  
Allabendlich:  
**Die beiden Bindelbands. Die Original-Klabrias-Partie.**  
Beide Komödien mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

Bürgerliches Schauspielhaus  
Kastanien-Allee 7-9.  
Heute geschlossen.  
Morgen Sonntag:  
Nachm. 3 Uhr: Parah.  
Abends 8 Uhr: Die Räuber.  
Montag: Uriel Acosta. Dienstag: Der Schwabenstreich.

**Passage-Panoptikum.**  
Zum ersten Male in Berlin die Amazonen-Königin mit ihrer wilden Leibgarde  
**Das blaue Weib,**  
das Opfer unbarmer Tötation.  
Alles ohne Extra-Entrée.

**Stadt-Theater Moabit.**  
Größter und vornehmster Theater-saal Moabit.  
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2422.)  
Sonntag, den 7. März 1909:  
**Börsenfieber.**  
Lustsp. in 4 Akten v. Dr. v. Schöndorfer.  
Anf. d. Vorst. 7. Kasseneröffnung 6 Uhr.  
Konzert 6 1/2 Uhr.  
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags im Theater-Restaurant.  
Nach der Vorstellung: Tanz.  
Montag, den 8. März: Soiree der Lustigen Zänger.

**Walhalla-Variété-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.  
Anfang 8 Uhr: Die großen März-Spezialitäten.  
Im Tunnel: Jap. Blumenfest. Regimentskap. Theaterbes. hab. fr. Eintritt.

Gustav Behrens-Theater.  
Goltzstr. 9.  
Der geprellte Rechtsanwalt.  
Schwank in 1 Akt.  
**Das Schwalbennest.**  
Operette  
und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 8 Uhr.

**Zirkus Schumann**  
Sonnabend, 6. März, ab. 7 1/2 Uhr  
Gala-Abend.  
Debüt!  
Nur kurzes Gastspiel, da für Amerika auf gr. Tournee verpflichtet.  
Obrenovitch Christitch  
Georges Milan



Sohn des Königs Milan v. Serbien.  
Neu!  
!! Amerikanische Lynchjustiz !!  
H. Fred. Rithlows gefesselt vom Pferde a. Erdboden geschleift.  
Nur noch einige Tage:  
hebt einen Tiberio, Elefanten!  
Paet als Radfahrer (siehe das Riesenprogramm. Um 9 1/2 Uhr:  
**Golo, der Seeräuber**  
Sonntag: In beiden Vorstellungen ungefähr 3 Golo, Bart, Tiberio. - Obrenovitch Christitch, Sohn d. Königs Milan.  
Nachm. auf allen Sitzplätzen ein Kind unter 10 Jahren frei.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16.  
Große Extra-Vorstellung.  
**Der Pampyr von London.**  
Scherlock Holmes, Detektiv:  
7. G. L. 14 als Gast.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: Tanz.  
Sonntag und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

XIV. Saison!  
**Zirkus Busch.**  
Sonnabend, 6. März, ab. 7 1/2 Uhr:  
Große Vorstellung.  
U. ca. 9 1/2, U. d. weltber. Schimp.  
**Konsul Peter!**  
Nur ganz kurze Zeit!  
**Herr Otto Schumann,**  
Schulreiter als Gast. Ferner:  
Geschwister Truzzi, Reitschüler.  
Die Briatore, Jongleure zu Pferde. - Um ca. 9 1/2 Uhr:  
**Auswanderer!**

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Das neue März-Programm!  
Moto Boy - Mensch oder Maschine?  
Das urkomische Linné Duett.  
Neu! Walsernacht. Neu!  
**Rubland.**  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräber.

**Theater Variété Brillant**  
(City-Passage)  
Dresdener Str. 52/3 Ansenst. 42/3  
Täglich: Auftreten von nur erstklassigen Spezialitäten bei gänzlich freiem Entrée, auch Sonntag.  
Sonnabend und Sonntag nach der Vorst.: Gr. Freitanz.  
Kinematograph.

**Königstadt-Kasino.**  
Helmstr. 72.  
Gänzlich neues Programm mit Frau Sobanski  
Miss Jetta, Ernst Graf, Mr. Koster, Ella Köhler, Bernhard Warg, Lola Graf, The Johnstons Equilibristischer Steuere-Jongleur-akt.  
**Siegel siegelt alles.**  
Schwank mit Gesang von D. Richter.

**Folies Caprice**  
Zum 86. Male:  
**Ein lediger Chemann.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Sanssouci,** Kottbuser Straße 6.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Montag, Donnerstag und Sonntag:  
**Hoffmanns Norddeutscher Säger**  
u. Tanzkränzchen.  
Einakter, Ensemblezenen.  
Klassische Vorträge in Wort und Lied usw.  
Beg. Sonntag, 8. wochent. 8 U.  
Morgen: Gr. Elite-Soiree. Tanz.  
Dienstag: Theaterabend.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Säger.  
Zum 117. Male:  
**Der Kompanieball**  
Anfang wochent. 8 Uhr,  
Sonntag 7 Uhr.

**Neue Welt**  
Haseuheide 109-114.  
„Das“ Bockbierfest  
Original!  
3 Kapellen. - 30 bayerische Mädl.  
Anfang 7 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.  
Voranzeige! Morgen Sonntag:  
**Großer Ball.**

**Preiswürdig!**  
Spezial-Geschäft für feine Herren-Bekleidung fertig und nach Mass  
**J. Kurzberg,**  
Rosenthalerstr. 40, 1 und Jannowitzbrücke 1, 1.  
**Wochenrate**  
von 1 Mark an.

**Carl Zobel. Hermann Vandsburger.**  
Köpenickerstr. 121 Friedrichstrasse 7 Turmstrasse 30a

**Einsegnungs-Anzüge**  
in sehr grosser Auswahl von den einfachsten bis zu den elegantesten Genres

Durch eigene Fabrikation der von uns in den Verkauf gebrachten Waren sind wir in der angenehmen Lage, unseren werten Kunden ganz bedeutende Vorteile zu bieten. Wir verarbeiten nur ausgeprobte, sich im Tragen vorzüglich bewährende Stoffe und übernehmen für jedes bei uns gekaufte Kleidungsstück volle Garantie. - Die

**Mass-Anfertigung**  
geschieht in eigenen Werkstätten unter Leitung erster Zuschneider und bürgt das alte, vorzügliche Renomme unserer Firmen für tadellosen Sitz und gediegene, elegante Ausführung.

Vereinigte Spezial-Geschäfte für Herren- und Knaben-Bekleidung  
**Carl Zobel Hermann Vandsburger**  
Köpenickerstr. 121 Friedrichstrasse 7 Turmstrasse 30a

**Palast-Theater**  
 Burgstraße 24, 2 Minuten vom  
 Bahnhof Dörfle.  
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.  
**Das großartige Märzprogr.**  
 Etelke Stoll  
 Georg Galler  
 Marguerite u. Adriel  
**12 Attraktionen 12**  
**Seine Geliebte.**  
 Schwant in 1 Akt.  
 Familienkarten, mochten halbe Preise,  
 überall gratis zu haben.

**Zu Engrospreisen**  
 kauft man direkt in einer Herrenkleider-  
 fabrik **Paletots und Anzüge**  
 wegen vorgerückter Saison und  
 Umzugs. Die Fabrik hat sonst nur  
 engros an bedeutende Herren-  
 kleidungsgeschäfte Berlins verkauft,  
 daher diese **diskrete** Bekann-  
 machung. Bei schriftlichen Anfragen  
 unter **A. 1** an die Haupt-Expedition  
 des „Vorwärts“ wird Ihnen diese  
 vorteilhafte Bezugsquelle umgehend  
 angezeig. Auch über die Ab-  
 anfertigung viele Knechtensungs-  
 schreiben vorhanden.



**Zentralhaus moderner Herrenkleidung**  
**Neue Friedrichstr. 35,**  
 neben der Zentral-Markthalle,  
 liefert an jedermann elegante  
**Herren-Garderoben**  
 fertig und nach Maß unter Gar-  
 rantie für tadellosten Sitz gegen  
 wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.  
 Auf Wunsch Besuch des Kleiders  
 mit neuesten Stoffmustern.  
 Sonntags geöffnet.  
 Einsegnungsanzüge vorrätig!

**A. B. Koch**  
**Kohlen-Groß-Handlung**  
 gegründet 1893.  
 Haupt-Kontor Berlin O. 17,  
 Fruchtstraße 75.  
 Fernspr. Amt 7 Nr. 3040 u. 3096.  
 I. Lagerplatz: Ostbahnhof Berlin  
 O. 24, Braumberger Str. 16.  
 II. Lagerplatz: O. 17, Fruchtstr. 13.  
 III. Lagerplatz: Bahnh. Weihen-  
 see, Greifswalder Str. 80a.  
 Preise für nur 1a Marken ab Wag-  
 von 10 Jtr. an: 382\*  
**Prima Galbheine, Marke**  
 Lauchhammer Str. 93 Pl.  
 Galbheine (bekannte  
 Marken) Str. 97 Pl.  
 Ferdinand-Zeiss-  
 Strifette Str. 97 Pl.  
 Anna u. Weidmannsheil  
 Str. 99 Pl.  
 Pfännerhast Str. 101 Pl.  
 la Diamant (Dr. Str.  
 110 bis 120 Str.) Str. 105 Pl.  
 la Ille Salzen Str. 105 Pl.  
 la Kuh-Kohlen-  
 werke Str. 105 Pl.  
 la Anthrazit-Gade Str. 235 Pl.  
 Kohle, Dreieckchen usw. zu den  
 billigsten Tages- und Konventions-  
 preisen. Anlieferung frei Keller je  
 nach Quantum pr. Jtr. 10-15 Pl.  
 mehr. — Bei Originalanfragen und  
 größeren Aufträgen verlangen Sie  
 meine Spezial-Offerte.

**Gelegenheitskauf!**  
**Rußlands soziale**  
**Zustände**  
 v. Alexander Herzen.  
 Neu herausgegeben  
 von Dr. Hans Landberg.  
 Gebunden, 150 Seiten  
 umfassend, statt bisher 2 M.  
 nur **75 Pl.**  
 Wir haben nur noch eine  
 kleine Anzahl am Lager,  
 weshalb es sich empfiehlt,  
 den Ankauf baldigst zu  
 besorgen.  
**Expedition d. „Vorwärts“**  
**BERLIN SW.,**  
 Lindenstr. 69 (Laden).

**Nathan Wand**  
 129 Stalher Str. 129.  
 Die schönsten 3602  
**Herren - Sommer - Paletots**  
**und Anzüge** in neu  
 sowie (preislich)  
**Monats-Garderobe**  
 von Spezialisten getragene Sachen,  
 fast neu, für jede Figur passend,  
 (preislich) auch angelegte sind in  
 großer Auswahl stets zu namengeb-  
 billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
 129 Stalher Str. 129.  
 Großabteilung Ostbahnhof-Str.  
 Bitte auf Hausnummer zu achten.

**UNSER gemeinsames ZIEL**  
 gleicht in Wirklichkeit diesem Bilde: „Wir wollen  
 Ihr Vertrauen nach jeder Richtung hin erwerben.“

<b>G. WACHSMANN &amp; Co</b> Reinickendorfer Strasse 15	<b>M. GLOGAU</b> Alte Jacob- Strasse 73	<b>P. NEUGEBAUER Ncht.</b> Charlottenburg Wilmsdorferstr. 31
---	---	--

**„DER NEUE DREIBUND“**  
 ist die Vereinigung vorstehender 3 Firmen, welche zu den  
 allergrößten Möbel- u. Waren-Kredithäusern Deutschlands  
 zählen. Durch gemeinschaftlichen u. darum billigeren  
 Einkauf sind auch die Verkaufspreise staunend niedrig  
 trotz der beispiellos geringen An- und Abzahlungen

<b>HERREN-</b> Konfektion	<b>Abt.: MÖBEL</b> aller Art sowie auch kompl. Einrichtung	<b>DAMEN-</b> Konfektion
------------------------------	--	-----------------------------

**Möbelgeschäft Gottschalk & Co.**  
 Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 6946L\*  
 gegründet 1893

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen  
**monatliche Teilzahlung** unter sehr kulanten Bedingungen. Große Auswahl in  
 einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger**  
**Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Uebertreibung ausgeschlossen, da  
 an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung  
 bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60-80 Mark. Monatliche Zahlung  
 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.  
**Kein Abzahlungs-Geschäft.**

**Volkslieder-Abend**  
 Sonntag, den 7. März 1909, abends 7½ Uhr, im  
 Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
 Herr Robert Kothe (Lieder zur Laute) — Margarete  
 Walkotte (Rezitationen aus dem Knaben Wunderhorn).  
 Entree 50 Pl. [1185b\*] Abendkasse 60 Pl.  
 Vorverkauf bei Herrn Horach, Zigarrenhandlung, Engel-Ufer 15.

**Schwimm-Verein „SPREEHORT“**  
 Mitgl. d. A.-Schw.-B.  
 Morgen Sonntag, nachm. 3½ Uhr in der städt. Badeanst. Gerichtstr. 65  
**Schwimmfest**  
 u. a. Mädchen- u. Damenschwimmen, Sprünge, Tauchen, Wasserballspiel usw.  
 Eintritt 50 Pfg. Nach dem Wottschwimmen Tanz-  
 kränzen in den „Pharusellen, Müllerstr. 142.

**CASTAN'S PANOPTIKUM**  
 Friedrichstr. 165 (Psychorpalast).  
 Morgen Sonntag: Letzter Tag!  
**Der dreibeinige Mann.**  
 Täglich 7 Uhr abends:  
**Humoristische Künstler-Abende.**  
 Sonntags: 2 Vorstellungen.  
**Poliklinik für Frauenkrankheiten** von Dr. Zepher  
 (wochentags 4-8)  
 Jetzt **Alt-Moabit 45, nahe Gotzkowskystr.**

**Café Alsen**  
**Schles. Brücke.**  
 Die Berlin-Walderdorfer Dampfischfabrik-Gesellschaft empfiehlt  
 den gedrehten Vereinen, Fabriken, Gewerkschaften usw. ihre Personendampfer  
 zu Dampfereisfahrten zu den kulantesten Bedingungen. 6892\*  
 Fr. Saewert, 50. 16, Köpenicker Straße 39a. Fernspr.: Amt IV 13749.

**Wäsche-, Krawattenbranche**  
 Mitgliedschaft Berlin III  
 des Schneider- und Wäschearbeiter-Verbandes  
 Deutschlands.  
 Sonnabend, den 13. März 1909  
 veranstalten wir ein  
**Rosen-Fest bei den Mugdanesen**  
 in den neu decorierten Räumen der  
**Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee.**  
 Am dem Festtag: humoristische Veranstaltungen aller Art,  
 großes Ringkämpfereichen, Kunstbühnen, Koffelhallen,  
 musikalische Mit-Trio.  
 Von 9 Uhr an: **Großer Ball, Doppelmusikspellen.**  
 Quindigungsdreigen, aufgeführt von sechzehn Kolleginnen usw.  
 Wir bitten recht zahlreich und möglichst in Commu-  
 nisten, orientalischen Trachten oder fremdländischen  
 Kostümen erscheinen zu wollen. 6824\*  
 Anfang des Festes 8½ Uhr. **Eintrittskarten 50 Pl.** **Eintrittskarten**  
 sind zu haben in allen Postämtern des Verbandes von Berlin.  
 Die **Ordnungsverwaltung Berlin III.**  
 NB. An Plättchen, Stärkerinnen, Näherinnen vermittelt der  
 Verbandsnachweis, Neue Königstr. 6, unentgeltlich Arbeit,  
 Meldungen dort erwünscht.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter-Verband.**  
 Ortsverwaltung Berlin I.  
**Todes-Anzeige.**  
 Unseren Mitgliedern zur Nach-  
 richt, daß der Kollege  
**Wilhelm Runge**  
 Mitglied seit 13. 8. 01, am 27. Fe-  
 bruar an Bauchfellentzündung ver-  
 storben ist. 66/2  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonnabend, den 6. März, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Halle  
 des Emmaus-Kirchhofes, Rixdorf,  
 Hermannstraße, aus statt.  
 Um recht zahlreiche Beteiligung  
 ersucht Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband deutscher**  
**Brauereiarbeiter.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß am 3. März der Kollege,  
 Handwerkerhilfsarbeiter  
**Karl Arlitt**  
 an Lungenentzündung ver-  
 storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung erfolgt heute  
 Sonnabend, nachmittags 3 Uhr,  
 von der Friedhofshalle der An-  
 dreas-Gemeinde in Köpen-Schön-  
 hausen, Berliner Straße, aus.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 Der Vorstand. 62/9

**Bau-Genossenschaft**  
**„Turnerheim“**  
 E. G. m. b. H.  
 Sonnabend, den 13. März,  
 abends 9 Uhr,  
 bei **Ziel, Rixdorf, Bergstr. 151/152:**  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Geschäftsbericht. 2. Genehmigung  
 der Bilanz und Entlastung des Vor-  
 standes. 3. Verteilung des Reing-  
 gewinns. 4. Wahl des Aufsichtsrats.  
 5. Verschließens. 104/3  
 Der Aufsichtsrat:  
 Aug. Köhning  
 Der Vorstand:  
 Max Schönderg. Otto Klein.  
**Männer-Chor „Juio“.**  
 Übungsstunde  
 Dienstag, 9. März, Oranienstr. 190,  
 1297b Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer**  
**Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nach-  
 richt, daß der Kollege  
**Heinrich Matthias**  
 am 2. März an Lungenleiden ge-  
 storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonnabend, den 6. März, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Halle  
 des Elisabeth-Kirchhofes in der  
 Pringens-Allee aus statt.  
 Den Mitgliedern zur Nach-  
 richt, daß der Kollege  
**Karl Reiche**  
 am 4. März an Lungenentzündung  
 gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 7. März, nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Halle  
 der Pius-Gemeinde in Wilhelm-  
 berg aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 130/11 Der Vorstand.

**Kranken-Unterstützungs- und**  
**Begräbnis-Verein für Bau- und**  
**gewerbliche Hilfsarbeiter Berlins**  
 und Umgegend.  
 Am Dienstag, den 2. März,  
 starb unser langjähriges Mitglied  
**Emil Stein**  
 an Nierenentzündung.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Sonnabend, den 6. März, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Halle des  
 Georgen-Kirchhofes, Neu-Weihen-  
 see, Röhdestraße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 37/3 Der Vorstand.

**Verband der Portefeuller.**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Den Mitgliedern hiermit zur  
 Nachricht, daß am Mittwoch, den  
 3. d. Mtz., unser Mitglied, der  
 Portefeuller  
**Otto Maschkewitz**  
 plötzlich verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute  
 Sonnabend, den 6. März, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Seiten-  
 halle des Andreas-Kirchhofes,  
 Wilhelmberg, aus statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
 109/5 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nach-  
 richt, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Adolf Gallert**  
 am 2. März an Lungenleiden ge-  
 storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonnabend, den 6. März, nach-  
 mittags 3½ Uhr, von der Seiten-  
 halle des Hedwig-Kirchhofes in  
 Reinickendorf, Berliner Straße  
 aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 112/18 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verein**  
**der Bildhauer Deutschlands.**  
 (Verwaltung Berlin.)  
 Den Kollegen hierdurch zur  
 Nachricht, daß am Dienstag, den  
 2. März der Steinbildhauer  
**Fritz Peter**  
 gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonnabend, den 6. März, nach-  
 mittags 3½ Uhr, auf dem neuen  
 Schöneberger Friedhofe an der  
 Blumen-Hölle statt.  
 Um Beteiligung ersucht  
 30/5 Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer**  
**Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Sektion der Güter.  
 Unseren Kollegen den Mitgliedern  
 des Gelangvereins zur Nach-  
 richt, daß unser Mitglied  
**Wilhelm Günther**  
 im Alter von 75 Jahren am 4. März  
 an Gallenleiden verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 7. März, nach-  
 mittags 4½ Uhr, von der Seiten-  
 halle des alten St. Thomae-  
 Kirchhofes, Rixdorf, Hermann-  
 straße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 133/8 Der Vorstand.

**Fahr-Verbindungen:**  
 Auto-Omnibusses 4, 4a und A  
 Omnibusses 2, 5, 10, 14, 18, 20, 44 u. 45  
 Stadt- u. Vorortbahn: Bahnhof Friedrich-Strasse, Lehnitz und Steintur Bahnhof

# Passage-Kaufhaus

Friedrich-Strasse 110-111-112 Ogulinburgerstr. 54-55-56-56a

**Fahr-Verbindungen:**  
 Straßenbahnen: 1, 4, 12, 16, 18, 19, 25, 26, 28, 40, 32, 34, 41, 52, 56  
 Städt. Straßenbahn: Pankow - Mittel-Strasse

## Enorm billige Angebote

Nur heute Sonnabend giltig  
 Soweit Vorrat

## Lebensmittel

Nur heute Sonnabend giltig  
 Soweit Vorrat

### ca. 20 000 Dosen Spargel

	1/2 Dose	1/3 Dose
Diner-Stangenspargel extra Prima .....	1.45	78
Stangenspargel Prima .....	1.35	—
Ia Stangenspargel II .....	1.10	—
Ia Riesenbruchspargel extra Prima .....	1.30	70
Ia Bruchspargel extra, mit Köpfen .....	1.10	—
Ia Bruchspargel II mit Köpfen .....	85	—
Ia Bruchspargel III mit Köpfen .....	70	40
Ia Suppenspargel ohne Köpfe .....	55	—

### ca. 40 000 Dosen Bohnen Schoten etc.

	1/2 Dose	1/3 Dose
Kaiserschoten fein .....	1.10	60
Kaiserschoten extra fein .....	1.18	64
junge Schoten extra fein .....	80	45
junge Schoten fein .....	60	35
junge Schoten I .....	48	29
Suppenerbsen .....	36	23
Brech- und Schneidebohnen .....	1/2 Dose	<b>26 Pf.</b>

### ca. 20 000 Dosen div. Gemüse

	1/2 Dose	1/3 Dose
Leipziger Allerlei extra .....	1.10	60
Gemischtes Gemüse II .....	60	35
Gemischtes Gemüse III .....	48	—
Junge Schoten mit Karotten I .....	68	40
Junge Schoten mit Karotten II .....	58	34
Junge Karotten extra fein .....	60	35
Junge Karotten I .....	45	28
Junge Karotten II .....	40	—

### ca. 30 000 Dosen Früchte

	1/2 Dose	1/3 Dose
Ia Erdbeeren in dünnem Zucker .....	82	46
Ia Mirabellen in dünnem Zucker .....	63	37
Ia Birnen weiss, in dünnem Zucker .....	65	38
Ia Kaiserkirschen ohne Stein .....	1.00	55
Ia Kaiserkirschen mit Stein .....	68	39
Ia Pflaumen 1/2 Frucht, in dünnem Zucker .....	40	25
Ia Pflaumen 1/2 Frucht, in dünnem Zucker .....	48	29
Ia Rote Rüben .....	4 Pfd.-Dose	60 Pf.
		32 —

## Kolonialwaren

Grosse Salat-Bohnen Pfd. 23 Pf.	Bruchreis .....	Pfd. 14 Pf.	Pflaumen ohne Stein Pfd. 26,35 Pf.	Macaroni Ia .....	34 Pf.
Ia Perlbohnen .....	Rangoon-Reis .....	Pfd. 17 Pf.	Türk.Pflaumen Pfd. 15,23,30 Pf.	Eierbandnudeln ...	Pfd. 42 Pf.
Gr. Victoria-Erbsen . Pfd. 17 Pf.	Java-Reis II .....	Pfd. 23 Pf.	Calif. Pfirsiche . Pfd. 50,60 Pf.	Eierfadennudeln ...	Pfd. 42 Pf.
Enthülste Erbsen Ia Pfd. 24 Pf.	Java-Reis I .....	Pfd. 27 Pf.	Calif. Birnen ... Pfd. 50,60 Pf.	Eiersternnudeln ...	Pfd. 42 Pf.
Enthülste Erbsen I . Pfd. 22 Pf.	Java-Reis (Rieson) ...	Pfd. 35 Pf.	Calif. Aprikosen Pfd. 55,65 Pf.	Eierhörnchen .....	Pfd. 42 Pf.
Linsen extra gross .... Pfd. 23 Pf.	Ia Reismehl .....	Pfd. 20 Pf.	Amerik.Ringüpf. Pfd. 45,55 Pf.	Eiergraupen .....	Pfd. 42 Pf.
Linsen gross .....	Ia Maisgries .....	Pfd. 18 Pf.	Franz. Pflaumen Pfd. 35,45 Pf.	Victoria-Auszugmehl ...	2 Pfd. 5 Pfd. 10 Pfd. 52 Pf. 1.30 2.55
Linsen klein .....				Weizenmehl 00	34,80 Pf. 1.55

## 2000 Pfund Renntierfleisch

Rücken Keule Blatt Ragout  
 Pfd. 1.00 90, 60, 30 Pf.  
 Kostproben von Renntierbraten werden gratis verabfolgt

ca. 1000 Pfd. Ia Makrelen frische .....	Pfund 45 Pf.
Ia Seelachs .....	Pfund 20 Pf.
im Anschnitt 5 Pf. mehr	
Ia Kabljau .....	Pfund 20 Pf.
im Anschnitt 5 Pf. mehr	
Lebde. Spiegel- u. Schuppen-Karpfen bis 3 Pfund schwer, Pfd.	<b>75 Pf.</b>

## 5000 Pfund Ia Tafel-Lachs

in ganzen Fischen,  
 4 bis 8 Pfund .....
 Pfund 55 Pf. |

im Anschnitt Pfund 65 Pf.

ca. 2000 St. Pa. schwere Suppenhühner St. 1.85, 2.00, 2.20

Kassler Rippespeer 78 Pfund 78 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der „Gesellige Verein Eintracht“ in Groß-Lichterfelde veranstaltet am 13. d. M. in Vergholz, Restaurant dortselbst ein Wintervergügen: „Eine tolle Nacht in der Unterwelt.“

Auf Wunsch der Parteigenossen in Mariendorf machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß das Lokal „Zum alten Kasanier“, Chausseest. 305, der Arbeiterchaft entzogen worden ist. Der neue Inhaber, Herr Grassl, glaubte sich dadurch möglichst vorteilhaft beim Publikum einführen zu können, daß er alle bisher im genannten Lokale tagenden Arbeitervereine hindanwarf.

Rixdorf. Am Sonntag, den 7. März cr., mittags 1 Uhr, veranstaltet der 2. Bezirk eine Besichtigung der Wohlfahrtsausstellung in Charlottenburg. Genossen aus anderen Bezirken sind eingeladen. Treffpunkt 12 Uhr bei Normann, Neusterstr. 47.

Lichtenberg. Am Sonntag findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Aldershof. Morgen Sonntag früh 8 Uhr findet für unseren Ort vom Lokal von Köpfer, Helbigstr. 31, aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Aldershof, Alt-Bliesen, Bohnsdorf und Grünau. Am Sonntag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr, findet für die oben benannten Orte in Aldershof im Lokal von Kaul, Bismarckstraße 16, eine öffentliche Jugendversammlung statt. Vortrag über: „Wir sind die Zukunft.“ Referent: Albert Horlich. Nach dem Vortrag freie Aussprache. Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.

Grünau. Sonntag, den 7. d. M., Flugblattverbreitung am Det. Treffpunkt beim Genossen F. Franz pünktlich 7 1/2 Uhr morgens.

Spandau. Den Genossen, welche am Sonntag, den 7. März, an der Tour nach Gladow teilnehmen wollen, zur Nachricht, daß der Abmarsch mittags 1 Uhr vom Hause des Genossen M. Scior, Gadower Str. 1, stattfindet. Der Vorstand.

Pankow. Achtung Genossen! Der nächste Jahlabend für den Bezirk Pankow wird abgehalten bei Wirt Meuter, Schloßstr. 3, am Mittwoch, den 10. März. Hier können die Genossen die Mitgliedsbücher umschreiben lassen. Der Kreisvorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Geißel des Proletariats.

Die Schatten der wirtschaftlichen Depression umlagern Berlin. Seit langer, ach, so langer Zeit. Und noch immer glimmt kein freundlicher Hoffnungsschimmer auf. Die ersterbenden Seufzer der Verzweifelden, die Jammerschreie der in wildem Troste sich Kufsbäumenden verhallen in dem betäubenden Lärm der Weltstadt. Schwer lastet der Druck der Krise auf der Berliner Arbeiterchaft. Mit grimmtiger Wucht hat sie eingeschlagen und wie ein lähmender Alp drückt sie auf das gesamte wirtschaftliche Leben. Die Arbeitsnachweise sind durchweg stark frequentiert, auch in jenen Bezirken, wo sonst in dieser Jahreszeit die Konjunktur einzusehen pflegte. Das abgedroschene Wort des satten Spielers, daß man arbeiten wolle, auch Arbeit finde, gilt heute weniger, denn je. Gerade hier in der Reichshauptstadt, wo der Kontrast zwischen lüppigem Wohlleben und schreiender Armut sich im greiflichsten Licht zeigt, laufen viele Tausende herum, die nicht wissen, wie sie ihren nagenden Hunger stillen, ihre Kleider bedecken sollen. Der grenzenlose Jammer in ungesegneten Familien, in den düsteren Hinterhöfen, den oft kein fremdes Auge sieht, bilden die wichtigste Anklage gegen unsere heutige Gesellschaftsordnung. „Es wächst hierieden Brot genug für alle Menschenkinder“, schrieb Heinrich Heine schon vor einem halben Jahrhundert. Heute aber, wo der Kapitalismus aus den Knochen der Arbeiter und deren Frauen, ja selbst der Kinder fabelhafte Reichtümer herausgeschunden hat und noch schändet, laufen viele tausende fleißiger Menschen herum, die körperlich und geistig verkommen, weil sie ihre Arbeitskraft, ihr einziges Gut, nicht verwerten können.

Die Summe des Elends, die sich aus der Notlage der Arbeiterchaft ergibt, beleuchtet in klarer und überzeugendster Weise die Unzulänglichkeit und Gefährlichkeit der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Wer mit ansehen muß, wie täglich vor den Türen der Geltungssüßkäl eine riesige Schaar Arbeitsloser, wohlgeordnet in Reich und Glied, unter Dohut des unvermeidlichen Schutzmannes, die Ausgabe des Offertenblattes erwartet, um in 99 Fällen wieder enttäuscht nach Hause zu wandern, der wird die Augen nicht verschließen können vor dem wunden Punkt am Volkstörper. Noch schärfer aber tritt die Not der Arbeiterchaft hervor, wenn die Arbeitslosen, kaum daß der Morgen dämmert, zahlreich nach ihren Stellen eilen, wo sie Beschäftigung zu erhalten hoffen. So stehen Tag für Tag schon vor 7 Uhr, wenn es noch dunkel ist, hundert bis zweihundert am Gartenplatz vor dem Gebäude der A. E.-G. und harren, daß einen von ihnen das Glück treffen könnte, eingestellt zu werden. Daran, von 7 bis 9 Uhr vor der Pforte, fröstelnd zusammengedrückt, schützelnd dem schneidenden Winde, dem Regen und Schneegestöber preisgegeben. Und nicht nur Männer in allen Altersstufen warten hier, auch Frauen und Mädchen in größerer Anzahl. Dieses Bild ist eins der erschütterndsten, das die winterliche Großstadt bietet. Wenn nun auch die Firma, die mit vielen Millionen Ueberfluß arbeitet, keinerlei rechtliche Verpflichtungen gegenüber den Arbeitenden hat, so wäre es doch ein Gebot der Menschlichkeit, den Armen einen geschlossenen Raum oder doch wenigstens ein Dach zu bieten, wo sie Schutz suchen könnten vor den Unbilden der Witterung. In einem solchen Nischenbetriebe ließe sich wohl bei einigermaßen gutem Willen Rat schaffen und den vor der Läre Stehenden wäre geholfen. Ebenfalls stark in Anspruch genommen ist der Arbeitsnachweis der „Rühnenmänner“, wo sich allmorgendlich zahlreiche Arbeitslose einfinden. Auch bei dem Verein „Dienst an Arbeitslose“ melden sich diese und erst im Gewerkschaftshaus am Engelufer ist des Lebens und Kommens kein Ende. Ueberall Elend und Not in Hülle und Hülle.

Und doch reicht alles noch nicht hin, um das soziale Bewußtsein des Bürgertums zu vollem Bewußtsein zu bringen.

Noch steht die Frage der kommunalen Arbeitslosenunterstützung im Stadium der „Erwägungen und Erhebungen“, trotzdem sich heute schon auch solche Kreise von deren Notwendigkeit und Unumgänglichkeit überzeugt haben, die früher ebenfalls dem Grundgesetz huldigten, daß eine derartige Unterstützung eine „Prämie auf die Faulheit der Menschen“ sei. Aber immer weiter greifen die Schatten der Krise und ihre Folgen sind unübersehbar. Der dumpfe Schrei des Volkes nach Brot ist ein drohendes Mene Tekel für die besitzende und herrschende Klasse.

Der Magistrat hat den Ankauf von forstökalischem Gelände bei Heiligensee beschloffen und wird der Stadtverordneten-Versammlung noch eine besondere Vorlage machen.

Eine neue städtische Volksbadanstalt soll in Bälde im Nordosten von Berlin errichtet werden. In Aussicht genommen ist die Gegend am Königstor, wo eine solche Anstalt zum Bedürfnis geworden ist.

Die Errichtung von Tuberkulosestationen. Am 1. d. M. ist die Tuberkulosestation der Landesversicherungsanstalt Berlin für die Stadtbezirke C. und SO. eröffnet worden. Entsprechend den von Robert Koch aufgestellten Grundrissen soll der Weiterverbreitung der Tuberkulose in der versicherungspflichtigen Bevölkerung und deren Familien dadurch entgegengearbeitet werden, daß zur Verhütung der Ansteckung die Wohnungen von Tuberkulosekontrolliert, durch Desinfektion und sonstige Maßnahmen saniert werden und eine mögliche Isolierung der Erkrankten innerhalb der Familien zu erreichen gesucht werden. Außerdem findet eine dauernde ärztliche Untersuchung statt.

Die Schiller-Ausstellung, die Schillerstr. 2 am Rosendortplatz vom Zweigverein des Schwabischen Schillervereins während einiger Tage veranstaltet war, wird am nächsten Sonntag, den 7. d. Mts., von 11 bis 12 Uhr noch einmal geöffnet sein, um denen, die verhindert waren, noch Gelegenheit zu einem Besuch zu geben.

Verlängerung zweier Linien der Großen Berliner Straßenbahn. Die Große Berliner Straßenbahn beschloß, ihre Linien 51 und 57 zu verlängern. Die Endhaltestelle der beiden Linien war bisher am Victoria-Luisen-Platz. Von heute, dem 6. März, an sollen sie weiter durch die Poststraße bis zum Prager Platz Ecke Prinzregentenstraße geführt werden. Durch diese Linienverlängerung wird eine direkte Verkehrsverbindung von der Kaiserallee nach dem Brandenburger Tor und dem Sietlinger Bahnhof hergestellt.

Das Denkmal für Bülow.

Das prächtige Denkmal, das im Hofe des Gewerkschaftshauses Bülow von arbeitslosen Bildhauern errichtet ist, übte gestern eine gewaltige Anziehungskraft aus. Die Arbeit sieht noch wie aus Marmor gemeißelt aus und löste unzählige Woge aus. Offenbar wird sie auch heute noch nicht zu Wasser und wird erst nach einigen Tagen die aufgeworfene Frage gelöst werden können, ob die Augen oder die Nase früher zu laufen beginnen werden.

Arbeit im Namen Gottes. Arbeitslose, die von der Broden-sammlung in der Aldershof zum Schneebeseitigen angenommen wurden, teilen uns mit, daß ihnen bei der Annahme als Lohn Frühstück und eine Geldergütung versprochen worden sei. Als sie aber Bezahlung forderten, habe man ihnen ein Formular ausgehändigt, das mit den genauen Personalien ausgefüllt werden sollte. Dieses Formular enthielt so viele Fragen, daß sich jeder wunderte, weshalb man diese beantwortet verlangen. Es sollte beantwortet werden, ob Angehörige vorhanden seien, ob die Ausfallenden vor-Strafen erlitten hätten, wo die Wohnung der Eltern sich befände und dergleichen mehr. Als sich Arbeiter unseres Strahens mit Recht weigerten, dieses Formular auszufüllen, hieß es, daß dann keine Zahlung geleistet würde. 6 Mann füllten darauf den Fragebogen aus, während zwei das ablehnten. Der Lohn war ein gerabes für 1 1/2 Stunden Arbeit gab es eine Schmarke für die Volkstüche im Werte von 15 Pf. Während sich 6 Mann damit zufrieden gaben, lehnten zwei Arbeiter diese Entlohnung ab und bestanden auf den ausgemachten Lohn. Die Antwort soll gelaufen haben, die Arbeiter hätten im Namen Gottes gearbeitet, worauf erwidert wurde, davon könne niemand satt werden. Nach einigem Hin und Her und mit dem Hinweis, die Sache im „Vorwärts“ weiteren Kreisen zur Warnung zu unterbreiten, erhielten die zwei Arbeiter, die sich nicht mit einer Speisemarke zufrieden gaben, vom Zentralbureau 50 Pf.

Achtung, Dacharbeiten! Das eingetretene Tauwetter macht besondere Sicherheitsmaßregeln für die auf den Dächern lastenden Schneemassen nötig. Viele Hausbesitzer begannen schon damit, die Dächer säubern zu lassen, manche unterließen es aber, die Bürgersteige abzusperren, so daß die Passanten von herabfallenden Schneelawinen bedroht waren. Mit Recht wurde weidlich über diese Rücksichtslosigkeit geschimpft. Noch rücksichtsloser aber handelten Hausbesitzer gegen ihre Hausangehörigen. Wir sahen am Donnerstag in der Kommandantenstraße, Allen Jakobstraße und verschiedenen anderen Strahlen des Zentrums, wie noch in der siebenten und achten Abendstunde, also lange nach Einbruch der Dunkelheit, die Dächer gereinigt wurden. Scharf hoben sich vom Schnee die Ge-schalten der Reinigungskräfte ab, und jeden Augenblick fürchtete das angstvoll zusehende Straßenpublikum, daß einer der Dacharbeiter in die Tiefe stürze. Glücklicherweise ist trotz der Dunkelheit nichts passiert. Es ist aber eine Privatliät sondergleichen, ein Spiel mit den Knochen anderer, die Leute noch spät abends derartige schon am Tage überaus gefährliche Arbeiten verrichten zu lassen. Auch das Wohl der Passanten kommt dabei in Betracht. Sie müssen gerade während der Hauptverkehrsstunden am Abend vom abge-spernten Bürgersteig auf den Fahrdamm treten, wo sie jetzt durch den ziemlich unregelmäßigen Fußwerkverkehr erheblichen Gefahren ausgesetzt sind. Das alles sieht natürlich unsere Polizei nicht. Sie hat ja auch auf Hintertreppen wichtigeres zu tun.

Die Massenflucht Geisteskranker aus Herzberge zeigt sich nach neuesten Nachrichten doch in solchem Maße, daß der Verwaltung anscheinend mehr Schuld beizumessen ist, als sich mit dem ver-fahrenen Irrenhaussystem entschuldigen läßt. Hiernach haben sechs Anassen der Landhäuser, auf denen völlige Bewegungsfreiheit innerhalb des gesamten Anhaltgeländes besteht, sich geweigert, am Sonntag Schnee zu schippen, da sie schon während der Woche genögend arbeiten. Dazu ist zu bemerken, daß die Landhausinsassen der Arbeitspflicht unterliegen. Leute, die bloß spazieren gehen und ihre Gesundheit ausbessern wollen, kann man hier nicht brauchen. Die betreffenden sechs Kranken, durchweg Alkoholkanke und schon deshalb keine gemeingefährliche Kranke, weil sie sich vom Landhause zu jeder Minute nach Berlin entfernen können, würden also in einem gewissen Rechte sein, wenn sie die Sonntags-arbeit verweigert haben. Es bloß wegen dieser gelegentlichen und begründeten Arbeitsverweigerung wieder nach der geschlossenen Anhalt zu legen, wo die Bewegungsfreiheit fortfällt, wäre ein-tweider vom ärztlichen Standpunkte noch von der Disziplin zu ver-teidigende Härte. Geisteskranke in Pruchen sind noch keine Auil, sondern eben Kranke, mit denen Rücksicht zu üben ist. Die Flucht dieser Sechse scheint also durch eine falsche Behandlung der Verwaltung indirekt verschuldet worden zu sein. Die übrigen drei waren „schwere Jungen“ und entflohen nach sorgfältiger Vor-berereitung aus dem Hause 7, das ein sogenanntes „festes Haus“ ist, indem sie das Mauerwerk blind unter den stark vergitterten Fenstern durchdrangen. Daß von dieser doch sicher geräuschvollen Arbeit kein Wächter etwas gehört hat, spricht Bände für die sorgfame Be-wachung gemeingefährlicher Geisteskranker. Da ihnen im festen

Hause zur Nachtzeit die Kleider fortgenommen sind, mußten sie im Demd, nur in Schlafbeden eingehüllt, entfliehen. Selbstver-ständlich haben draußen bei der Anfall genau verständigte Helfers-helfer mit neuen Kleidern gewartet. Wirklich reizende Zustände für das viele Geld, das fortgesetzt für die Ueberwachungs Häuser in den städtischen Irrenanstalten gefordert und bewilligt wird!

Durch die Explosion einer Gewehrpatrone ist der 29 Jahre alte Tischler Franz Diner, Köpferstraße 23 wohnhaft, entsetzlich ver-lümmelt worden. Er war im Besitz einer scharfen Patrone, die er sich von seiner Mitkammer aufgehoben hatte, und wollte gestern abend die Hölse vom Pulver befreien. Hierbei muß D. sehr un-vorsichtig verfahren sein, denn plötzlich explodierte die Patrone und riß dem Unglücklichen die rechte Hand förmlich ab. Die Explosion erfolgte mit solcher Gewalt, daß die Knochen der abgerissenen Hand gesplittert und ziemlich große Knochen splitter dem Unglücklichen in das linke Auge, Kopf und Brust drangen. Diner erhielt auf der Unfallstation I, Tempelhofer Meer, einen Rotverband und wurde dann nach der Nöblingischen Klinik übergeführt, wo die Knochen-splitter und Reste der Patronenhölse, die ebenfalls in den Körper des Verunglückten gedrungen waren, auf operativem Wege entfernt werden mußten.

Bei einem gräßlichen Unglücksfall hat gestern gegen Abend der 24 Jahre alte Hilfsarbeiter Hermann Bülow aus der Lehrter Straße den Tod gefunden. B. war auf dem Lehrter Güterbahnhof ange stellt. Gestern abend war er damit beschäftigt, beim Zu-sammenstellen eines Güterzuges die einzelnen anfahren den Wagen anzukoppeln. Als er auf einem Wagon, der von der Lokomotive abgehoben worden war, auf dem Laufbrett stand und die Bremsen anziehen wollte, glitt er auf dem beschneiten Weite aus und stürzte ab. Unglückslicherweise lag er unter dem Wagon zu liegen. Die Arbeiter gingen ihm über den Oberkörper hinweg und rissen diese förmlich vom Leib herunter. Die Brust wurde dem Webwaren-waren vollständig aufgerissen. Kurz darauf war B. den furchtbaren Verletzungen erlegen.

Eine aufregende Jagd nach einem Eindringler fand Donner-stag nachmittag in der Koloniestraße statt. In der Lederfabrik von Fuchs u. Co., Koloniestraße 22, wurden in den letzten Wochen wiederholt Diebstahlfälle ausgeführt. Am hellen Tage brachen die Eindringler in die Lagerräume ein und schleppten in dreifacher Reihe die schweren Weinstübe davon. Endlich wurde einer der Diebe auf schwäher Tat überrascht. Der Lederarbeiter Otto G. hatte den Eindringling beobachtet und als er mehrere Kollegen herbeirief, ergriff der Täter die Flucht. Die Arbeiter verfolgten ihn und auch Passanten beteiligten sich an der Jagd. An der Ecke der Koloniestraße und Wadstraße kam der Flüchtling durch einen Schnee-haufen zu Fall und G., der ihm dicht auf den Fersen war, stürzte über ihn hinweg. Er fiel so unglücklich, daß er die rechte Mittel-hand und an der linken Hand die Mittelfinger brach. Nach schwere Hautab-schürfungen zog er sich zu. Während G. nach der Rettungs-wache gebracht wurde, schaffte man den Eindringler nach dem nächsten Polizeirevier.

In eine furchtbare Lage geriet gestern mittag der 21 Jahre alte Fahrstuhlführer Friedrich Förster, Schloßstr. 27 wohnhaft. F. war im Spindlerhof am Spittelmarkt tätig. Er hatte im dritten Ausgang den Fahrstuhl zu bedienen. Als er gestern die Maschinenteile des Tragekorbes öfen wollte, setzte er den Fahrstuhl plötzlich in Bewe-gung. F. geriet mit beiden Unterschenkeln zwischen dem Tragekorb und der Seitenwand. Erst nach längerer Zeit konnte der Bedauerns-werte aus seiner entsetzlichen Lage befreit werden. Beide Bein-waren ihm fast vollständig zerquetscht worden. In bedenk-lichem Zustande wurde der Verunglückte in das Noabiter Kranken-haus gebracht.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Wegen Erkrankung des Lehrers Genossen Dr. Conrady muß der Unterricht in der Besichtigte heute abend ausfallen und wird er, nach Ver-einbarung mit den Schülern, später nachgeholt werden.

Ein Schwimmfest veranstaltet am kommenden Sonntag, den 7. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, der Schwimmverein „Sprecher 1005“ (Mitgl. des Arbeiter-Schwimmerbundes) in der neuen Badeanstalt Wassertstraße, verbunden mit Damen- und Mädchen schwimmen, Wasserballspiel usw.

Ermäßigte Eintrittskarten zur Wärces-Ausstellung in der Segeßien, 20 Pf. statt 1 M., an allen Tagen gültig, stehen den organisierten Arbeitern im Bureau des Gewerkschafts-hauses zur Verfügung. Einzelne Karten werden gegen Vor-zeigung des Mitgliedsbuches im Zigarrengeschäft von Dorich, Ge-werkschaftshaus, abgegeben.

Feuerbericht. Wegen eines Kellerbrandes mußte der 13. Zug nach der Zwinglstraße 14 ausrücken. Alter Hausstr. brannte dort. In der Chausseestraße 117 brannten in einer Restaurationskafé Fuß-boden und Balken usw. und in der Lindenstr. 57 sowie Wiesenstraße, Straße 15 das Zwischengebälde u. a. Der 20. Zug wurde nach der Wallstraße 11/12 alarmiert, wo ein Mann in einem Fahrstuhl ein-geklammert war. Ferner hatte die Wehr in der Herstr. 5 u. a. Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die freie Jugendorganisation Charlottenburg bildet seit kurzer Zeit eine selbständige Organisation. Die konstituierende Ver-sammlung findet am Sonntag, den 7. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinestr. 8, kleiner Saal, statt. In der-selben wird Schriftsteller Simon Kayen sein über: „Arbeiter-schaft und jugendliche Arbeiter“ referieren. Außerdem sieht die Statutenberatung und Wahl des Vorstandes auf der Tagesordnung. — Der neue Verein hat sich zur ersten Aufgabe gemacht, den Jugendlichen Charlottenburgs Aufenthaltstöräume ohne Trin-zwang zu bieten, in denen sie sich des Sonntags und an einigen Wochentagen zusammenfinden zum gemeinsamen Spiel und zur Unterhaltung. Eine Bibliothek steht zur Verfügung. Der Jugend-schau ist bisher von der Organisation erfolgreich betrieben worden. Diesem Zweck dienen zwei Jugendkommissionen. Die Obmänner derselben nehmen Beschwerden entgegen über Nichtbeachtung der Jugendbeschützungen, über das Arbeitsverhältnis und die Fort-bildungsschule und zwar für die Abteilung I G. Schramm, Goethe-str. 67a, bei Meier, für Abteilung II P. Schiller, Potsdamer Straße 38. Es ist zu wünschen, daß die Parteigenossen ihre Scham und Lächer der Jugendorganisation zuführen, gerade im Hinblick auf die ärztlichen Junglings- und Jungfrauenvereine, deren es in Charlottenburg besonders viel gibt.

Rixdorf.

Am Montagabend findet der nunte Vortrag des Genossen Heinrich Schulz über: Die deutsche Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts statt. Der Vortragende be-ginnt damit den letzten Abschnitt seines am zwölf Abende angelegten Kursum. In den bevorstehenden vier Vorträgen wird er die jüngste deutsche Geschichte, die zugleich im wesentlichen eine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist, darstellen. Der nächste Vortrag behandelt die Periode vom Ausgang der Märzrevolution bis zum Austreten Bismarcks. Die Teilnehmer an dem Vortragsturnus werden im Hinblick auf die Wichtigkeit des Stoffes der letzten Vorträge aufgefordert, wie bisher zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Bildungsaussch.

## Friedrichshagen.

Der Gemeindefausthaltetat für das Rechnungsjahr 1909/10, der als Vorschlag die Stadtkommission bereits in mehreren Sitzungen beschlossene, balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 645 450 M. (im Vorjahr 571 900 M.), also ein Mehr von 74 550 M. Die Einnahmepositionen setzen sich zusammen: Aus Vorjahren 40 600 M., gewerbliche Unternehmungen 63 300 M., Kanalisation 54 600 M., Kurparkverwaltung 1851 M., Hauptpolizeiverwaltung 1500 M., aus Kapitalien 1620 M., aus Grundstücken 8710 M., Straßen und Wege 3382,50 M., Feuerlöschwesen 250 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtsverwaltung 4600 M., Volksschulverwaltung 11 485 M., höhere Schulen 49 752,25 M., Gesundheitspolizei 4325 M., Armenverwaltung 862 M., indirekte Steuern 40 200 M., direkte Steuern 893 610 M., Insgesamt 12,15 M. Die Ausgabe-positionen bestehen: Aus Vorjahren 1000 M., gewerbliche Unternehmungen 46 402 M., Kanalisation 54 600 M., Kurparkverwaltung und Verschönerung des Ortes 4703 M., Hauptpolizeiverwaltung 8965,90 M., Verzinsung und Tilgung der Gemeindefschulden 18 945,18 M., Grundstücke 3260 M., Straßen und Wege sowie Straßenbeleuchtung 56 646,15 M., Feuerlöschwesen 2710 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtsverwaltung 98 047 M., Volksschulverwaltung 158 950 M., höhere Schulen 98 100 M., Gesundheitspolizei 12 300 M., Armenverwaltung 33 700 M., indirekte Steuern 215 M., direkte Steuern 45 720 M., Insgesamt und zur Abrechnung 8185,77 M. Die Spezialetat schließlich an Einnahme und Ausgabe: Wasserleitung 53 200 M. (im Vorjahr 47 900 M.), Kanalisation 54 600 M. (53 000 M.), Realgymnasium 83 100 M. (83 200 M.), Das Gemeindevermögen beträgt 2 324 457,83 M. (Kapitalvermögen 252 923,67 M., Grundstücke 1 059 905 M., gewerbliche Anlagen 209 100 M., Kanalisationsanlagen 658 000 M., Utenilien 144 529,16 M.). Die Gemeindefschulden betragen 1 771 365,64 M. Wühn Meißt ein Vermögensüberschuß von 563 092,19 M.

## Alt-Osternie.

In der letzten Gemeindevorstellung teilte der Gemeindevorsteher mit, daß der Erste Staatsanwalt beim Landgericht II Berlin dem Lehrer Meyer mitgeteilt habe, daß der Tod des Schülers Albert Springmann nicht durch seine Verletzung des Schülers eingetreten sei. — Bei Beratung über Stundung von Kanalisations-Anliegerbeiträgen berichtete der Gemeindevorsteher, daß von 224 zahlungspflichtigen Anliegern 18 voll bezahlt haben, dagegen 150 um Stundung angetrogen hätten. Es wurde beschlossen, die Einziehung der Beträge einheitlich erfolgen zu lassen und zwar in viertel-jährlichen Raten, deren Zahlung mit den Steuern vom 1. Januar dieses Jahres an gerechnet, innerhalb zehn Jahren zu geschehen hat. Ferner sollen Stundungen auf Antrag gewährt werden, aber die Frist von zehn Jahren unbedingt innegehalten werden. Keine Stundung erhalten Personen, die ihre Verpflichtung zur Zahlung von Anliegerbeiträgen bestreiten, doch soll in allen Fällen die Gemeindevorstellung hierüber Beschluß fassen. Bei Beratung des Haushaltsvoranschlags für 1909 teilte der Gemeindevorsteher mit, daß der diesjährige Etat mit 177 900 Mark in Einnahmen und Ausgaben abschließt gegen 163 000 Mark im Vorjahr. Trotzdem sei eine Erhöhung der Kommunalabgaben nicht erforderlich, weil die Gemeinde nicht nur das Defizit von 10 000 M. gedeckt, sondern auch einen Ueberschuß von 23 000 M. im laufenden Jahre erzielt habe. Der günstige Stand der Gemeindefinanzen sei auf die im laufenden Jahre beschlossene Erhöhung der Grundwertsteuer zurückzuführen. Im Verlauf der Verhandlungen legte Genosse Verlach dar, wie manche Familie durch die Arbeitslosigkeit in Not und Elend geraten sei, er stellte den Antrag, in Anbetracht des günstigen Abchlusses 2000 M. für die Arbeitslosen zu bewilligen. Es wurde beschlossen über den Antrag in nächster Sitzung Beschluß zu fassen. Die Gemeindevorsteher erhalten in Zukunft statt 50 75 M. Kleidergeld pro Jahr. Bei dieser Gelegenheit brachte Genosse Winkelmann seinen früher von den hiesigen Vertretern abgelehnten Antrag in Erinnerung, wonach den Gemeindefausthalten eine kleine Aufbesserung ihres Lohnes werden sollte. Er beantragte, daß, wenn den Beamten 25 M. mehr bewilligt werden, auch dann den Gemeindefausthalten 25 M. Feuerzulage bewilligt wird. Der Antrag fand Annahme. Beim Titel Feuerwehrgemeinschaft Genosse Winkelmann den bei allen Veranstaltungen der Feuerwehr hervortretenden patriotischen Charakter und betonte, daß dadurch viele tüchtige Kräfte der Wehr entzogen würden. Genosse Bartel beschwerte sich darüber, daß der Omnibusfahr-Vertrag nicht eingehalten würde, er fragte den Gemeindevorsteher, ob ihm nicht bekannt sei, daß der Führer jetzt viele Fahrten ausläßt. Der Gemeindevorsteher betonte, daß er hiervon keine Kenntnis habe, und versprach, mit dem Führer in Rücksprache zu nehmen. Die weitere Beratung des Etats wurde zur nächsten Sitzung vertagt. Beschlossen wurde noch, den Knaben Hans Weichert in einer Waisenanstalt und Günther in einer Taubstummenanstalt unterzubringen.

## Friedrichsfelde-Karlshorst.

Eine weibliche Leiche wurde Dienstag früh aus dem Bahnhöfen bei Karlshorst aufgefunden. Die Verstorbene ist nunmehr als die 20 Jahre alte, bei der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft angelegte gewesene Elise Rudatis, die bei ihren Eltern in Friedrichshagen wohnte, ermittelt worden. Das junge Mädchen hatte sich am Dienstag früh entfernt, um nach Berlin zu fahren und benutzte ein Wagenabteil der zweiten Klasse des um 6,34 Uhr früh von Friedrichshagen abgefahrenen Vorortzuges. Die amtlichen Ermittlungen haben nun ergeben, daß beim Einlaufen des Zuges auf der Station Karlshorst die Coupletüren sämtlicher Wagen geschlossen waren, was nicht der Fall sein konnte, wenn Rudatis aus dem Zuge hinausgestiegen sein sollte. Daß das Mädchen Selbstmord verübt hat, erscheint vollständig ausgeschlossen und unter diesen Umständen muß damit gerechnet werden, daß die M. einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Wenngleich die vorgestern stattgehabte Leichenschau für diese Annahme keine Anhaltspunkte bot, erwidert die Kriminalpolizei in Friedrichsfelde, von wo aus die Untersuchung geleitet wird, daß etwaige Zeugen, die beobachtet haben, ob in Friedrichshagen mit dem Mädchen männliche Personen in den Wagen zweiter Klasse eingestiegen sind, sich zu melden. Auch alle diejenigen Personen, die auf den weiteren Stationen Köpenick, Hirschgarten usw. die zweite Wagenklasse benutzt haben, werden gebeten, etwaige gemachte auffällige Beobachtungen sofort der Friedrichsfelder Polizei mitzuteilen.

## Klein-Schönebeck-Nichtenan.

Zum kommunalen Stadtwort. Eine von unseren Parteigenossen einberufene, gut besuchte Volksversammlung beschäftigte sich am letzten Sonntag nochmals in eingehender Weise mit der Gaswerks-affäre. Der planmäßig geführte Reden einer Handvoll Terrain-spezulanten gegen den Beschluß der Gemeindevorstellung, ein Gaswerk zu errichten, hat berechtigtes Aufsehen auch über die Grenzen der Kolonie hinaus gemacht. Ein von den Herren Krause u. Wechsungen unterzeichnetes Flugblatt: „Die Wahrheit“ überschrieben, sollte dazu dienen, das Vorhaben der Spekulanten zu beschönigen, außerdem enthält es neue Angriffe gegen die Gemeindevorstellung und unsere Parteigenossen. Genosse Hesse als Referent sowie unsere Genossen in der Diskussion verpfländeten das Geistesprodukt in einer Weise, daß als Tatsache nur das Vorhandensein der Studierstühle übrig blieb. Festgestellt wurde in der Versammlung, daß der Protest der Separationsgemeinde und die Absicht, den Dampf als Besitz von Privatleuten zu bezeichnen, hinsichtlich der Kennzeichnung ist dabei für die Flugblattschreiber der neueste Angriff, daß dieser Plan mit 16 000 M. in den Gemeindefaust gestellt ist; das sei eine fälschliche und ungesetzliche Handlung. Nun wurde aber nachgewiesen, daß die Landgemeindeordnung dieses vorschreibt und auch in den Jahren 1898 bis 1906 so verfahren sei; in diesen Jahren haben die Flugblattschreiber noch in der Gemeindevorstellung, erhoben sie Widerspruch gegen dieses Verfahren, finden aber jetzt, wo es so schön paßt, Worte der Entrüstung. Auch wurde noch festgestellt, daß die 25 000 M. — dieses rührende Opfer „zum Wohl und zur geblühenden Entwicklung der Gemeinde“ — nicht ausschließlich von den Flugblattschreibern, wie man aus ihrer

Streikfrist entnehmen könnte, sondern von allen Interessenten, auch von unseren Parteigenossen, aufgebracht sind. Auch der Clou des Flugblattes, die Gemeindevorstellung habe ungesetzlich ein Grundstück erworben, auf dem eine Wirtshaus von 50 000 M. laste, brach ebenfalls zusammen. Es wurde nicht nur festgestellt, daß der Protest des Herrn Krause an die Aufsichtsbehörde in dieser Sache als unbegründet zurückgewiesen ist, sondern daß in einem Schreiben des Besitzers dieses Terrains — Herr Wachsmann — an die Gemeindevorstellung, gegen Herrn Krause der Vorwurf erhoben wird, er hätte sogar von der Unrichtigkeit dieser Behauptung Kenntnis haben müssen, weil er selbst Käufer des fraglichen Terrains ist. Ein Teil der Mitglieder des Grundbesitzer- und Verschönerungsvereins beginnt bereits die Herren Wechsungen und Krause von ihren Hochschätzen zu schütteln, wahrscheinlich ist ihnen die Wahrnehmung des Gemeindefaust durch diese Herren — siehe Bau der Gasanstalt — doch etwas zu hanebüchen.

## Potsdam.

Erstfroh aufgefunden. In der Potsdamer Forst unweit der Provinzialanstalt für Epileptische wurde gestern morgen die erstarrte Leiche eines älteren, dem Arbeiterstande angehörigen Mannes gefunden. Da alle Refugiosierungsversuche erfolglos waren, nimmt man an, daß der Erstfrohene ein wandernder Fremdling war, der Arbeit suchen wollte. Die Leiche wurde nach dem Leichenhause des Potsdamer Selbstmörderfriedhofes gebracht.

## Spandau.

Stadtvorordnetenversammlung. Es gelangte zunächst eine Interpellation der Stadtvorordneten Neusch und Genossen zur Verhandlung, weshalb der Magistrat das Gesuch des hiesigen Innungsausschusses, die Turnhalle der Realschule für eine Schlingenausstellung herzugeben, kurz abgelehnt hat. Der Magistrat hatte schlichte Gründe vorgeführt. Diese bestanden, wie der Oberbürgermeister erklärte, darin, daß die Turnhalle, welche auch als Aula benutzt wird, nicht rechtzeitig zum Schulanfang hätte eingereicht werden können. Seitens der Versammlung wird diese Ablehnung gemißbilligt. — Bei der Aufschlagsverteilung auf Pfisterarbeiten zum Krankenhaus fragt Genosse Schmidt I an, ob denn der Spandauer Unternehmer, dem die Arbeiten, trotzdem er nicht Kinderfänger übertragen werden sollen, die ortsüblichen Löhne zu zahlen verpflichtet ist. Der Raurat Paul erwidert hierauf, daß eine solche Bestimmung in den Bedingungen nicht aufgenommen ist. Die Kommission, welche zur Aenderung des Submissionswesens eingesetzt ist, habe sich aber schon mit dieser Frage beschäftigt und werde demnächst eine diesbezügliche Vorlage eingebracht werden. — Gelegentlich der vorgeschlagenen Wahl zweier Bürgerdeputierter in die Gasdeputation, welche Vorlage zurückgegeben wird, fragt Stadtv. Genosse Schmidt I an, weshalb den Schiffen, die hier im Hafen überwintern wollten, Schwierigkeiten gemacht worden seien. Stadtv. Raurat Paul gibt die Erklärung ab, es sei kein ordentlicher Weg vorhanden, und wenn auf dem unregulierten Wege jemand von den Schiffen berunglücke, sei die Stadt haftbar. (Im Ausflüchte scheint der Magistrat nie verlegen zu sein.) — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Lasten auferlegt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Stadtmittel auf 10 Jahre gegen Brandschaden bei der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert wird. Der Versicherungsbeitrag für die 10 Jahre beträgt 2561,10 M. und wird bewilligt. — Mit der Firma Gebrüder Schulze, von denen der eine der Firmeninhaber unbedeutender Stadtrat ist, sind Vereinbarungen getroffen, damit der störende und verkehrsbehindernde Vorbau an der Klostermühle entfernt wird. Wie der Referent mitteilt, hat es schwer gehalten, eine Einigung herbeizuführen. Das ist schon zu glauben, denn einzelne Stadträte sind nicht recht dafür zu haben, wenn sie für die Stadt etwas hergeben sollen. So ist es auch hier. Nach der Vereinbarung werden der Stadt auch ganz hübsche Last

Elend mit ihren unmündigen Kindern zurückgelassen. Die beiden Frauen gingen sofort zur Polizei und erstatteten Anzeige. Als D. des Abends von der Arbeit heimkehrte, sah er sich plötzlich seinen beiden Frauen gegenüber. Er wurde verhaftet und in das Noobiter Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Die zweite Strafkammer des Landgerichts III verurteilte ihn wegen Bigamie dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu neun Monaten Gefängnis.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 7. März cr., vormittags 9 Uhr, in der Halle Pappel-Allee 15-17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr in der Schule Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille über: "Plato".

**Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands.** Bezirk Charlottenburg. Sonntag, den 7. März, nachmittags 5 Uhr, im "Restaurant zur Stadtbahn", Hindenburgstr. 25/26.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Zeitschrift "Der Lindenkrone" Nr. 3, zweiter Teil, dritter Jahrgang, vier Treppen, 1909, Jahrgang 1909, wochentlich abends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags abends 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr. Jeder Auftrag ist ein Wochenblatt und eine Zahl als Beilage beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bei zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen trage man in der Zeitschrift vor.

**A. B. C.** Nähere Auskunft gibt Hilig, Hamburg, Dehnstraße. — **M. B. 216.** Ihren Zweck entspricht der Lehrgang der hiesigen Fortbildungsschule. Meldungen in den Schulen selbst, deren Adressen Sie im Adreßbuch finden. — **Keuzerdorf 100.** 1 In Millionen Reich 1907: 24 582,0, dazu Vorkostenkapital in Millionen Reich 231,5. 2 An Zahl der Schiffe und Mannschaften ist die französische Marine größer. — **A. B. 100.** Nammelsburg. Im Veltverein. Nichtiger aber bei einem Feiler. — **G. B. 3.** Gehalt: 1400-1900 Reich. Wohnungsschuldigung: 360 Reich. — **M. B. 4.** 1. 1910. 2. Weniger. 3. Die französische Sprache. 4. Unverständlich. 5. Kein. 6. Größeres Expeditionsgehalt. — **H. T. 27.** Geschäfte empfehlen wir grundsätzlich nicht. — **M. B. 29.** Seit dem 1. Januar 1891. — **G. B. 2.** Beide Fragen werden Ihnen Sachleute beantworten. — **M. B. 58.** Wir konnten eine solche Einrichtung hier nicht ermitteln. — **S. B. 100.** 1. Städtische Fortbildungsschule, Ravensstraße. 2. Berliner Adreßbuch unter Vereine. — **G. B. 26.** Sie sollten nicht quatschern, geben Sie zu einem Arzt. — **G. B. 27.** Das Institut ist keine Erziehungsanstalt, sondern ein Säuglingsheim. — **Emma G.** Sie müssen sich bei der Direktion der

königl. Charité melden. Ihr Gesuch hätte aber nur Aussicht auf Erfolg, wenn Sie das Alter von 27 Jahren noch nicht überschritten haben. — **C. W. 100.** Verband der Handels- und Transportarbeiter, Sektion Jahrbuchhändler. — **H. B. 39.** Die Bestimmung besteht leider zu Recht. — **G. B. 20.** Der Raum des Briefkastens würde nicht ausreichen. Nichts. Sie Ihre Frage an eine Poststation. — **G. B. 7.** Bunter Arbeiter-Vergnügungsverein Deutschlands, Charlottenburg, Dackelmannstr. 13. — **C. B. 100.** Die öffentlichen Bekanntmachungen an den Ausschüssen oder eine Nachfrage auf dem Polizeiviertel. — **H. B. 100.** Die Redaktion ist ferner nicht gemeinlich; im übrigen aber eine ganz private Angelegenheit. — **G. B. 72.** 1. Die Höhe wird bestimmt durch die Lebensverhältnisse. 2. Wollen Sie den Herrn Direktor Dr. Knorr, Neue Friedrichstr. 53/54, Sprechzeit 12-3, um Auskunft 3. Berechtigt. — **M. B. 22.** 2. Will Hilfe eines Anwaltsbüros, deren Adressen Sie im Berliner Adreßbuch finden. — **C. B. 1873.** 1. Ihre Tochter melde sich in der hiesigen Fortbildungsschule Lützowstr. 75. Unterrichtsstunden abends. 2. Nein. — **M. B. 53.** Metallarbeiterverband. Bureau: Charlottenstr. 3. — **H. B. 6.** 1-3. Das Schulsystem ist im wesentlichen dasselbe. Ihre Befürchtungen brauchen nicht zuzutreffen. 4. Versuchen Sie es durch eine Rücksprache mit dem Rektor der Schule. — **Ein Ungläubiger.** 1. Mit der Ungläubigkeitsklärung hängt zeitig auch der Austritt zusammen. 2. Das ist anzunehmen. 3. Das kann Ihnen wohl jeder Schüler sagen. — **Felix H.** Die musikalische Volksbibliothek befindet sich Berlin W., Bülowstr. 81, Tel. — **M. B. 4.** Gemäß in jedem Geschäft für elektrische Leitungen. — **H. B. 1000.** Rixdorf. Ein solches Bureau ist und in Berlin nicht bekannt. Doch werden Sie vor Ausführung Ihres Planes gut tun, sich an die Generalkommission der Gewerkschaften, Engelauer 15, zu wenden. — **Zwei Streitende.** Straßenbahn in Halle am 15. 10. 92. Stadtbahn mit elektrischem Betrieb seit 1889. — **C. D. G.** Die Post behält außer dem Postgeld selbstverständlich eine Zeitungsgebühr, die sich nach dem Umfang der Zeitung richtet. — **H. B.** Das bakteriologische Institut der Provinz Brandenburg, Berlin NW 40, Kronprinzengauer 5 u. 6. — **M. B. 11.** Leider nein. — **H.** Die Firma ist zur Rücknahme nicht verpflichtet. Ihre Frau, nicht Sie, ist zur Zahlung verpflichtet. — **S. B. 18.** Nein. — **Conjunc. 1.** und 2. Ja. 2. Regen Sie das Vormundschaftsverhältnis näher dar. — **S. 36.** Die Wartezeit zur Heirat beträgt für geschiedene Frauen zehn Monate. Von dieser Frist kann jedoch das Amtsgericht auf Antrag dispensieren. Zweckmäßig ist es, dem Antrage die Genehmigung einer Hebamme oder eines Arztes darüber beizulegen, daß andere Umstände nicht vorliegen. — **3. 100.** Leider nein.

**Ämtlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch:** Zufuhr reichlich, Geschäft flau, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise beständig. **Geflügel:** Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. **Fische:** Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise für Hechte und Zander ziemlich hoch, sonst beständig. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert.

**Gemüse, Obst und Getreide:** Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise schwankend.

**Witterungsüberblick vom 5. März 1909, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperat. in Grad Celsius	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperat. in Grad Celsius	
Zimmende	750	SE	3	halb 5d.	-6	Haparanda	764	SE	2	bedekt
Damburg	750	NE	3	bedekt	-6	Petersburg	762	SE	1	Schnee
Berlin	750	SE	1	halb 5d.	-3	Scilly	751	SE	2	halb 5d.
Kranka	754	SE	3	wolfig	-3	Übersee	750	SE	2	bedekt
München	754	SE	2	Schnee	-3	Paris	755	SE	2	heiter
Wien	754	SE	1	Rebel	-7					

**Wetterprognose für Sonnabend, den 6. März 1909.**  
 Zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit leichten Schneefällen und schwachen südlichen Winden, nachts Frost, um Mittag Tauwetter.  
 Berliner Wetterbureau

**Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.**

Wasserstand	am 4. 3.		am 5. 3.		Wasserstand	am 4. 3.		am 5. 3.	
	4. 3.	5. 3.	4. 3.	5. 3.		4. 3.	5. 3.	4. 3.	5. 3.
Remel, Mühl	179 <sup>1/2</sup>	+1	179 <sup>1/2</sup>	+1	Saale, Großsch	80	-8		
Regel, Rüterburg	65 <sup>1/2</sup>	+2	65 <sup>1/2</sup>	+2	Havel, Spanbau	75	+1		
Weißel, Thon	178 <sup>1/2</sup>	+4	178 <sup>1/2</sup>	+4	Havel, Rathenow	114	0		
Ober, Rathbor	178 <sup>1/2</sup>	+20	178 <sup>1/2</sup>	+20	Spre, Spremberg	98	+2		
Kroffen	138	0	138	0	Spree, Beestow	93	+11		
Kranfurt	189 <sup>1/2</sup>	+7	189 <sup>1/2</sup>	+7	Weser, Minden	-78	-1		
Wartbe, Särzium	58	+3	58	+3	Weser, Minden	2	0		
Rege, Borsdamm	49 <sup>1/2</sup>	+4	49 <sup>1/2</sup>	+4	Rhein, Maximiliansau	283	+3		
Elbe, Leimertz	12 <sup>1/2</sup>	+2	12 <sup>1/2</sup>	+2	Rhein, Köln	74	-10		
Dresden	-186 <sup>1/2</sup>	+10	-186 <sup>1/2</sup>	+10	Rhein, Köln	64	-3		
Harbu	64 <sup>1/2</sup>	-6	64 <sup>1/2</sup>	-6	Redar, Heildrom	48	+2		
Magdeburg	60 <sup>1/2</sup>	-14	60 <sup>1/2</sup>	-14	Rain, Berthelm		-		
					Rojei, Trier	83	+2		

+) + bedeutet Hoch, - Fall. - \*) Unterpeel. - \*) Höchst. - \*) Wasserstand am 2. nachmittags 205 cm. - \*) Wenig Grundels. - \*) Schwaches Treibeis. - \*) Mäßiges Treibeis.



# Sunlicht Seife

wird in Sportskreisen als geeignetste Seife bevorzugt, da sie das notwendige häufige Waschen von Flanell- und Wollstoffen etc. ohne Schaden für diese gestattet. Man beachte die speziellen Anweisungen für das Waschen dieser heikeln Kleidungsstücke. Sie bleiben dann stets wie neu in Farbe und Gewebe!



# Modewarenhaus Jacques Cohn (Kaufhaus Wedding)

Müllerstraße 182/183, Ecke Sallerstraße,

bietet wegen vollständiger Räumung der vorhandenen Waren einem kaufenden Publikum selten günstige Kaufgelegenheit, die nur kurze Zeit dauert, da die Lokalitäten renoviert werden sollen. :: :: :: So z. B. solange Vorrat:

- |  |  |  |
|--|--|--|
| Damen-Blusen . . . . . jetzt <b>85 Pl.</b>   | Ein Restbestand in garnierten Damen- u. Trauerhüten jetzt <b>2.50</b>  | Ein großer Posten weiße Batist-Taschenflücher, früher 1/2 Dtd. <b>1.50</b> , jetzt <b>55 Pl.</b> |
| Damen-Blusen, elegante Ausführung, <b>1.45, 1.95</b>   | Ein Restbestand Barchent- u. Flanell-Kinderhosen früher <b>2.45</b> , jetzt <b>75 Pl.</b>  | Reinwollene Cheviots, 110 cm breit, früh. <b>1.50</b> jetzt <b>75 Pl.</b>                        |
| Wollene Stoffblusen, ganz gefüttert, ohne Rücksicht auf früheren Verkaufspreis . . . . . jetzt <b>2.95</b> | Ein Restbestand in Anstandsrocken, früher bis <b>2.85</b> , jetzt <b>1.95</b>  | Reinwollene Blusenstoffe, ohne Unterschied des früheren Verkaufspreises, jetzt <b>95 Pl.</b>     |
| Tennis-Blusen mit Sammet- u. Knopfgarnierung . . . . . jetzt <b>3.95</b>                                   | Restbestände in weißer Wäsche, früher bis <b>2.50</b> , jetzt <b>1.45</b>  | Restbestand marine reinw. Cheviots, Kammgarnstoff, fr. <b>2.40</b> , jetzt <b>1.85</b>           |
| Ein großer Unterröcke, ohne Rücksicht auf Posten früheren Verkaufspr. durchweg <b>1.50</b>                 | Tändelschürzen in weiß und bunt, m. Volant jetzt <b>0.25</b>   | Restbestand in Waschstoffen . . . . . jetzt <b>20 Pl.</b>  |
| Alpaca-Unterröcke mit vier Volants, in allen Farben . . . . . jetzt <b>2.95</b>                            | Hausschürzen, extra breit, in verschied. Stoffen, früher bis <b>1.05</b> . . . . . jetzt <b>0.95</b>                             | Moiré-Ballayeuse, alle Farben, Meter . . . . . jetzt <b>20 Pl.</b>                               |
| Ein Restposten engl. Kostümröcke, früher bis <b>9.00</b> , jetzt durchweg <b>4.75</b>                      | Schwarze Panama-Hausschürzen, früher bis <b>1.35</b> , jetzt <b>0.95</b>   | Breite Chiffon-Plissées in elfenbein u. schwarz Meter jetzt <b>25 Pl.</b>                        |
| Restbestand in Kinderkleidchen, v. 1-4 Jahren, jetzt <b>75 Pl.</b>   | Restbestand in Kinderschürzen, früherer Wert das Doppelte, Größe 45, 50, 55, jetzt <b>48 Pl.</b> , Größe 60/70 jetzt <b>0.95</b> | Pa. Valenciennestoffe für Blusen, jetzt durchweg Meter <b>68 Pl.</b>                             |
| Velour-Kittelkleid, 1-4 Jahre, . . . . . jetzt <b>95 Pl.</b>   | Restbestand in Korsetts, früher <b>1.75</b> . . . . . jetzt <b>0.98</b>  | Elegante schwerseidene Gummigürtel, mit modernen Schlöss, Stok. <b>95 Pl.</b>                    |
| Wollene Schulkleider, vollständig auf Futter, früher bis <b>15.00</b> , jetzt <b>4.50</b>                  | Restbestand starkfädiger Herren-Socken, früher <b>0.48</b> , jetzt <b>0.28</b>   | Breite reinesidene Taffel- und Liberty-Bänder, jetzt Meter <b>25 Pl.</b>                         |
| Elegante Kinderkleidchen, 8-13 Jahre, jetzt <b>6.00</b>  | Großer Restbestand in Damen-Strümpfen, früh. <b>1.10</b> , jetzt <b>0.68</b>   | Breite seidene Stickereibesätze Meter <b>48 Pl.</b>  |
| Ein Restbestand hocheleganter Paletots, früher bis <b>24.50</b> , jetzt <b>7.50</b>                        | Ein großer Posten Normal-Hemden u. Hosen, früher bis <b>1.85</b> , jetzt <b>0.95</b>   | Atlasblenden in allen Farben . . . . . Meter <b>3 Pl.</b>  |
| Ein Restbestand Knaben-Anzüge <b>4.50 u. 5.50</b>  | Normal-Herren-Jacken, früher <b>95 Pl.</b> , jetzt <b>0.48</b>   | Mädchen-Tuch- u. Plüsch-Kapotten früher bis <b>3.50</b> , . . . . . jetzt <b>50 u. 95 Pl.</b>    |
| Ein Herren- u. Knaben-Sifohnhüte <b>20 Pl.</b>   | Ein Posten Herren-Oberhemden, früher <b>3.50</b> jetzt <b>1.75</b>   | Ballfächer, alle Genres, . . . . . jetzt <b>25 Pl.</b>   |

Restbestände in Gardinen, Teppichen, Plüschtschdecken, Säuerstoffen für die Hälfte des bisherigen Preises.

